Deutsche Allgemeine

ZEITUNG DER RUSSLANDDEUTSCHEN

Erscheint jeden Samstag in Almaty, Kasachstan | 10. September 1994, Nr. 37 (6 769), 29. Jahrgang | Einzelverkaufspreis 2,00 DM

Kasachstan — Deutschland:

Immer mehr Stimuli für bilaterale Zusammenarbeit

Der Präsident Nursultan Nasarbajew hat am 5. September Eike Bracklo, den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kasachstan, auf dessen Bitte hin empfangen.

Im Verlaufe des Treffens trat der Diplomat auch als Vertreter des Landes auf, das derzeit in der Europäischen Union den Vorsitz führt. Ausgehend davon, wurde ein Kreis von Fragen behandelt, die die vielseitige Zusammenarbeit westeuropäischer Länder mit den neuen unabhängigen Staaten betreffen. E. Bracklo informierte den Präsidenten über den Charakter der Integrationsprozesse in der EU sowie über ihre Aussichten und die auftauchenden Probleme.

Die Rede ging auch von konkreten Krediten, die die EU Kasachstan im Rahmen technischer Hilfe für die GUS-Länder gewährt. Es wird geplant, in Almaty eine Vertretung der Europäischen Union mit einem Leiter im Range eines Botschafters zu eröffnen.

Nursultan Nasarbajew verwies auf die Ähnlichkeit und die Unterschiede bei der Entwicklung der Integrationsprozesse in Westeuropa und im postsowjetischen Raum, charakterisierte das Wesen der Idee der Schaffung einer euroasiatischen Union und betonte, daß einer beliebigen Staatengemeinschaft völlige Gleichheit ihrer Mitglieder zugrunde liegen müsse. Von den bilateralen Beziehungen sprechend, stellten die Gesprächspartner den anwachsenden Umfang des Warenumsatzes zwischen Kasachstan und Deutschland fest, räumten jedoch ein, daß beide Seiten mit dessen Wachstumstempo unzufrieden seien. Hervorgehoben wurde die Notwendigkeit, alle Schranken, die dem im Wege liegen, darunter auch solche bürokratischen Charakters, zu beseitigen.

Kasachstan möchte nicht nur deutsche Großunternehmer bei sich sehen, sagte der Präsident, sondern sich auch auf die Investitionen mittlerer und kleinerer Firmen, auf ihre wachsende Partnerschaft mit den Geschäftsleuten der Republik stützen können.

Die Lage der deutschen Diaspora in Kasachstan berührend, konstatierten die Seiten die gemeinsame Interessiertheit an ihrer Erhaltung. Dabei sei es wünschenswert, zusätzliche Bedingungen für ihre Verankerung und ihr Wohlergehen zu schaffen.

Man kann auch auf das Problem des Aralsees zu sprechen. Der Botschafter teilte mit, daß eine Reihe deutscher Firmen es beabsichtige, an den entsprechenden Forschungen direkt teilzunehmen und konkrete Hilfe bei der Lösung der Probleme zu erweisen, die mit der Rettung dieses einzigartigen Wasserbeckens zusammenhängen.

Am Treffen hat der Außenminister Kanat Saudabajew teilgenommen.

(KasTAG)

In dieser Ausgabe:

Das Tor ist langst nicht mehr offen
Deutsche Aussiedler und die Folgen des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes
Seite 2

«НЕМЕЦКАЯ ГАЗЕТА»:
«Немцы в Казахстане: между двух миров, как между двух огней» — так называлось интервью с советником германского посольства в Алма-Ате Акселем Вайсхауптом. Оно вызвало отклики читателей.
Стр. 4

Massenhafte Übersiedlung der Deutschen nach Rußland
Seite 8

Sozialer Schutz der Bevölkerung muß im Vordergrund stehen

Am 5. September hat der Präsident Nursultan Nasarbajew eine Beratung mit den führenden Persönlichkeiten der Regierung über Fragen durchgeführt, die die Realisierung seiner Erlasse und Verordnungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich sowie die Erntebergung betreffen. Unter anderem ging es um die Verstärkung der Arbeit zur Stabilisierung der finanziellen Lage und zur Durchführung des Haushalts.

Von den Problemen des sozialen Schutzes der Bevölkerung sprechend, forderte der Präsident vom Ministerkabinet, die Einleitung der geplanten Maßnahmen zu beschleunigen und in kürzester Frist zusätzliche Quellen für die Finanzierung der sozialen Programme zu ermitteln. Gemeint sind vor allem die Schaffung regionaler Wohltätigkeitsfonds und die Gewährleistung der nötigen Vergünstigungen für die Teilnehmer des Großen Vaterländischen Krieges.

Nach Entgegennahme der Information über den Stand der Erntearbeiten lenkte Nursultan Nasarbajew seine Aufmerksamkeit darauf, daß die Mitarbeiter des Agrar-Industrie-Komplexes sich für die Freilassung der Brotpreise äußern. Der Präsident stellte fest, daß diese Frage tatsächlich spruchreif geworden sei; daher beauftragte er die Regierung, sie sorgfältig zu prüfen und Mechanismen der Kompensierung zusätzlicher Ausgaben für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten vorzuschlagen. Nur in diesem Fall, so der Präsident, dürfe ein solcher Schritt unternommen werden.

Gulmira SHANDUBAJEWA

Die Mitglieder der Regierung werden dem Volk und Präsidenten schwören

Der Präsident Nursultan Nasarbajew hat den Beschluß „Über die Vereidigung des Regierungsmitglieds der Republik Kasachstan" gefaßt. Der Chef des Apparats des Staatsoberhaupts, Nurtai Abykajew, dem die Kontrolle über die Organisation der Arbeit zur Vereidigung der Regierungsmitglieder übertragen worden ist, kommentiert dieses Dokument.

Die Notwendigkeit, die Mitglieder der Regierung zu vereidigen, sei schon lange herangereift, sagte er gegenüber einem KasTAG-Korrespondenten. Diese Zeremonie werde in vielen Ländern praktiziert. Der Eid werde zweifellos die Verantwortlichkeit der leitenden Persönlichkeiten erhöhen und ihnen gewisse moralische Pflichten auferlegen. Sein Text sei folgender: „Vor dem Volk und dem Präsidenten der Republik Kasachstan schwöre ich feierlich, mein ganzes Können und Wissen der Sache der wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung meines Vaterlandes — der Republik Kasachstan — zu widmen, strikt die Verfassung und die Gesetze des Staates einzuhalten, in all meinem Handeln den Grundsätzen der Gesetzlichkeit und Gerechtigkeit, des Einvernehmens zwischen den Bürgern und den Völkern zu folgen, dem Volk Kasachstans treu zu dienen, das Staatswesen und das Ansehen meines Landes in der Weltgemeinschaft zu festigen. Ich schwöre es."

Die Zeremonie werde in feierlicher Atmosphäre im Beisein des Präsidenten stattfinden. Die Mitglieder der Regierung leisten den Eid, die Hand auf die Verfassung gelegt, und unterzeichnen nach dem Vortrag des Textes — nach Belieben - auf Kasachisch oder auf Russisch — eine besondere Eidesformel.

Im Beschluß werde speziell eingeräumt, daß die Verletzung des Eides durch ein Regierungsmitglied dieses zur Entbindung von seinen Pflichten führe.

Es sei vorgesehen, die Zeremonie der Eidesabnahme in der nächsten Zeit durchzuführen.

Kasachstanische Soldaten in Tadschikistan verteidigen nicht nur dieses Land

In Tadschikistan weilte eine Gruppe kasachstanischer Parlamentarier, geleitet vom Deputierten und Vorsitzenden des Komitees des Obersten Rates für nationale Sicherheit und Verteidigung, Toktar Aubakirow. Zur Gruppe gehörten auch der stellvertretende Befehlshaber der Grenztruppen der Republik, Toktasyn Basubajew, sowie andere Vertreter des Kommandos der Grenztruppen.

Auf dem Flughafen Duschanbe wurden die Gäste von Machmadsaid Ubaidullajew, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates Tadschikistans, Chassen Chudojarow, Chef der Abteilung Zwischenstaatliche Streitkräfte, und von Anatoli Tschetschulin, Kommandierender einer Gruppe von Grenztruppen Rußlands in Tadschikistan, empfangen.

Das Hauptziel der Reise war, festzustellen, wie die örtliche Bevölkerung sich zur Anwesenheit der Grenzsoldaten Kasachstans an der tadschikisch-afghanischen Grenze verhält, zu erfahren, wie die Grenzer aus Rußland und Kasachstan zusammenwirken, und wie die Dienstbedingungen unserer Jungs fern von ihrer Heimat sind. Angesichts der großen Ausdehnung der Grenze teilten sich die Parlamentarier und die Journalisten in zwei Gruppen und begaben sich zu den Grenzwachen, auf denen unsere Landsleute dienen. Dorthin wurden auch Frachten mit humanitärer Hilfe hingebracht.

(Schluß S. 8)

Kasachstan ist ein vorteilhafter Partner

Verrauscht ist die dritte internationale Messe „Karkara' 94", die auf dem Gelände der AG „Kasachstanisches Zentrum für geschäftliche Zusammenarbeit" stattgefunden hat.

In diesem Jahr ist sie nach dem Urteil ihrer Organisatoren für die beiderseitigen Partner viel erfolgreicher und vorteilhafter als im vorigen Jahr gewesen, um so mehr als die Firmen mancher Länder daran nicht zum erstenmal teilgenommen haben. Es sind 350 Kontrakte für eine Gesamtsumme von fast 35 Millionen Dollar abgeschlossen worden. Die Vertreter der deutschen Firma „Wella" sind z. B. mit dem Resultat der Messe so sehr zufrieden, daß sie beschlossen haben, an der „Karkara" alljährlich teilzunehmen.

Erfolgreich war die Messe für die Nationale Korporation „KRAMDS", für die AG „Kaptschagaier Porzellan" sowie für die AG „Kargaly", die vorteilhafte Vorträge für über 3 Millionen Dollar getätigt hat, darunter mit der Firma „Mutter und Sohn" aus Almaty.

Firmen aus Ungarn, Frankreich, Litauen, Pakistan fanden hier ihre Partner. Die meisten Partner gewann jedoch Kasachstan. Von nun an werden die Reiserouten unserer Geschäftsleute durch verschiedene Länder- die Türkei, Spanien, Deutschland, die Niederlande, Ungarn, Indien und andere — verlaufen.

Irina GAIKALOWA

In diesem Jahr 2000 000 Aussiedler aus dem Osten erwartet

Der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Horst Waffenschmidt, rechnet damit, daß in diesem Jahr mindestens 200 000 Aussiedler aus den ehemaligen Republiken der Sowjetunion nach Deutschland kommen. Waffenschmidt sagte, auch für 1995 erwarte er ähnliche Zahlen. Die Entwicklung hänge sehr stark von der weiteren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage in Rußland ab. Im gesamten vergangenen Jahr waren knapp 219 000 Spätaussiedler in die Bundesrepublik gekommen.

Der Schwerpunkt liege auf Siedlungsprojekten in Westsibirien. Dort habe die Bundesregierung in diesem Jahr etwa 65 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Noch in diesem Jahr werde in Nowosibirsk ein Generalkonsulat eröffnet, kündigte Waffenschmidt an.

Mit einem Sofortprogramm der Bundesregierung sollen in den deutschen Kreisen in Westsibirien bis zum Jahresende 2 000 zusätzliche Wohnungen angekauft werden. Diese sollen für Rußlanddeutsche bereitgestellt werden, die aus Mittelasien nach Rußland übersiedeln, erklärte der Aussiedlerbeauftragte Horst Waffenschmidt (CDU) in Bonn. Die Wohnungen seien zusammen mit bereits erworbenen 600 Häusern aber auch für Umsiedler aus anderen Regionen Rußlands vorgesehen, die in ihren jetzigen Wohngebieten „wegen vielfältiger Schwierigkeiten vor Ort" noch in Übergangsheimen und Containern leben müßten, so der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium.

(dpa)

Kasachstan: Tag für Tag

ERNTEERTRAG WIRD VERGRÖSSERT

AKMOLA. In den Agrarbetrieben dieses Gebiets am Ischim, wie auch in manchen anderen Gebieten der Republik, ist der Ernteertrag in diesem Jahr auf denjenigen Feldschlägen höher, wo Präparate aus dem mikrobiologischen Betrieb der Vereinigung „Progreß", einem der größten in Zentralasien, zur Verwendung gekommen sind. Nachdem dieser Betrieb aufgehört hatte, ein geheimes Rüstungsobjekt zu sein, ging man hier daran, effektive Pflanzenschutzmittel zu erzeugen, obwohl dies durch die Krisenerscheinungen in der Wirtschaft auch gehemmt wird.

In einigen Gebieten, die vom „Progreß" erzeugte Präparate verwendet haben, wird nicht nur eine Vergrößerung des Ernteertrags an Getreide und anderen Kulturen erzielt. Diese Mittel sind nämlich zum Unterschied von anderen — für Menschen sowie für Flora und Fauna unschädlich. Die Mikroorganismen, die daran enthalten sind, vernichten nur bestimmte Saatschädlinge. Der Betrieb hat außerdem viele Antibiotika hergestellt. Mit ihrer Hilfe erhöht man Gewichtszunahmen bei Tieren und erhält das Jungvieh besser gesund; auch der Futteraufwand wird gesenkt.

KOLCHOS JAKOB HERING

PAWLODAR. Der Kolchos Namens „30 Jahre Kasachischer SSR" wird von nun an den Namen seines ehemaligen Vorsitzenden Jakob Hering tragen. 30 Jahre lang arbeitete Hering auf dem Kolchos, 25 davon als Vorstandsvorsitzender. Jakob Hering hat viel getan, um den zurückgebliebenen Agrarbetrieb in eine der besten multinationalen Kolchosen zu verwandeln. Dort werden jetzt die neuesten Errungenschaften der landwirtschaftlichen Wissenschaft und Praxis verwendet. Für den Bewässerungsackerbau wird Grundwasser verwendet, und die Lebensverhältnisse sind fast städtisch.

Der Beschluß über die Umbenennung wurde in der allgemeinen Versammlung der Kolchosbauern, im Zusammenhang mit dem 10. Todestag von Jakob Hering gefaßt.

DIE INITIATIVE HILFT AUS DER FINANZKRISE

KUSTANAI. Um das Kollektiv aus der Finanzkrise zu retten, beschloß die Vereinigung „Agroremmasch" ihr Betätigungsfeld zu erweitern. Sie produziert nun Futtersilos, Behälter für die Aufbewahrung von Erdölprodukten, Wasserpumpen und Umweltschutzgeräte wie zum Beispiel Luftfilter, die sehr gefragt sind. Die Produkte werden häufig gegen andere Waren eingetauscht.

Mit dem Beginn der Ernteeinbringung stehen „Agroremmasch" weitere Geschäfte ins Haus. Mähdrescher, Getreidemaschienen, und Traktoren sind teilweise reparaturbedürftig oder schlichtweg nicht vorhanden. Die Vereinigung wird dabei helfen, die fällige Überholung dieser Maschienen durchzuführen. Es besteht Hoffnung auf Förderungmaßnahmen für Agronomen seitens der Leitung der Republik in dieser, für die Landwirtschaft so wichtigen Zeit des Jahres.

ALMATY. Ein zweites Pensionat wurde in Almaty, im Stadtteil Doroshnik eröffnet. Das Pensionat, namens „Blaues Segel", vereinigt einen Kindergarten und eine Schule (Unser Bild). Bisher sind dort jedoch nur die ersten Klassen eröffnet. Zum Unterschied zu traditionellen Schulen wurde in dem Pensionat auf Buchstaben zur Unterscheidung der Klassen verzichtet. Man zog vor, den Klassen Namen wie Ak Bidai, Shas Kanat oder auch Shaworonok zu geben. Pro Klasse sind nur 12 bis 15 Schüler zugelassen. Der Unterricht dort ist Schulgeldpflichtig.

Das Kollektiv des Pensionats hat sich alle Mühe gegeben, so daß dieser Tag noch lange im Gedächtnis der Kinder bleiben wird: man ließ zwei Tauben in den Himmel aufsteigen, überall waren Blumen und Luftballons zu sehen und ein Theaterensemble wurde eingeladen.

Wunderschöne Klassenräume warten auf die Kleinen und Schulanfänger. Darüber hinaus gibt es Schlafsäle, Spielräume, weiträumige Grünanlagen und Gartenlauben. Das Pensionat bietet weiterhin noch drei Mahlzeiten pro Tag. Die Unterrichtssprache ist Russisch, mit erweitertem Kasachisch- und Englischunterricht. Es wird auch ein Programm für ästhetische und körperliche Entwicklung gelehrt.

Unser Bild: Alle Gäste wurden herzlich empfangen.

EIN JAHR NEUER PROBLEME

PETROPAWLOWSK. Der Anfang des Monats September bedeutete für über 100 000 Jungen und Mädchen aus dem Norden Kasachstans der „Beginn des Ernstes des Lebens" — der Schulanfang. Ungeachtet der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und düsteren Prognosen, begann der Unterricht in allen 450 Schulen, Lyzeen, Gymnasien und Colleges. Die Gebäude der Schulen sind durch das vereinte Bemühen der Wirtschaftler, Eltern, Sponsoren und der pädagogischen Kollektive erneuert worden. Auch die Schüler selbst beteiligten sich an den Arbeiten. Einige Oberschüler bildeten Renovierungsbrigaden, andere arbeiteten in den Gemüsegärten der Schulen, um Lebensmittelvorräte für die Mensa ihrer Schule oder das Büfette anzubauen.

Trotz allem wird das Schuljahr nicht ohne Probleme vergehen, teilte die Gebietsverwaltung Volksbildung mit. Die finanzielle Unterstützung ist nur zu einem Drittel garantiert worden. Jede fünfte Lehrerstelle ist vakant, Heizung und elektrisches Licht werden nur sehr sparsam verwendet. In einigen Schulen wird der Unterricht eventuell sogar unterbrochen und auf die warme Jahreszeit verschoben. Die Administration und die Öffentlichkeit setzen alles daran, um dies zu vermeiden. (KasTAG)

Jubiläum des Sieges — Sache des ganzen Landes

Am 8. September fand das 4. Plenum des Zentralrates der Veteranen Kasachstans statt. Seine Teilnehmer analysierten der Vorbereitung den Verlauf der Feiern anläßlich des 50. Jahrestages des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg. Die Bewertung der sich entfaltenden Kampagne führen die Plenumteilnehmer auf den Sozial- und Rechtsschutz der Soldaten und Werktätigen des Hinterlandes in der Zeit zwischen 1941 und 1945 zurück. Viele nahmen am Niveau dieses Schutzes Anstoß. Die Kritik, die die Plenumsteilnehmer aussprachen, gründete sich auf den Wunsch auf die Pflicht des Staates und der Gesellschaft der Verteidiger des Vaterlandes gegenüber hinzuweisen, sowie daran zu erinnern, daß auch sie einen Beitrag zum Werdegang des jungen unabhängigen Staates leisteten.

Auf dem Plenum wurden zahlreiche konkrete Vorschläge eingebracht, mit denen dem Land aus der momentanen Krise geholfen werden soll. Unter anderem nahm an diesem Gespräch auch Jerik Assanbajew, als Vorsitzender des Organisationsausschusses für die Vorbereitung zum 50. Jahrestages des Sieges im Großen Vaterländischen Kriege, teil.

In seiner Rede stimmte der Vizepräsident dem Vorschlag zu, die Veteranen wieder mit kostenlosen Arzneimitteln zu versorgen. Weiterhin betonte er, daß die Regierung Verständnis für die Soldatenwitwen hat, die mit den Frontsoldaten gleichgestellt sind. Er stimmte auch den Plenungsteilnehmern zu, ihre Spareinlagen unter Rücksichtnahme auf das Alter zu kompensieren. Anschließend informierte Assanbajew die Plenumsteilnehmer über die Pläne des Präsidenten und der Regierung, im Bezug auf die Unterstützung der Veteranen in dieser schweren Zeit. Er betonte auch, daß sämtliche Ministerien, Ämter und örtlichen Behörden für die Vorbereitungen des Jubiläums herangezogen werden.

(KasTAG)

Уважаемые друзья!

С 1 СЕНТЯБРЯ 1994 ГОДА НАЧАЛАСЬ ПОДПИСКА НА ГАЗЕТУ

«Дойче Альгемайне»

СТОИМОСТЬ ПОДПИСКИ:

ДЛЯ ИНДИВИДУАЛЬНЫХ ПОДПИСЧИКОВ:
65414 1 месяц — 16—77
3 месяца — 50—31
6 месяцев — 100—67
12 месяцев — 201—24

ДЛЯ ПРЕДПРИЯТИЙ И ОРГАНИЗАЦИЙ:
15414 1 месяц — 36—57
3 месяца — 109—71
6 месяцев — 219—42
12 месяцев — 438—84

Wirtschaftliche Entwicklung im Ost-West-Gespräch

— Internationales Beratungsgremium legte seinen Sitz nach Bonn —

Am Anfang stand eine Initiative von zehn Nachfolgestaaten der Sowjetunion, darunter den mittelasiatischen Republiken Kasachstan und Usbekistan. Hochrangige politische Repräsentanten gründeten 1993 in Kiew das „Internationale Komitee für wirtschaftliche Reform und Zusammenarbeit" (ICERC) als eine Nichtregierungsorganisation. Schon ein Jahr später gehörten ihr auch Wirtschaftsvertreter und Minister der Länder Mittel- und Osteuropas an. Die Türkei, die mit einigen Partnerstaaten wie Aserbeidschan auch in der Schwarzmeerwirtschaftsunion verbunden ist, ist durch den Präsident ihrer Agentur für internationale Zusammenarbeit im ICERC vertreten. Die stellvertretende Generalsekretärin im Amt des französischen Staatspräsidenten spricht für Frankreich, für Deutschland und der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank, für Japan ein Manager aus der Stahlindustrie.

Es gibt kein zweites Forum von ähnlichem Rang, auf dem sich Führungspersönlichkeiten aus Ländern des ehemaligen „Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) mit maßgeblichen Vertretern westlicher Industrienationen über die gemeinsame wirtschaftliche Zukunft beraten können — ohne an staatliches Protokoll und diplomatische Rücksicht gebunden zu sein.

Im Frühjahr 1994 tagte die erste Vollversammlung des ICERC in Bonn (Deutschland) und beschloß, dort ihr Generalsekretariat einzurichten. Die Stadt stellte dafür kostenlos ein geeignetes Gebäude zur Verfügung, das Bundesland Nordrhein-Westfalen gewährte finanzielle Hilfe.

Erste Themenschwerpunkte des ICERC sind nach den Beschlüssen von Bonn:

— die Produktion und der sparsame Gebrauch von Energieressourcen,

— die Lösung ökologischer Probleme namentlich am Aralsee,

— die Verbesserung der Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen,

— der Ausbau des Bankwesens und von Versicherungsstrukturen.

Das ICERC bat zugleich die G-7-Staaten und die Mitglieder der OECD um „Beteiligung" an seinen Aktivitäten einschließlich finanzieller Hilfe. Das vielfältige Beratungsprogramm der deutschen Bundesregierung für die Entwicklung von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft in den Übergangsländern des Ostens kommt diesem Wunsch entgegen. Spezielle Arbeiten auf dem Gebiet des Umweltschutzes in den Anrainerstaaten des Aral-Sees können an Untersuchungen und Erkenntnissen von Fachkräften des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung anknüpfen. Daher handelt es sich insbesondere um Fragen des Gewässerschutzes und der Sanierung der Landwirtschaft.

Anschrift:
The International Committee for Economic Reform and Cooperation. Director-General
Mr. Martin Lees
An der Elisabethkirche 25
53113 Bonn

Das Tor ist längst nicht mehr offen

Deutsche Aussiedler und die Folgen des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes

„Was sollen wir denn jetzt machen? Für uns ist eine Welt zusammengebrochen!" Die Familie Dupka ist bestürzt, obwohl sie selbst schon längst mit der Absage gerechnet hatte. Aber wer hängt nicht mit der Tiefe seiner Seele an dem letzten Fünkchen Hoffnung, daß man vielleicht doch das Glück hat zu erreichen, was anderen zuvor verwehrt blieb? Die Dupkas hatten eben Pech, wird mancher Bundesdeutsche nun sagen. Pech gehabt — wie 34 000 andere Oberschlesier und Ostpreußen im vergangenen Jahr auch.

„Natürlich hatten wir schon beim Öffnen des Briefes ein schlechtes Gefühl. Schließlich hatten dreizehn Familien letztes Jahr bereits eine Absage erhalten." Und die anderen in Bitschin, einem Dorf im tiefsten Oberschlesien, lassen das mit der Antragstellung inzwischen schon ganz sein. „Es wird eh keiner anerkannt. Wir sind wieder einmal die dummen Heimattreuen!" Die Betroffenen sind aussiedlungswillige Ostdeutsche, die zwischen Juli 1990 und Ende 1992 einen Antrag auf die Übernahme als Aussiedler in die BRD gestellt hatten. Fast 100 000 Menschen umfaßt dieser Personenkreis, die zu ihren Eltern, Kindern oder einfach zu ihren Verwandten in den Westen „rübermachen wollen".

„Kaffeeklatschs können unsere Identität nicht retten"

Andere wiederum haben einfach „die Nase voll" und möchten nicht mehr daran glauben, daß es ihnen als Deutschen irgendwann einmal besser gehen soll. „Ja, wo sind denn die Schulen, die man uns vor vier Jahren noch versprochen hat?" entfährt es Manfred Dupka, der als dreifacher Familienvater in den früheren Panzerwerken in Laband, nahe Gleiwitz, noch Arbeit hat. „Mit wöchentlichen Kaffeeklatschs in unserem Vereinshaus alleine werden wir unsere Identität wohl kaum retten können!"

Nur wenigen Bundesdeutschen ist bekannt, daß der sogenannte Asylkompromiß vom Dezember 1992 eine zweischneidige Angelegenheit ist. Zum einen handelt es sich um die bekannte Neuordnung des Asylrechts, andererseits schließt die Vereinbarung ein Geschenk ein, einen Kompromiß der Regierung an die Opposition: das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz.

Am 1. Januar 1993 trat es in Kraft. Seitdem muß jeder Antragsteller zusätzlich nachweisen, daß er seit dem Inkrafttreten als Deutscher in Polen, der ehemaligen Sowjetunion usw. Benachteiligungen zu erleiden hat. Familienzusammenführungen werden nur noch nach dem Ausländerrecht behandelt, und jene, die mit der scheinbaren Schuld des Spätgeborenen befleckt sind, brauchen erst gar keinen Antrag auf Aussiedleranerkennung mehr zu stellen. Kinder, die seit dem 1. Januar 1993 geboren werden, können nicht mehr als deutsche Aussiedler Anerkennung finden.

Die Ostdeutschen beteuern, von diesem Gesetz — vor allem von dessen Inhalt — zuvor nichts gewußt zu haben. Erst im Januar 1993 nahm man beim Dachverband der deutschen Gesellschaften in Oppeln erstaunt zur Kenntnis, daß „die Abstimmung im Deutschen Bundestag ohne Vorsprache mit unseren Vertretern stattgefunden" hatte. Und am 20. Januar 1993 konnte man in einer Presseerklärung der CDU/CSU-Vertriebenengruppe im Bundestag nachlesen, daß der Staatssekretär Eduard Lindner (CSU) gerade die Vertreter der Deutschen in Polen über das längst in Kraft getretene Gesetz informiert hat, „das auch für Deutsche aus Polen das Tor zur Bundesrepublik Deutschland weiterhin offen läßt".

Hartmut Koschyk, früherer BdV-Generalsekretär und heuer Vorsitzender der genannten Vertriebenengruppe, warnte bereits am 8. Dezember 1992 vor Diskussionen über das neue Gesetz: „Wer jetzt in Deutschland die für die Aussiedler gefundenen Lösungen pauschal und unsachlich kritisiert, verunsichert und entmutigt die Deutschen in der Heimat und verursacht Panikstimmung. Er ist sich der Gesamtverantwortung für den Aussiedlerbereich nicht bewußt, der auf breiten politischen Konsens in Deutschland angewiesen ist." Der zu damaligen Zeiten in Oberschlesien noch besonders beliebte und bekannte Vertriebenenpolitiker wird wohl damals schon erahnt haben, welche fatalen Folgen dieses neue Gesetz mit sich bringen wird. Heute scheint er zu wissen, daß er sich vor Ort nicht mehr einer so großen Fan-Gemeinde erfreuen kann. Bei seinem letzten Besuch in Gleiwitz traf er sich nur mit dem Vorsitzenden der lokalen **Unia Demokratyczna**, Potocki. Einem Gespräch mit dem Sprecher des immerhin mit mehr als 25 000 Mitgliedern größten Kreisverbandes des Deutschen Freundschaftskreises, Friedrich Schickora, ging er aus dem Weg.

Zur Panikstimmung kam es unter den Leuten in Gleiwitz, Oppeln und Allenstein aber dennoch. Plötzlich, ab Frühjahr 1993, trafen in den Dörfern und Städten nur noch Absagen ein. Im letzten Jahr rieselte es 34 000 Absagen bei fast 36 000 bearbeiteten Anträgen; für Statistiker ergibt das eine Ablehnungsquote von 96 Prozent. Die Begründungen, daß keine Benachteiligungen vorliegen, sind immer die gleichen. Einmal liegt für die Beamten nur ein „ursächlicher Grund" vor, ein andermal schreiben sie, daß die aufgeführten Benachteiligungen schlichtweg nicht beweisbar seien.

Wie soll man etwas beweisen, was Bonn nicht bewiesen haben will?

Doch wie soll man beweisen, daß, die Berufschancen in Oberschlesien immer noch oftmals von der Nationalität abhängen, daß Dutzende von kleinen Schikanen im täglichen und im kulturellen Leben mit der eigenen Identität zusammenhängen? Wie soll man einem unwissenden Beamten, der offensichtlich nur auf Absagen getrimmt ist, beweisen, daß es staatlicherseits immer noch einen Diskriminierungsdruck gibt, daß man sich durch die inzwischen immer häufigeren Übergriffe in Oberschlesien bedroht fühlt und davor Angst haben muß, im Kulturhaus eine Veranstaltung durchzuführen, weil jederzeit ungebetene Gäste erscheinen können? Manfred Dupka kann wie die anderen ein Lied davon singen, etwas beweisen zu müssen, was man beim Bund und in den Ländern nicht bewiesen haben will.

Seine Tochter Anna-Maria konnte im Sommer 1992 in Gleiwitz in ihrem Beruf eine Anstellung finden. Als technische Bauzeichnerin erkannte man ihre Qualitäten und verkürzte die übliche Probezeit von drei Monaten auf vier Wochen. Sie erhielt die höchsten Prämienauszahlungen und wurde zudem auch noch als Übersetzerin für die Korrespondenz mit deutschen Firmen eingesetzt; binnen weniger Wochen gehörte sie zur Elite in ihrer Firma. Im November des gleichen Jahres fand sie auf ihrem Schreibtisch einen Fragebogen, der Betrieb führte eine firmeninterne Umfrage durch. Anna-Maria beantwortete alle Fragen ehrlich, auch die nach der Nationalität. Nur eine Woche später hielt sie die fristlose Kündigung aus „ökonomischen Gründen" in ihrer Hand.

Nach dreimonatiger Arbeitslosigkeit hat sie heute wieder eine Anstellung, die allerdings viel schlechter bezahlt ist. Für das Bundesverwaltungsamt war diese offensichtliche Benachteiligung, die jetzt durch die schlechtere Verdienstmöglichkeit ihre Fortsetzung findet, einfach „nicht nachgewiesen". „Wie sollte ich denn das beweisen? Ich habe die Kündigung beigelegt und die Sache ehrlich geschildert. Was sollte ich denn sonst machen?" beklagt sich Anna-Maria Dupka. Der jüngste Sohn der Dupkas, Herbert, wurde im vergangenen September nach Groß Strehlitz in die dortige Berufsschule eingeschult. Jeden Tag fährt er nun mit dem Bus in den Nachbarort und von dort noch einmal eine halbe Stunde mit der Bahn zur Schule. Warum? Die Schule warb mit Deutschunterricht, der dann doch nicht stattfand. Daß bis heute, fünf Jahre nach der Aufhebung des Sprach- und Lehrverbotes der deutschen Sprache für Oberschlesien, weit und breit immer noch keine Berufsschule mit Deutschunterricht eingerichtet wurde, führten die Dupkas als fortdauernde Benachteiligung auf. Die Antwort aus Hamm war kurz und bündig: Die Verweigerung des Deutschunterrichts betrifft „aufgrund Lehrermangel alle Schüler — nicht nur die deutscher Abstimmung". „Eigenartig", meinte Vater Dupka, „fehlen die Lehrer, ist das Geld da; sind die Lehrer dann aber da, fehlt plötzlich wieder das Geld. Das ist doch ein ewiges Katz-und-Maus-Spiel."

Ein weiteres „freches und schon entwürdigendes Stück" (Manfred Dupka) bot man mit der Begründung, daß die nationalistischen Übergriffe auf die Oberschlesier keine Benachteiligungen seien. Denn, so der Beamte, „das Vorkommen derartiger Vorfälle ist nicht auf die Republik Polen beschränkt". „Ja, wissen die denn nicht, was hier vor sich geht? Was interessiert mich, was woanders los ist, wenn wir hier am eigenen Leib doch spüren, was es heißt, mit einer falschen Nationalität am falschen Ort zu leben!" ereifert sich Vater Dupka.

Im Moment sind es nur Denkmäler, die zerstört werden, nur Kulturhäuser der Volksgruppe, deren Scheiben und Türen zu Bruch gehen. Von Auswüchsen einiger Irrer kann hier aber schon längst keine Rede mehr sein. Wie sonst könnte die größte Oppelner Tageszeitung, die **Nowa Trybuna Opolska**, mit bissigen Kommentaren gegen ein in Proskau restauriertes Kriegerdenkmal polemisieren, bis es dann endlich in einer Nacht zerstört wurde? Wie sonst kann es dazu kommen, daß die drei gefährlichsten National-Chauvinisten zusammen mit dem Woiwoden von Oppeln öffentlich auftreten und gegen die „jüdischen und deutschen Todfeinde" hetzen können?

Noch im März vergangenen Jahres ließ der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Horst Waffenschmidt (CDU), in der damaligen Ausgabe des **Auslandskurier-Spezial**, die 40 000 Empfänger dieser Zeitschrift in Ostdeutschland wissen, daß eine Aussiedlung „eine höchstpersönliche Entscheidung, die Verwirklichung eines Menschenrechtes" ist: „Das Tor nach Deutschland bleibt offen!" Und weiter kommentierend die Zeitschrift: „Die gleichgewichtige Wahlmöglichkeit zwischen Bleiben und Aussiedeln werde bestehenbleiben."

Abgesehen einmal von der vom Gesetzgeber geschaffenen künstlichen Beweisnot, stellt sich auch die Frage nach den moralischen Grundsätzen in der bundesdeutschen Gesellschaft, nach der nationalen Solidarität mit unseren Landsleuten, die ja doch die Hauptlast des letzten Krieges zu tragen hatten. Hieß es denn nicht vor zwei Jahren noch in den Appellen der Bundesregierung, daß „es beschämend ist, wenn diesen Menschen, die sich — allen Widrigkeiten zum Trotz — immer wieder zu ihrer deutschen Herkunft bekannt haben, bei uns Gleichgültigkeit oder gar Ablehnung entgegenschlüge?" Warum ist das Tor denen, die in die Bundesrepublik Deutschland aussiedeln möchten, verschlossen worden?

Waffenschmidts „Erfolge" sind lediglich Propaganda

In der ersten Jahreshälfte 1994 wurden monatlich im Durchschnitt noch 700 Anträge von Ostdeutschen gezählt. Daß diese niedrige Zahl an der Aussichtslosigkeit liegt, nicht als Aussiedler anerkannt zu werden, verschweigt man in Bonn nach wie vor. Der Aussiedlerbeauftragte führt den Rückgang der Aussiedlerzahl und der Zahl der Antragstellungen auf die Hilfen seines Ministeriums für die Heimatverbliebenen zurück. Er bewertet dieses als einen Erfolg seiner Arbeit und der Verwirklichung der Volksgruppenrechte für die Deutschen durch die Republik Polen. Auf dem Westpreußentreffen Ende Mai in Bielefeld wertete der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Walter Priesnitz, den Rückgang als Folge der Verbesserung der Wirtschaftschancen für die Ostdeutschen. Von beiden kein Wort zum Kriegsfolgenbereinigungsgesetz und seinen Folgen.

Immerhin bedenkenswert ist in diesem Zusammenhang allerdings eine Äußerung des Vorsitzenden der deutsch-polnischen Gesellschaften, Friedbert Pflüger (CDU), die dem allen auch etwas Positives abgewinnt: „Und ist es nicht eine erfüllende Aufgabe, die eigene Heimat aufzubauen und zwischen Deutschland und Polen eine Brücke der Verständigung zu errichten?"

Hedla HEINKA
„Junge Freiheit" Nr. 35/94

Und nun kommen die kasachischen Mennoniten

Die letzten bizarren Tage der Militärstadt Wünsdorf: Wehmütiger Abschied ohne Aussicht auf Wohnung und Arbeit; eine Scheinwelt des Drills vor der Residenz des Oberkommandierenden, hastige kriminelle Geschäfte mit Autos und Prostituierten

Seit fast einer Stunde kniete Sergej Petroslenkow wie zur Salzsäule erstarrt in einer Senke neben der Rollbahn, gut abgeschirmt durch ein Gewirr von Containern. Die Nervosität stand ihm trotz des sicheren Verstecks ins Gesicht geschrieben. Gelegentlich blickte er zu einer Gruppe junger Männer hinüber, die auf ein Zeichen von ihm warteten. Sie trugen Uniform, deutsche Polizeiuniformen. Petroslenkow, der altgediente Agent des russischen Geheimdienstes KGB, mußte sich erst an diesen Anblick gewöhnen. Niemals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatten Vertreter deutscher Behörden einen Fuß auf den exterritorialen russischen Militärflughafen Sperenberg, nahe dem Oberkommando der sogenannten „Westgruppe der Streitkräfte" in Wünsdorf, setzen dürfen. Das ganze Gebiet hier, knappe 50 Kilometer vom Brandenburger Tor in Berlin entfernt, war seit 1945 ein Stück Rußland mitten in Deutschland, bis jetzt.

Was hatte der russische Militärstaatsanwalt doch gleich gesagt? Richtig, man müsse auch in den letzten Tagen Moskauer Militärpräsenz in Ostdeutschland dafür sorgen, daß man sich in Würde verabschiede, auf daß man in Würde als Besucher wiederkommen könne. Das sah Petroslenkow ein. „Wer am Image seiner Heimat als zivilisiertes, demokratisches Land nagt, ist auch sein Feind. Und die Männer, die in vielleicht 200 Meter Entfernung laut russisch vor sich hin fluchend Autos und elektronische Geräte in ein Transportflugzeug verfrachteten, nagten besonders. Er hatte es nicht für möglich gehalten, daß es russische Offiziere gab, die alles vergessen hatten, was ihnen einmal heilig war. Die da vor ihm waren nichts weiter als Diebe. Entschlossen, voll innerer Wut gab Petroslenkow das Handzeichen zum Überraschungsangriff. Gemeinsam nahmen die russischen und deutschen Fahnder wenig später eine Bestandsaufnahme vor: Insgesamt fünf Autos der Typen Mercedes, Lada und Golf sowie 35 einsatzbereite Spitzencomputer sollten den aus Ostdeutschland abziehenden Offizieren den Abschied vom westlichen Konsumparadies versüßen. Ihre Rechnung, es würde sich so unmittelbar vor dem Abflug der letzten russischen Soldaten keiner mehr für sie interessieren, ging nicht auf.

Askar Muchamedow hat die ganze Entwicklung in Deutschland noch immer nicht verdaut. Nicht, daß der aus der zentralasiatischen Republik Tadschikistan stammende Nachrichtenoffizier den Deutschen die Freude über die Wiedervereinigung nicht gönnte. Aber was soll aus ihm werden? Keine Woche ist es her, da war die Welt wenigstens äußerlich noch in Ordnung gewesen. Die kleine Wohnung, die er und seine Frau in der „verbotenen Stadt" Wünsdorf bewohnten, blitzte vor Sauberkeit. An den weißgetünchten Wänden der Muchamedows wechselten Aquarelle mit Stadtansichten des alten Duschanbe mit kunstvoll gewebten Miniaturteppichen der Turkvölker Zentralasiens. Couch, Sessel und Schrank mit dem verschämten Hinweis „VEB Hellerau" auf der Rückwand strahlten den typischen Mittelklassewohlstand der ehemaligen DDR aus. Doch für die Muchamedows war das alles mehr. Es war ein Lebensstandard, von dem die Leute zu Hause in Duschanbe nur träumen konnten.

Aus und vorbei. Jetzt war alles in Containern verpackt und wartete auf einige schwere Lastwagen der Bundeswehr. Diese hatte Transporthilfe für die Nachhut der abziehenden Russen versprochen, denn über schwere Technik verfügte der verbliebene Rest der Armee in Wünsdorf nicht mehr. Die Familie spürte erst jetzt die Endgültigkeit des Abschieds so richtig.

Muchamedow blickte finster, als ich ihn ansprach: „Wenn wir in unsere Heimat zurückkehren, kommen wir in ein fremdes Land. Ich bin seit fast zwölf Jahren weg von Tadschikistan. Vom Leben dort weiß ich nicht mehr viel. Jetzt lese ich, daß sich eine Partei für die islamische Renaissance gebildet hat, um einen fundamentalistischen Gottesstaat zu errichten. Mit dem Ruf ‚Allah u akbar' haben Menschenmassen in Duschanbe fast alle historischen Statuen umgestürzt. In den Schulen wird zunehmend nur noch Arabisch gelehrt. Und wirtschaftlich ist die Katastrophe schon perfekt. Bei einem monatlichen Durchschnittslohn von 200 Rubel liegt die Preissteigerungsrate bei 300 Prozent. Das sind nicht die Werte, für die ich in die Armee eingetreten bin. Was soll man da noch verteidigen? Von allen Übeln haben wir das kleinere gewählt und die russische Staatsangehörigkeit angenommen. Nun ziehen wir zwar nicht ins unruhige Zentralasien, aber wir mußten unterschreiben, daß wir uns in Rußland selbst um Arbeit und Wohnung kümmern werden. Zunächst werden wir also nichts auspacken können. Wir hoffen nur, daß unsere Container für die Diebesbanden in Rußland zu uninteressant aussehen."

Wünsdorf war bis zu dieser Woche, genau bis zum 31. August, das Oberkommando der russischen Streitkräfte in Deutschland. Jetzt gleichen der Ort und die umliegenden kleinen Militärstädtchen, in denen zu DDR-Zeiten mehr als 50 000 Soldaten mit ihren Familien lebten, einer Gespensterstadt. Bis zur letzten Stunde hielten einige hundert Soldaten notdürftig den Eindruck eines belebten Gemeinwesens aufrecht. Besonders um die Villa des Oberkommandierenden Matwej Burlakow herum wurde noch eifrig salutiert und aufmarschiert. Der militärische Chef der örtlichen Siegermacht des Zweiten Weltkriegs in Deutschland bewohnte die Villa von Generaloberst Paulus, der 1943 im Kessel von Stalingrad kapitulierte. Burlakow bestand darauf, daß das russische Wünsdorf, durch die Eisenbahnlinie Dresden—Berlin vom deutschen Ort Wünsdorf und seinen 3 000 Einwohnern getrennt, bis zuletzt eine „verbotene Stadt" blieb. Erst jetzt können die Deutschen, wenn sie von Zossen in den nichtmilitärischen Teil Wünsdorfs fahren wollen, den Umweg von 14 Kilometern abschneiden. Die Fernverkehrsstraße war seit 1953 von Militärposten gesperrt. Noch in den letzten Tagen mußte eine Gruppe vorwitziger Jugendlicher bei vorgehaltener Maschinenpistole akzeptieren, daß bis zum 31. August alles dicht bleibe.

Es ist offenbar das Schicksal dieses 600 Hektar großen Areals, in der Rolle zwischen militärischem Befehlszentrum und Geisterstadt zu wechseln. 1876 errichtete die kaiserlich-deutsche Armee hier einen Versuchsschießplatz für die Artillerie. Da man sich im Heeres-Generalstab über den Standortwert zerstritt, fielen Kasernen und Übungsplätze bald in einen Dornröschenschlaf. 1910 begann der Aufstieg von Wünsdorf zur regelrechten Militärstadt. Von 1939 bis 1945 war Zossen/Wünsdorf die Hauptführungsstelle des Heeres-Generalstabs. Im Zweiten Weltkrieg weitgehend zerstört, zog 1945 in die noch benutzbaren Gebäude die Rote Armee ein und schuf sich ein von der deutschen Umwelt unabhängiges, unkontrollierbares Reich. Ab dem 1. März 1977 ergänzte ein exterritorialer Militärbannort mit einer direkten Verbindung Wünsdorf-Moskau die durch den Flughafen Sperenberg bereits seit den fünfziger Jahren bestehende volle Verkehrsunabhängigkeit vom angeblich befreundeten, souveränen Staat DDR. Die friedliche Revolution der Ostdeutschen, die folgende Wiedervereinigung und die geschickte Verhandlungsführung Bonns mit Moskau über den Abzug seiner Truppen haben Wünsdorf zu einer Stadt gemacht, die ihre Rolle auf der deutschen Landkarte nun wieder neu bestimmen muß. Die brandenburgischen Stadtentwickler stehen schon mit Reißbrett und Mauerkelle bei Fuß.

Erinnerungen an den Juni 1990, kurz vor dem Einzug der D-Mark in Ostdeutschland, wurden in den letzten Tagen, Wochen und Monaten der russischen Präsenz wach. Wie damals in Berlin wurde jetzt um die Kasernen herum alles verschenkt, was nicht niet- und nagelfest war. Leider war das nicht ungefährlich, denn die Soldaten boten für harte Devisen nicht nur gutes Brot an, das sie in der noch mit den Wehrmachtsgeräten von 1937 bestückten Armeebäckerei backten. Nein, es tauchten immer mehr Behälter mit indefinierbaren chemischen Substanzen auf, von denen russische Soldaten behaupteten, sie seien hervorragend als Reinigungsmittel oder „Stoffe für den Chemieunterricht" geeignet. Trotz öffentlicher Warnungen fanden sich immer wieder Käufer.

Wiederholt schossen sich Tschetschenen auf der Flucht vor deutschen Fahndern den Weg zwischen Wünsdorf und Sperenberg frei. Wie durch ein Wunder wurde kein Polizeibeamter verletzt, denn die Revolvermänner aus dem Kaukasus fackelten nicht lange. Es bestand bei den deutschen Behörden der Verdacht, daß die Tschetschenen im Auftrage der russischen Mafia Wünsdorfs letzte Tage als „verbotene Stadt" noch ausnutzten. Emsig wurden über den Flughafen Sperenberg gestohlene deutsche Autos rausgebracht und im Gegenzug getäuschte oder willfährig gemachte Frauen aus Rußland zur Prostitution reingeholt. Im Rotlicht-Milieu von Brandenburg spricht man zynisch von einem „Barter-Geschäft Blech gegen Haut".

Inzwischen treffen statt der Soldaten andere aus der ehemaligen Sowjetunion in Brandenburg ein, die als Neuburger mit offenen Armen empfangen werden. Es handelt sich um kasachische Mennoniten; 130 sind schon da, weitere 170 sollen folgen. Über tausend Menschen dieser im 16. Jahrhundert von dem Prediger Menno Simons gegründeten Religionsgemeinschaft, von Stalin nach Kasachstan zwangsumgesiedelt, haben ihr Interesse angemeldet, auf den verlassenen russischen Militärliegenschaften einen Neubeginn in Deutschland zu wagen — auch in der „verbotenen Stadt" Wünsdorf.

Rheinischer Merkur 35/94

Bundesregierung sind Gorbatschow-Äußerungen „unverständlich"

Die Bundesregierung hält ungeachtet der umstrittenen Äußerungen des früheren sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow an ihrer Rechtsauffassung zu den zwischen 1945 und 1949 in der damals sowjetisch besetzten Zone erfolgten Enteignungen fest. Das erklärte Regierungssprecher Dieter Vogel am Dienstag nach einer Kabinettssitzung, bei der Außenminister Klaus Kinkel einen umfassenden Bericht vorlegte. Für die Bundesregierung sind die Gorbatschow zugeschriebenen Äußerungen „unverständlich". Sie habe bisher keinen Kontakt mit Gorbatschow zur Klärung der Frage aufgenommen.

Der ehemalige sowjetische Präsident soll in einem jetzt veröffentlichten Schreiben an einen britischen Historiker erklärt haben, die Sowjetunion habe im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung nicht die Unantastbarkeit der Enteignungen in der sowjetisch besetzten Zone verlangt. Vogel erinnerte vor der Bundespressekonferenz daran, daß dieses Problem bei den Zwei-plus-Vierhandlungen eine ganz entscheidende Rolle gespielt habe. Die sowjetische Verhandlungsdelegation habe von Anfang an nachdrücklich die Forderung erhoben, daß Maßnahmen, die in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone in Fragen der Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Demokratisierung ergriffen wurden, nicht rückgängig gemacht werden dürften. Dazu hätten auch Vermögens- und Bodenfragen gehört, sagte Vogel.

Die Bundesregierung habe durch den Staatssekretär im Außenministerium, Dieter Kastrup, in der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht im Januar 1991 den Verhandlungsablauf lückenlos dargestellt. In einem der sowjetischen Positionspapiere vom Juni 1990 heißt es nach Vogels Erläuterungen zum Inhalt einer abschließenden Regelung wörtlich: „Anerkennung der Legitimität und Unumkehrbarkeit der Maßnahmen, die von den vier Mächten in ihren Besatzungszonen zu politischen, militärischen, wirtschaftlichen Fragen getroffen wurden." Dies sei die sowjetische Position bis in die Schlußphase der Verhandlungen geblieben, wie auch bei einem Treffen der Außenminister am 22. Juni 1990 in Berlin deutlich geworden sei, sagte der Regierungssprecher.

Die Bundesregierung wies durch Vogel darauf hin, daß die DDR-Regierung in den Verhandlungen über die Verträge zur deutschen Einheit die Forderung erhoben habe, daß die Ergebnisse dieser damals als Bodenreform deklarierten Enteignungen nicht in Frage gestellt und diese deshalb auch nicht mehr rückgängig gemacht werden dürften. Dementsprechend habe die Volkskammer der DDR den Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes auch erst erklärt, nachdem die Bundesregierung der Festschreibung der gemeinsamen Erklärung zur Regelung offener Vermögensfragen im Einigungsvertrag zugestimmt hatte.

Das bedeutet, daß die 1945 bis 1949 enteigneten Alteigentümer — im Gegensatz zu späteren Enteignungsfällen — weiterhin keinen grundsätzlichen Anspruch auf Rückgabe ihres Besitzes geltend machen können. In diesen Fällen sind Geld-Entschädigungen vorgesehen.

(dpa)

Jacob Schmal

Denn es gibt kein anderes Land auf Erden...

Wiederum mußten wir uns zu je vier Mann gruppieren; man überreichte uns eine Büchse mit amerikanischer Hirsegrütze, dazu einem jeden ein paar Hundert Gramm Brot und hieß uns, Feuer zu machen, um aus dieser Hirsegrütze eine Suppe zu kochen — immerhin eine warme Speise. Wir taten es dann auch. Jeder von uns hatte sein Eßgeschirr am Gürtel hängen, darum war es nicht schwer, die Hirsegrütze darin zu Suppe über dem Feuer zu kochen. Übrigens gab es ohne solch ein Eßgeschirr keinen Trudarmisten, dieses war ihm überall, wo er sich auch befand, unumgänglich notwendig, wie die Luft zum Atmen; konnte doch jeden Augenblick etwas Eßbares unter die Augen kommen, da war Kochgeschirr und der Löffel nicht zu entbehren...

Die Natur bot uns einen wunderschönen Anblick. Es war ein heißer Julitag, nebenan schlängelte sich ein kleines Waldfüßchen zwischen den Blumen dahin und ließ Kühle vermuten, es herrschte tiefe Stille ringsherum. An diesem schönen, friedlichen Bild labten wir uns trotz der unerhörten Müdigkeit, die uns zu Boden drückte. Die Hirsesuppe war schnellstens gekocht, und alle erquickten sich nun an der langersehnten Mahlzeit und an der so wohltuenden Ruhe. Plötzlich erschallte ein Gewehrschuß. Um Himmels Willen, was ist los? — ging es allen durch den Kopf. Da fiel auch schon der zweite Schuß. Es möchte doch keiner so wahnwitzig geworden sein, um wegzulaufen? Das wäre je ganz hoffnungslos für diesen Menschen gewesen. Wir wußten ja, daß so etwas nicht möglich war bei solch einer Bewachung. Und da trug man auch schon den Unglücklichen an uns vorbei zum Gefährt. Es stellte sich heraus, daß dieser Elende versucht hatte, auf dem nebenan hinter den Bäumen gelegenen Kartoffelfeld paar Kartoffeln für seine Hirsesuppe zu suchen und wurde dafür strengstens bestraft — er war schwer verwundet worden — durch einen von unseren Aufsehern. Wie es dann mit diesem verwundeten Menschen weiter kam, das erfuhr, glaube ich, niemand...

Das alte große russische Dorf Bondjuk ist wahrscheinlich jedem bekannt, den das Schicksal mal in den „Usollag" des NKWD der UdSSR irgendwann verschlagen hat, denn gerade dort befand sich die Zentralverwaltung einer ganzen Reihe von Lagern für uns Trudarmisten, aber auch für allerlei Häftlinge, einerlei, politische oder kriminelle. Das Dorf steht schon jahrhundertelang am linken Ufer der Kama, und seine Menschen konnten sich in ihrem Leben gewiß schon nicht nur einmal sattgucken an dem Elend all der vielen Tausenden, die durch dieses Dorf getrieben wurden — stromaufwärts in die Lager Timscher, Tschepez, Iljinka, Masunja und noch viele andere, die am Oberlauf der Kama an deren beiden Ufern gelegen waren.

Hier kamen wir in einer regnerischen Nacht an. Uns wurde erlaubt, Feuer anzulegen — zu je zehn Mann ein Feuer, um nach dem Regen unsere durchnäßte Kleidung zu trocknen. Als dies bei dem nassen Wetter dann endlich soweit geworden war, da stieg auch schon die goldene Sonne hinter dem Horizont hervor, und die Feuer verloren bald ihre Anziehungskraft. Alsbald wurden wir in einzelne Gruppen geteilt und in jedes der eingangs genanten Lager wurde eine Gruppe von etwa hundert Mann geschickt. Wir lungerten dann dort bis zum Mittag herum. Sobald man uns gefüttert hatte, ging es auf einer Barke über die Kama zu deren rechtem Ufer. Dort stiegen wir aus. Hier begann der letzte Abschnitt unserer Etappe. Es ging auf einem Fußpfad das Kamaufer entlang, immer stromaufwärts dem Lager mit dem unverständlichen Namen „Masunja" entgegen. Wiederum verbrachten wir die Nacht unterwegs. Alle waren in dem halben Monat, der seit unserer Abfahrt aus jenem Lager unweit der Bahnstation Reschoty vergangen war, des Weges müde und sehnten sich nach Ruhe. Unsere Kolonne hatte sich deswegen auf ganze paar Kilometer auseinandergezogen.

Es war am Sonntagsmorgen, dem 18. Juli 1943, als die ersten von unserer Kolonne den hohen mit Stacheldraht umgebenen Pfostenzaun des Lagers Masunja erblickten. Die Etappe war zu Ende, die Strapazen des langen Leidenweges waren überstanden. Bis die letzten von unseren Leuten ankamen, vergingen noch einige Stunden. Wir, die wir als allererste in der Zone angekommen waren, konnten manches über die hiesigen Verhältnisse von jenen deutschen Menschen erfahren, die außerhalb derselben ihre Arbeit an diesem Sonntagmorgen verrichteten. Doch das ist schon ein Thema für den nächsten Abschnitt.

*

Es erscheint hier wahrhaftig am Platz, die Schönheit der Natur zu beschreiben, die uns ständig bei unserem Marschieren auf dem Fußpfad von Bondjuk bis zu diesem Stacheldaht-Lager, die Kama entlang umgab und sogar unsere bedrückte Stimmung linderte. Der Fluß trug seine stillen Wasser erhaben dahin, unserer trauten Wolga entgegen. Seine Ufer lagen ruhig und gemütlich, von hohen Fichten und Tannen, aber auch von Birken und Eichen bewachsen. Es herschte eine urtümliche Stille über all der Schönheit dieses Naturbildes.

Nichts, aber auch gar nichts erinnerte hier an all das Grauenhafte, was sich im selben Augenblick in den vielen Lagern für Sowjetdeutschen, nicht weit von diesen schönen Ufern entfernt, zutrug und ereignete.

Da erblickten wir in dieser heiligen Morgenfrühe mitten auf dem Fluß zwei Kähne, von ein paar Frauen besetzt. In der vollkommenen Stille konnten wir sogar ihre Stimmen hören, wie sie sich so ziemlich heiter unterhielten.

(Fortsetzung folgt)

(Fortsetzung. Anfang Nrn. 1—30, 34—36)

Deutsche Allgemeine

Zeitung der Rußlanddeutschen

Chefredakteur: Dr. Konstantin Ehrlich

Stellvertretender Chefredakteur, Chef vom Dienst: **Erik Chwatal** Politik, Wirtschaft und Soziales: **Johannes Reiswich;** Außenpolitik: **Alexander Roshkow;** Kultur: **Peter Hartig;** Briefe: **Olga Ament;** Russische Beilage: **Woldemar Stürz; Swetlana Felde, Alexander Dorsch;** Eigenkorrespondenten: **Leonid Bill, Konstantin Zeiser, Tatjana Golenewa;** 8. Seite: **Wjatscheslaw Leshanin;** Stilredakteur: **Eugen Hildebrand;** Korrektoren: **Ella Jäger, Helene Weber, Gulmira Shandybajewa;** Bibliograph: **Adelina Shelesnaja.**

Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen, Manuskripte werden nicht rezensiert und nicht zurückgesandt.

Немецкая Газета

Приложение к «Дойче Альгемайне» № 187

Казахстан — Германия:

Все больше стимулов для развития сотрудничества

Президент Нурсултан Назарбаев принял 5 сентября посла ФРГ в Казахстане Айке Бракло по его просьбе.

В ходе встречи германский дипломат выступал и в роли представителя страны, ныне председательствующей в Европейском Союзе. Исходя из этого, был рассмотрен круг вопросов, относящихся к многоплановому сотрудничеству стран Западной Европы с новыми независимыми государствами. А. Бракло проинформировал президента о характере интеграционных процессов в ЕС, их перспективах и возникающих проблемах.

Речь шла и о конкретных кредитах, предоставляемых ЕС Казахстану в рамках технической помощи странам СНГ. Планируется открытие в Алматы представительства ЕС во главе с руководителем в ранге посла.

Нурсултан Назарбаев обратил внимание на сходство и различия в развитии интеграционных процессов в Западной Европе и на постсоветском пространстве, охарактеризовал основную суть идеи создания Евразийского Союза, подчеркнув, что в основе любого содружества государств должно находиться полное равенство входящих в него членов.

Говоря о двусторонних отношениях, собеседники констатировали возрастающий объем товарооборота между Казахстаном и Германией. Но при этом заметили, что обе страны не удовлетворены темпами его роста. Была подчеркнута необходимость устранения всех существующих на этом пути препятствий, в том числе бюрократического характера.

Казахстан, сказал президент, хотел бы видеть у себя не только крупный немецкий бизнес, но и опираться на инвестиции средних и малых фирм, их растущее партнерство с предпринимателями республики.

Касаясь положения немецкой диаспоры в Казахстане, стороны отметили общую заинтересованность в ее сохранении. При этом желательно создавать дополнительные условия для ее закрепления и благополучия.

В беседе был также затронут вопрос Арала. Посол сообщил, что ряд германских фирм намерен принять прямое участие в соответствующих исследованиях и оказать конкретную помощь в решении проблем, связанных со спасением уникального водоема.

На встрече присутствовал министр иностранных дел Канат Саудабаев.

(КазТАГ)

Заметки с сессии

Побеждает конструктивизм

После детального обсуждения Верховный Совет принял постановление по отчетам правительства и Национального Банка об исполнении законов о приоритетности развития аула, села и агропромышленного комплекса, о кредитовании отраслей АПК и финансировании государственных мероприятий.

В документе, принятом в конструктивистском духе, отмечается, что невыполнение отдельных статей указанных законов в значительной мере вызвано несоответствием их содержания новым реалиям в республике, обострившимся кризисом и инфляционными процессами. В первом же его пункте зафиксировано поручение правительству: осуществить дополнительные меры по преодолению кризиса, созданию условий для устойчивого развития АПК на основе реформ и проведения в жизнь касающихся его программ.

Но удастся ли правительству и Национальному Банку и дальше выдерживать курс на неуклонное снижение инфляции? Ответить сейчас определенно на этот вопрос нельзя. Учитывая обстановку в экономике, парламентарии все же посчитали целесообразным предусмотреть в постановлении выделение нового кредита сельскому хозяйству в сумме не менее 4,5 миллиарда тенге для завершения уборки урожая и подготовки к зиме. Предложено также в ближайшее время выплатить задержанную крестьянам зарплату и изыскать средства для закупки всего зерна, предусмотренного госзаказом.

Решение о вливании очередных финансовых инъекций в АПК почти единогласно признано депутатами своевременным. Аграрный комплекс находится в глубоком провале, и поддержка, хотя и сиюминутная, ему очень нужна. Что же касается возможного роста инфляции в связи с новыми расходами, то обнадеживает то обстоятельство, что при подготовке проекта постановления комитеты Верховного Совета работали в тесном контакте с правительством, вполне осознающим свои возможности.

Но нужны не только кредиты, а еще и соответствующие организационные меры и программы, говорили парламентарии. Наиболее важные из них нашли отражение в постановлении. До января нового года правительство должно разработать и утвердить систему заготовок сельскохозяйственной продукции в госресурсы, условия стимулирования ее производства и закупок, а также программы формирования аграрного рынка, поддержки и развития племенного дела и элитного семеноводства, систему дотирования товаропроизводителей путем частичной компенсации их затрат на приобретение удобрений, семян высокоурожайных культур, племенных животных и прогрессивных технологий.

От Кабинета Министров ждут разработки положения о порядке переоценки стоимости основных фондов и оборотных средств, конкретной помощи ассоциации фермеров Казахстана «Агро» в реализации программы развития крестьянских хозяйств, совершенствования таможенных пошлин на импорт и экспорт продовольствия с целью либерализации внешних экономических связей и защиты сельскохозяйственного рынка республики. Сроки выполнения этих мер также регламентированы.

Предложено ускорить реформы в АПК. В соответствие с этим требованием должен быть приведен статус Министерства сельского хозяйства. Для усиления роли аграрной науки важно улучшить финансирование Казахской академии сельскохозяйственных наук.

Нашла воплощение в постановлении и идея о необходимости совершенствования финансирования сельского хозяйства. Оно будет основываться на сочетании прямых бюджетных дотаций с государственно-хозяйственными сделками под будущий урожай и коммерческим кредитованием. Разработать такую систему правительство обязано до 1 ноября текущего года.

Затем парламентарии перешли к обсуждению постановления о результатах своих встреч с избирателями во время летних каникул.

Первое впечатление от этого документа: радикальное, бескомпромиссное желание улучшить экономическое положение народа. Отсюда и хлесткие формулировки типа «делается все против воли большинства населения, люди охвачены чувством неуверенности и страха за завтрашний день...». Но когда депутат Салык Зиманов в лоб спрашивает председателя комитета по экономической реформе Оразалы Сабденова: «Значит ли это, что курс экономических преобразований себя не оправдал и сама политика правительства антинародна?», тот от ответа уходит, и мудренно заявляет, что сам курс верный, но нуждается в корректировке...

В такой же, как выяснилось в ходе дискуссий, корректировке нуждался и сам документ. Депутаты-юристы, к примеру, обратили внимание на то, что Верховный Совет в этом документе берет несвойственные для себя функции и собирается рассматривать альтернативную антикризисную программу, хотя это целиком — в ведении исполнительной власти. Или намерен до октября нынешнего года рассмотреть «причины усиливающейся миграции населения из Казахстана и внести на рассмотрение Верховного Совета предложения по их устранению...». Между тем, солидный департамент в республике ломает голову над этой проблемой, до сих пор не находя приемлемых решений.

В итоге двухчасовых дебатов по каждой формулировке проекта постановления принято решение: отправить его на доработку. Кстати, сами депутаты сообщили такой факт: каждый час работы парламента обходится государству в 45 тыс. тенге...

Анатолий ШЕВЕЛЕВ,
Татьяна ЖУРБЕНКО,
(КазТАГ)

10 миллионов для Южного Казахстана

Умирзак Шукеев, заместитель главы Южно-Казахстанской областной администрации по экономике:

В нашей области осуществляется правительственная программа Свободного государства Саксония по созданию интегрированного сельскохозяйственного центра на базе научно-производственного объединения «Шымкент». Предусматривается поставка сельхозтехники, запчастей, оборудования для обучения специалистов — оно уже давно начало поступать. Все это финансируется правительством Саксонии. Недавно у нас в гостях побывал министр сельского хозяйства Саксонии господин Енисхен. Во время встречи с главой областной администрации З. К. Туризбековым он интересовался тем, как идут наши совместные дела, состоянием экономики области в целом, развитием агропромышленного комплекса и пообещал, что окажет содействие в оказании помощи сельскому хозяйству области. Планируется выделить на эти цели приблизительно 10 миллионов ДМ.

Городская администрация Шымкента тоже серьезно налаживает сотрудничество с Германией. Фирма «Виртген» помогает нам осуществить программу дорожного строительства. При помощи фирм «Кресс», «Неоплан» надеемся наладить сборку автобусов. Фирма «Ромбах» известна в мире как разработчик бытовых счетчиков. Заключен контракт на поставку первой партии бытовых счетчиков и с фирмой «Рур-газ». На базе нашего механического завода надеемся наладить выпуск таких счетчиков.

Есть программа по строительству здесь электростанции на отходах. Имеются также программы по налаживанию торговли автомобилями известных немецких марок — «Оппель», «Мерседес», — будут открыты магазины, торговые дома.

Большую роль в налаживании наших отношений с Германией играет Михаил Граф, представитель правительства Саксонии по созданию интегрированного сельскохозяйственного центра. Он наш земляк, выпускник Казахского химико-технологического института, затем его преподаватель, теперь живет в Германии. Хочется надеяться, что такое сотрудничество будет обоюдовыгодным, а нашу жизнь сделает цивилизованней.

Бюрократом быть приятно

Такая мысль невольно приходит на ум, когда стоишь около витрины нового отдела алматинского «Детского мира». Вот уже месяц, как на его прилавках лежат радующие глаз разнообразные канцелярские товары. Все они — из Германии. Крупнейшая фирма «Херлиц», производящая примерно 20 тысяч наименований канцелярских товаров, теперь известна и казахстанским покупателям.

...Глаза разбегаются, когда видишь это обилие нарядных коробочек, ярких обложек. Унылые металлические скрепки и кнопки, оказывается могут быть разноцветными, веселыми. Канцелярские наборы, которые у нас любили дарить юбилярам, не обязательно должны быть тяжеловесно - монументальными, а вполне могут быть озорными, из легкой пластмассы, в виде забавных детских игрушек: космического корабля, зверюшек, роботов.

Товары этого отдела, что и говорить, пользовались большой популярностью перед началом нового учебного года. Здесь большой выбор предметов, необходимых первоклассникам, особенно для уроков труда. Но все эти наборы ножниц, тюбики клея стоят, конечно, очень дорого. Не говоря уже о предметах посерьезнее — например, ранцах. Это не просто сумка для учебников, а настоящий книжный дом. Однако, цены кусаются — стоят эти «дома» 2—2,5 тысячи тенге. Что, если перевести в доллары или марки, это не так уж и дорого, и вполне по карману рядовым родителям. Но наши родители — это особый случай. В государстве, где минимальная зарплата составляет 150 тенге, а альбом для рисования уже в обычном, не заграничном отделе — ровно треть этой суммы. Большинству родителей по карману в этом замечательном отделе разве что какой-нибудь причудливый ластик в виде сувенира. Бутылочка чернил—уже серьезная покупка, соизмеримая с покупкой бутылки вина!

Анил КУМАР

Вести из Караганды

ПОСОЛ КНР В ЦЕНТРАЛЬНОМ КАЗАХСТАНЕ

Чрезвычайный и полномочный посол КНР в Республике Казахстан Чен Ди впервые побывал с официальным визитом в Караганде. Китайский дипломат получил аудиенцию у главы Карагандинской администрации Петра Петровича Нефедова и его заместителя, члена-корреспондента Национальной Академии наук Казахстана Нуралы Султанулы Бектурганова, дал пресс-конференцию для журналистов республиканских и областных средств массовой информации, имел беседы с первыми руководителями промышленных предприятий, акционерных обществ, фирм и свободными предпринимателями.

Пребывание китайского посла в Карагандинской области совпало с всенародным празднованием в Китае 90-летия Ден Сяо Пина — инициатора и вдохновителя знаменитых экономических реформ. Чен Ди с удовольствием констатировал тот факт, что на земле Сары Арки, как и во всех регионах Казахстана, интенсивно развиваются экономические реформы, с каждым днем укрепляются взаимовыгодные народнохозяйственные, научные и культурные связи.

Например, генеральный директор научно-производственной фирмы «ОКТАНТ» — Центра новых технологий Карагандинской горадминистрации, гражданин КНР Игорь Николаевич Чжан-Цзянь и его заместитель Болат Асенович Ашимов давно установили прямые связи с Пекином, практически всеми китайскими провинциями и Синьцзян-Уйгурским автономным районом, нашли в КНР надежных и солидных партнеров.

Чэн Ди выразил пожелание создать со временем в Караганде китайский национальный культурный центр. Президент единственной в Казахстане Карагандинской областной федерации национальных и народных видов спорта, кандидат педагогических наук, член исполкома областного олимпийского совета, заслуженный учитель Казахстана Багдаулет Урбисинулы Урбисинов и генеральный директор научно-производственной фирмы «ОКТАНТ» Игорь Николаевич Чжан Юн-Цзянь пришли к единому мнению о необходимости создания китайского отделения этой спортивной федерации развития китайской гимнастики ушу и китайских единоборств в Центральном Казахстане.

Валентина ФИХТНЕР,
член областного Общества «Союз российских немцев»,
инженер

ПАМЯТИ РОБЕРТА РОЖДЕСТВЕНСКОГО

В областном молодежном центре состоялся литературный вечер, посвященный светлой памяти выдающегося отечественного поэта Роберта Рождественского, безвременно ушедшего из жизни в 62 года, в расцвете творческих сил. Активистка центра немецкой молодежи Елена Наливкина рассказала о творческом пути Поэта, который никогда не кривил душой, писал искренне, от души. На вечере звучали стихи Р. Рождественского — от «Песни о любви» до «Реквиема», песни на его стихи.

Фаниз Кужин, Наталия Вализер, Иоган Гааб в своих выступлениях подчеркнули, что только недалекие и малообразованные люди способны упрекать Роберта Рождественского в его «советскости». Ведь именно он вносил свежую струю в застоявшуюся литературу соцреализма, не побоялся издать первым в бывшем СССР поэтический сборник «Нерв» опального Владимира Высоцкого.

Юджин АНТИПОВ,
член совета Карагандинского областного Общества «Союз российских немцев», инженер-программист

Помощь по точному адресу

Немецкий Красный Крест направил в Республику Казахстан два автопоезда с гуманитарной помощью общей стоимостью в 1,8 миллиона немецких марок. На этот раз медицинское оборудование и медикаменты куплены на деньги, которые согласно Государственной программе Германии отпущены Федеральному правительству для поддержки немецкой диаспоры в Казахстане.

Совет немцев Республики Казахстан определил адреса, куда эта помощь распределяется. В первую очередь это областные и городские детские больницы и больницы, обслуживающие ветеранов войны и труда в Костанае, Кокчетаве, Павлодаре, Экибастузе, Караганде и Семипалатинске.

Немецкие песни над Волгой

Саратов стал центром очередного третьего международного фестиваля немецкой культуры. Он открылся в воскресенье и продлится неделю. Казахстан представлен на этом празднике народной песни и танца самодеятельным коллективом «Фольксквелле» из Караганды, ставшим лауреатом предыдущего фестиваля.

Согласно замыслу организаторов фестиваля, съехавшиеся почти полтысячи солистов на теплоходе совершат круиз по городам и селам, прежде всего, где относительно компактно проживают российские немцы. В частности, предусмотрено выступление в начавшей действовать кирхе.

Что касается коллектива «Фольксквелле», как сказала его художественный руководитель Юлия Гофман, все расходы по выезду на фестиваль взяло на себя посольство ФРГ в Казахстане, за что мы ему выражаем особую признательность.

Выполняя главный наказ

Первый рабочий день в Немецком Доме начался с заседания Совета Немцев Республики Казахстан. Дискуссия на Совете была обращена к главному наказу делегатов первого съезда немцев — максимум усилий направить на реализацию Государственной программы этнического возрождения. Как следовало из сообщений с мест, пока не везде созданы структуры общественных самодеятельных организаций, берущих на себя главный труд и заботу о сохранении родного языка, культуры, классов и групп, где углубленно изучается родной язык.

Реализуя решения Совета, его работники и председатель Александр Дедерер отправились в поездку по ряду областей, с тем, чтобы оказать активу практическую помощь, проинформировать о работе Совета Немцев, Казахстанской части Германо-Казахской межгосударственной комиссии, чьи заседания прошли в июле в Германии, а в августе в Казахстане, встретиться с представителями средств массовой информации, взять на заметку для последующего распространения все то, что накоплено в лучших областных и первичных звеньях действующих культурно-просветительских национальных очагов.

Пресс-служба
Совета Немцев
Казахстана

Готовы к трудностям космические джигиты

Космические научно-технические программы «Темир», «Дэмедж», «Отказ» — к их осуществлению приступают на космической станции «Мир» наш Талгат Мусабаев и его коллега Юрий Маленченко, получившие с Байконура 2 сентября подготовленный учеными республики мощный контейнер. Конечно, и ранее космическим джигитам пришлось немало затратить сил и времени на выполнение других запланированных учеными экспериментов и опытов — на астрофизические наблюдения, исследования по биотехнологии, медицинские эксперименты.

Но новая волна забот — поважнее прежних. Так, по поручению нашего института космических исследований Талгату придется «переквалифицироваться» в металлурга. Ему предстоит по разработанной профессором Александром Пресняковым технологии найти подтверждение многозначащей в перспективе идее, что жидкие, как и твердые тела являются структурированными. Эту особенность уловить на земле мешает гравитация. А там, в космосе, одинаково будут себя вести в расплавленном состоянии даже такие пары элементов, имеющих разные веса, как олово-свинец, кремний-алюминий, алюминий-медь, цинк-алюминий.

Вторую группу опытов, названную «Дэмедж», разработали ученые института ядерной физики и национального ядерного центра нашей республики член-корреспондент Национальной академии наук Абил Жетбаев и профессор Сергей Пивоваров. Они с помощью космонавтов решили изучить механизмы радиационной деградации полимерных и керамических материалов, чтобы найти пути их стабилизации. С этой целью на станцию были доставлены образцы полиметилметакрилата и иттриевой сверхпроводниковой керамики. Правда, для проведения экспонирования образцов предусматривается выход космонавта в открытый космос.

Автором третьей группы экспериментов является кандидат технических наук сотрудница физико-технического института Национальной академии наук Валентина Грищенко. Имя программы — «Отказ». Проведение запланированных ею экспериментов позволит изучить влияние комплексного взаимодействия ионизирующего излучения и факторов космического пространства на сбои и отказы электроники и иных приборов. Анализ наблюдений позволит прогнозировать работоспособность техники в условиях длительных космических полетов.

Мы, остававшиеся на земле, но, особенно космонавты, пережили немало тревожных часов, пока не удалось состыковать с орбитальной станцией «Мир» транспортный корабль. Но ценный груз все-таки доставлен. Он и открыл новый этап научно-технических и экспериментальных работ. Верится, что все задуманное удастся осуществить нашим космонавтам.

Раушан АКНАЗАРОВА,
ученый секретарь Института космических исследований Национальной академии наук республики
(КазТАГ)

Всем Пропстам Епархии,
всем руководителям Церковных (Братских) общин,
всем проповедникам и проповедницам,
всем братьям и сестрам в Евангелическо-Лютеранских общинах в Республике Казахстан!

Настоящим сообщаю, что в период с 3 октября по 23 октября 1994 г. в гор. Алматы состоятся занятия в школе проповедников. На эти занятия приглашаются **все те** братья и сестры, которые в настоящее время проповедуют в общинах **или желают впредь проповедовать.** Преподавать на курсах будут теологи (преподаватели) из Америки и Германии. Все расходы на проезд, проживание и питание во время занятия Епархия берет на себя.

Убедительно прошу всех пропстов, руководителей общин, проповедников и проповедниц ознакомить с данным письмом всех членов общин и оказать всякое содействие, чтобы каждый, кто пожелает поехать на курсы, мог это сделать.

Всех заинтересованных лиц прошу обратиться с письмом на мое имя по адресу **480039 КАЗАХСТАН, гор. АЛМАТЫ-39, Днепропетровская, 19.**

Рихард КРАТЦ,
Суперинтендент

Казахстан: новости дня

НОВЫЙ ВОЗДУШНЫЙ МОСТ АЛМАТЫ—ПЕКИН

АЛМАТЫ. В рамках государственных соглашений между Казахстаном и его великим соседом — Китаем проложена еще одна воздушная трасса. Успешно состоялся первый рейс Алматы — Пекин — Алматы. Лайнер «Ту-154» приземлился в столице Китая на 25 минут раньше запланированного времени. Четыре с половиной часа лета от казахстанской столицы до Пекина пролетели незаметно для тех, кто впервые осваивал этот воздушный мост. В числе первых пассажиров были работники китайского посольства в нашей стране, студенты, обучающиеся в двух столицах, предприниматели, журналисты, спешащие на международный форум работников информационных агентств.

Регулярный рейс между столицами двух соседних государств планируется совершать раз в неделю.

ДОБАВКА К САХАРУ

ТАЛДЫКОРГАН. Конечно, главная забота у тружеников сахарных заводов Семиречья — сделать все, чтобы сезон переработки свеклы прошел без потерь и снижения сахаристости сырья, максимально выгодно реализовать сладкую продукцию. Но этого недостаточно для последующей нормальной деятельности и стабилизации коллективов. Поэтому они готовятся к активной послесезонной работе. Имеется в виду выпуск изделий подсобного характера, что дает возможность повысить заработки рабочих и специалистов, усилить социальную помощь.

На Алакульском и Аксуском заводах, как и раньше, станут изготавливать тару, нужную для упаковки и перевозки кондитерских изделий. Делают и жестяные емкости, которые необходимы в консервной промышленности. Дополнительной продукцией явится и продовольствие из кукурузы и иного сырья, закупленного у окрестных хозяйств. На других предприятиях отрасли приобрели опыт выпуска некоторых промтоваров широкого спроса и медицинских препаратов.

РАДИОЛОГИЧЕСКОЕ ОБСЛЕДОВАНИЕ ОБЛАСТНОГО ЦЕНТРА

УРАЛЬСК. В соответствии с программой, разработанной областным управлением экологии и биоресурсов, к радиологическому обследованию территории областного центра приступила экспедиция специализированного производственного объединения «Волховгеология» из Российской Федерации.

Наряду с углубленным изучением фоновой радиации экспедицией будут выявляться возможные локальные очаги радиоактивного загрязнения, изучаться их влияние на окружающую среду и здоровье населения. При обнаружении таких очагов будут проводиться работы по их ликвидации. Особое внимание будет уделено обследованию школ и детских дошкольных учреждений Уральска.

НА ЯРМАРКЕ ДЕШЕВЛЕ

ПЕТРОПАВЛОВСК. Почти полмиллиона тенге выручили сельчане Пресновского района на ярмарке в областном центре. Такие торги поочередно проводят здесь все районы. Агропредприятия, фермеры, крестьяне предлагают на них разнообразную продукцию полей и ферм, садов и огородов, местной промышленности. Цены ниже обычных рыночных привлекают сюда многих петропавловцев. К тому же товары неплохого качества. Довольны посетители и тем, что на ярмарках выступают самодеятельные артисты.

Здесь возрождаются давние торговые традиции. Круг участников их постепенно расширяется. Но пока этому препятствуют таможенные линии и заставы, высокие пошлины. Тем не менее крупным событием середины сентября станет межрегиональная ярмарка-выставка «Партнер-94», в которой примут участие товаропроизводители с определенных регионов Казахстана, Урала, Сибири.

ЛИСАКОВСК, Костанайская область. Неподалеку от города, известного в научном мире как «лисаковский могильник», уже на протяжении десяти лет работниками Карагандинского университета и костанайского областного историко-краеведческого музея ведутся археологические раскопки. За это время ими найдено немало уникальных и исторически ценных находок периода андроновской культуры, «бронзовой» эпохи — около двухсот глиняных сосудов, золотые украшения, множество предметов из бронзы. Самая ценная из них — — бронзовый накостник, пока единственный, найденный на территории СНГ.

НА СНИМКЕ: научный сотрудник Юлия Будянова демонстрирует глиняные находки.

Фото КазТАГ

СВОЕВРЕМЕННЫЙ ПОДАРОК

АТЫРАУ. Поистине дорогой по нынешним временам подарок приготовила ко Дню знаний областная администрация работникам системы образования областного центра. В новый дом из 60 квартир получили ордера учителя и технические работники гороно. Если вспомнить, что за все годы советской власти такого целевого подарка скромные деятели просвещения ни разу не получали, то становится понятным восторг людей, всегда остававшихся в тени у властных структур.

Не надо забывать и о том, что такой же подарок был преподнесен в прошлом году медикам к их профессиональному празднику. Тогда вселились в новый дом 114 семей из системы здравоохранения. До конца года должны справить новоселья автомобилисты и дорожные строители, для которых возводятся 60- и 114-квартирный дома.

ВОТ ЭТО ЩЕДРОСТЬ!

АКМОЛА. Пример щедрости в милосердии показал Абай Сартаев, президент частной юридической фирмы «ННС2». Он перечислил в благотворительный фонд «Бобек» 20 тысяч тенге. Не отказал в помощи и областному управлению внутренних дел, выделив 45 тысяч тенге на приобретение нужных материалов, аппаратуры.

Узнав, что серьезные финансовые трудности испытывает журнал «Нива», издаваемый в Акмоле, Абай Хасанович перечислил на его счет 25 тысяч тенге. Весной нынешнего года он поздравил с окончанием средней школы выпускников детского дома и подарил каждому из них по теплому шарфу. А чтобы им было легче начинать самостоятельную жизнь, вручил по конверту с деньгами. В начале нового учебного года Сартаев опять помог нуждающимся детям, передав 21 тысячу тенге в городской отдел опеки и попечительства. На эти деньги сиротам и лишенным родительского попечения приобретены тетради, карандаши, ручки и т. д.

Обращение Фонда имени Айриха

Для обеспечения наиболее полного учета жертв репрессий и геноцида и ведения статистики, призванной помочь в их реабилитации и сохранить их имена в истории и памяти народа российских немцев, Казахстанский Фонд содействия реабилитации и помощи жертвам сталинских репрессий и трудармейцам имени Эдуарда Фердинадовича Айриха обращается ко всем бывшим трудармейцам, родственникам и знакомым тех из них, кого уже нет в живых, ко всем получателям газеты «Нойес Лебен» и «Дойче Альгемайне» с просьбой заполнить публикуемый бланк «Личной карточки трудармейца» и выслать ее по адресу:

480051 Алма-Ата, микрорайон «Самал-3», дом 9, Немецкий Дом, Егеру Виктору Теодоровичу.

ЛИЧНАЯ КАРТОЧКА ТРУДАРМЕЙЦА №
(далее сокращенно т/а)

01. Фамилия _____
Имя _____ Отчество _____
02. Число, месяц, год рождения _____
03. Место рождения _____
04. Когда взят в т/а (число, месяц, год) _____
04а. В каком возрасте _____
05. Откуда взят в т/а (адрес) _____
06. В каких местах, сколько и кем работал в т/а _____

07. Режим работы (время, час) _____
08. Условия пребывания в т/а: колючая проволока, конвой и т. д. (подчеркнуть) _____
09. Сколько времени находился в т/а (лет, мес., дней) _____

10. Когда освобожден из т/а (число, месяц, год) _____
10а. Если погиб в т/а (число, месяц, год гибели т/а) _____
10б. Место гибели т/а (название лагеря, где расположен) _____

10в. Если умер после пребывания в т/а (почтовый адрес т/а на момент смерти) _____
11. Индекс, полный домашний адрес, телефон т/а _____

11а. В случае смерти т/а, индекс, подробный адрес, тел., ФИО родственника, заполнявшего данную карточку _____

11б. Родственные связи с умершим (брат, сын, внук) _____
12. Роспись заполнявшего карточку _____
13. Дата заполнения _____

А я остаюсь здесь

В «ДАЦ» (номер 35 от 27 августа с. г.) было опубликовано интервью с советником германского посольства в Алма-Ате господином Акселем Вайсхауптом «Немвы в Казахстане: между двух миров, как между двух огней». Оно вызвало отклики читателей. Один из них публикуется ныне.

Мне импонирует искренность германского дипломата, его заинтересованность в судьбе российских немцев. Он прав, констатируя, что в Германии с большим трудом подтверждаются дипломы об образовании, полученные в СССР—СНГ.

Недавно в Караганду в гости к родственникам приезжал из земли Бранденбург мой друг Валера. Он прошел стажировку в Международном институте германской культуры имени Гете, имел беседы с молодыми учеными Берлинского университета имени Гумбольдта.

Валера рассказывал мне, что в Германии высоко котируются только дипломы о высшем образовании, выданные Московским, Санкт-Петербургским, Новосибирским, Уральским и Казанским государственными университетами. Владельцев этих университетских дипломов ожидают неплохие перспективы на исторической родине. Дипломы Карагандинского, Воронежского, Киевского и Белорусского университетов — конвертируемые на международном рынке «умов», однако их владельцы проходят тестирование. Карагандинский госуниверситет установил прямые связи с Сорбонной, Кембриджским и Оксфордским университетами, но в Германии не обольщаются этим.

Что же касается дипломов провинциальных университетов третьей категории, как например, Саратовского, то они де-факто не признаются, в лучшем случае (при достаточно хорошем знании родного языка) дают право поступления в вуз без вступительных экзаменов. Иными словами, приравниваются к гимназии. По иронии судьбы я переписываюсь в недавней выпускницей Саратовского университета — немкой Олей, которая переехала вместе с родителями на постоянное жительство в Германию. Она была отличницей в школе и университете, участвовала в ученических и студенческих олимпиадах по немецкому языку. Ректор местного университета обещал Оле место ассистента на кафедре иностранных языков (она окончила романо-германское отделение) и направление на заочное обучение в аспирантуру факультета иностранных языков Саратовского государственного педагогического института. Но Оля не вняла доброму совету Анатолия Михайловича не уезжать.

Сейчас она гражданка Германии. Но оптимизма в ее письмах не чувствуется. Над ее «совковым» произношением все смеются, в восточно-германской земле она чувствует себя «девочкой-изгойем», ни с кем так и не подружилась. Ее красный диплом университета далекого от Восточной Германии волжского города Саратова никому там не нужен. С огромным трудом Оля трудоустроилась рабочей на кухне в столовую, обслуживающую водителей автобусов междугородних рейсов. Она постоянно ощущает языковой барьер и морально-психологический дискомфорт. Ей не хватает живого общения с ровесниками, шумных молодежных диспутов до хрипоты, раскованности. Порой возникает желание отправиться в российское посольство в ФРГ и слезно умолять: верните меня домой в Россию, на Волгу, где прошли мои детство, отрочество и юность. Но выбор сделан, судьба решена, приходится адаптироваться, «интегрироваться», как говорит Аксель Вайсхаупт, в новые условия страны проживания.

Слава Богу, что в Карагандинской области проживают 144 тысячи российских немцев. У нас, так сказать, самая высокая плотность компактно проживающих немцев в Казахстане. Однако, реэмиграция набирает темпы с каждым днем. Конечно, уезжать в Германию или оставаться в Казахстане — личное дело каждого моего соотечественника. И я не в праве давать какие-либо советы. Но мне хочется все-таки, чтобы наши немцы уезжали не спонтанно, а после взвешенного анализа всех «за» и «против». В антрагах кандидаты «за кордон» подчеркивают свою религиозность, принадлежность к той или иной христианской конфессии. Но, положа руку на сердце, скажите прямо, дорогие мои земляки, когда вы в последний раз молились за богослужением в католическом костеле, лютеранской кирхе или молитвенном доме, посоветовались ли с вашими духовными отцами, прежде чем принять решение о реэмиграции?

Лично я остаюсь в Казахстане. В Германию буду ездить по гостевой визе и, возможно, часто. Поэтому, поймите правильно, меня до глубины души взволновало конкретное пожелание Акселя Вайсхапута об увеличении времени телерадиовещания на немецком языке. Ибо без языка нельзя всерьез разглагольствовать о сохранении менталитета российских немцев.

Юджин АНТИПОВ,
член совета карагандинского областного общества «Союз российских немцев», инженер-программист.

„Hoffnung"

Оказывается, еще не все из числа российских немцев окончательно потеряли надежду на возможность возродиться, оставаясь в границах СНГ. Свидетельство тому — газета «Hoffnung» («Надежда»), издаваемая обществом немцев Крыма «Видергебурт» (вышло уже семь номеров). Ниже публикуем подборку из этого издания (№ 5 за нынешний год).

НАДЕЮСЬ, ЧТО У НАС ВСЕ ПОЛУЧИТСЯ

Не думаю, что все сомнения позади, что получится на самом высоком уровне, но надежда и вера в нас, немцах, есть. Речь идет о фестивале Дни немецкой культуры в Крыму, о той большой организаторской и творческой работе, которую нам предстоит проделать.

Проведение фестиваля планируется так:

1. Заезд участников с 30 сентября до 10 часов утра 1 октября;

2. Открытие фестиваля 1 октября в 10.00 (Дом культуры Ялты);

3. Экскурсии по Ялте, посещение выставок (согласно программе) 1.10.94 с 12 до 16 час и 2.10.94.

4. Торжественная литургия в кирхе Ялты 2 октября в 9.00.

5. Галла-концерт и пресс-конференция 2 октября с 14.00 до 17.00.

6. Закрытие фестиваля 2 октября в 17.00.

Программа фестиваля еще будет уточняться. Время и место мероприятий можно будет узнать в одном из следующих номеров нашей газеты. Однако уже сейчас ясно, что программа будет большой и разнообразной.

Проживание участников планируется в пансионате «Магнолия» с 17.00 30 сентября в течении 1 и 2 октября с 3-х разовым питанием и проживанием в 2—3—5-местных номерах и коттеджах. Оплату проживания и питания берет на себя общество «Видергебурт». Участники понесут расходы только на проезд в Ялту и обратно. Адрес пансионата «Магнолия»: Ялта, ул. Ломоносова, 35, тел. 39-65-43, 39-49-62. Проезд троллейбусом № 3 до остановки «Кинотеатр «Спартак».

Какие задачи стоят перед нами сегодня?

1) Во всех организациях, а их у нас 20, необходимо уточнить, какие выставки и экспозиции будут представлены (пусть самые маленькие, но, главное, чтобы они были немецкими, в память о прошлом или сделанные нашими немцами). Это могут быть выставки картин, прикладного искусства, архивные материалы, этнографическо-исторический уголок и т. д.

2) Готовить классические и эстрадные номера для большого концерта.

3) Необходимо определить, сколько человек и откуда приедет на фестиваль, составить списки от всех первичных организаций «Видергебурт» и от всех городов и районов Крыма. Контактные телефоны: Ялта (8—24) 34-65-81; Симферополь (8—0652) 27-49-00.

Организатор и ответственный за проведение фестиваля — общество немцев Крыма «Видергебурт». Хозяева фестиваля — общество немцев Ялты (председатель общества Л. С. Симакова, тел: (8—24) 34-65-81).

В. РЕНПЕНИНГ,
председатель общества немцев Крыма «Видергебурт», депутат Верховного Совета Крыма

ИЗУЧАЯ ПРОШЛОЕ

В настоящее время большой интерес проявляется к изучению истории послереволюционного периода. Это неудивительно, ведь еще совсем недавно доступ к большинству архивных документов этого периода был закрыт. А прошедший 70-летний отрезок истории изображался в розовом свете.

Естественно, нас с вами интересует прежде всего история немецкого народа. Различные архивные материалы по этой теме помогают не только изучить прошлое, но и увидеть связь времен и нашу причастность к этой истории.

Работая в архивах, убеждаешься в том, что громадное количество документов, связанных с нашим национальным вопросом, еще не востребовано и нуждается в длительном изучении. Иногда, ведя поиски по одной небольшой теме, попутно сталкиваешься с таким большим объемом интересного материала, что вынужден откладывать его на следующий раз. Например, уже три года вели мы поиск проекта Ялтинской кирхи Святой Марии. Для этого пришлось ознакомиться с фотофондами Ялтинского краеведческого музея, с некоторыми фондами Массандровского дворца и Одесского архива, изучить фотофонды Республиканского музея, пересмотреть 204 дела Госархива Крыма. А удалось найти этот проект недавно в ЦГА Санкт-Петербурга.

Труд, конечно, оправдал затраты: теперь мы имеем не только проект красивейшей кирхи, подлежащей восстановлению, но и множество материалов, которые будем изучать дополнительно. Среди них список 97 членов лютеранской общины Ялты 1923 года с указанием места жительства и рода деятельности каждого. Указан состав правления, где председателем был Альфред Шиллинг. Как сложились их судьбы? Об этом мы можем только догадываться. Во всяком случае, информационный вакуум семидесятилетнего периода заполняется и пусть в какой-то мере, но вновь продолжается отсчет времени, этафету которого приняла наша община, возглавляемая Л. Симаковой (Линдерс).

Мы продолжаем вести сбор исторических документов, найдены карта Ялты 1906 года, где указаны место нахождения улицы Лютеранской и одноименного переулка, список старых и новых названий населенных пунктов в Крыму, а их было 149, в которых действовали немецкие лютеранские общины, список всех 61 деревни, которые до 1937 года имели немецкие названия. Удалось также разыскать местонахождение карты Ялты, на которой у каждого домовладения указана фамилия его владельца до 1917 года. Теперь известны нам и фамилии немецких архитекторов, а их в Ялте было больше половины, — по проекту которых построены всемирно известные Массандровский дворец и «Ласточкино гнездо».

Накапливаемый материал дает основание плагать, что мы приступаем к созданию музея немецкого народа. Необходимо только отнестись к этому серьезно, так как без сохранения исторического наследия невозможно возрождение наших национальных и духовных традиций.

Владимир ЭМРИХ

Немцы в Казахстане: краткий демографический и политологический обзор

Немецкое население в Казахстане компактно проживало с 19 века и было зарегистрировано переписью 1897 года в количестве 2613 человек, в т. ч. 600 в городах и 2013 в селах. Царское правительство выселяло немцев из насиженных немецких слобод и хуторов на восточные окраины империи — в Сибирь и Казахстан. Усиливался национальный и конфессиональный гнет. Систематические выселения приводили к социальному, национальному и конфессиональному сплочению. Все исследователи отмечали зажиточную и добропорядочную жизнь немецких колонистов. Немцы не только ассимилировались с окружающими — русскими и украинцами, — но и «впитывали» в себя пленных и беглых чехов, австрийцев, голландцев, французов.

В конце 1920-х годов количество немцев в Казахстане продолжало увеличиваться — из южных округов Украины и нижнего Поволжья шли в Казахстан немцы-колонисты. (Центральный Государственный Архив Республики Казахстан, фонд 1000, оп. 1, д. 24, л. 62). После голода 1921 г. в Поволжье немцы испытали голод на Украине и в Казахстане. Сведения по городам Казахстана в 1933 г. показывают высокую смертность среди немцев в городах — трехкратное превышение смертности над рождаемостью (ЦГАРК, ф. 698, оп. 14, д. 188, л. 21). В 1938 г. родилось 4246 детей, в т. ч. 3951 в селах, 1705 умерло, в т. ч. 1559 в селах. Из числа умерших 626 человек умерло в возрасте до 1 года. Вступило в брак 1268, развелось 113 человек. Если предположить, что среднее население в 1939 г. составило 86 473 человека, то коэффициент рождаемости составит 49.1 промилле, смертность — 19.7 промилле, вступление в брак — 14.7 промилле, разводы — 1.3 промилле.

Имеются архивные данные и за 1939 год. Если предположить в качестве среднего населения материалы переписи 1939 года, то мы получим следующие коэффициенты: рождаемость — 52.3 промилле, смертность — 20.0 промилле, брачность — 15.1 промилле, разводы — 2.0 промилле. Не вдаваясь в демографические подробности, отметим, что коэффициент естественного прироста в течение года увеличился и составил 32.3 промилле. Несмотря на нарастание репрессий, растет рождаемость, одновременно растет и смертность, быстро растут разводы. Жизнь становится тревожней, напряженней и драматичней. К 1 декабря численность немцев-спецпереселенцев составила 349 713 человек, а общая численность немцев в Казахстане около 450 тыс. человек. Высылки немцев в Казахстан продолжались и после второй мировой войны — были вывезены немцы из Украины и с Кавказа. Кроме советских немцев, на территории Казахстана жили немцы-военнопленные, подавляющее большинство которых к 1948 году возвратилось на родину, а к 1950 их практически в СССР не осталось. В 1964 году немцы были реабилитированы (Указ Президиума Верховного Совета СССР от 28 августа 1964 года), но разрешение на переселение на территорию в бывшую Республику немцев Поволжья было дано только в 1977 году.

По социально-профессиональному составу немцев информации практически нет. Однако перепись 1970 г. содержит следующую характеристику по постоянному населению. Всего 815416 человек, из них проживало в городах — 321780, в селах — 493636 человек. Из 344517 человек, имеющих занятия, на предприятиях и в учреждениях работало 315375, в колхозах — 28617, в личном подсобном хозяйстве и у частных лиц — 525, численность пенсионеров — 72146 человек, стипендиатов — 10855 человек (студенты, учащиеся техникумов) и иждивенцев — 378767 человек (старики, дети и инвалиды). Из 815 тысяч 638 тысяч человек были рабочие, 93,4 тысячи — служащие, 83.4 тысячи — колхозники, прочие — 554 человека. Только 42 проц. рабочих работали в городах, 54 процента служащих — работали также в городах.

Под влиянием разрядок напряженности немцы СССР стали добиваться выезда в ФРГ. Несмотря на мощную антиэмиграционную пропагандистскую компанию немцы стали уезжать на историческую родину. Конец 1970-х годов — период заметного оживления национального осознания немцев. Об этом свидетельствуют события лета 1979 г. в Целинограде, когда была предпринята попытка образовать автономию в Казахстане. Неисследованный вопрос — межобластные и межреспубликанские миграции немцев: ученые должны воспроизвести мотивацию переездов.

На севере и в центре Казахстана стала складываться компактная немецкая община: к прежним немцам-старожилам из числа колонистов — были переселены немцы-спецпереселенцы. Так наибольшее число немцев-спецпереселенцев оказалось в Акмолинской области (71 тыс.), в Кустанайской (40.7 тыс.), Павлодарской (51.4 тыс.), Северо-Казахстанской (53 тыс.). Немцев почти не было в Атырауской, Западно-Казахстанской и Мангестауской областях.

Есть предположение, что правовое положение немцев на западе и юге Казахстана было более «либеральным», на севере «опека» была несравненно жестче. Именно поэтому, по нашему мнению, эмиграция из южных областей началась раньше и шла интенсивней. Другая причина опережающего выезда из южных областей — трудоизбыточность на юге была острей. К началу 1989 г. основной пласт немецкого населения сформировался на севере и в центре Казахстана. Так в Акмолинской области проживало 108 тыс., Карагандинской — 137 тыс., Кокчетавской — 80 тыс., Павлодарской — 85 тыс., Кустанайской — 100 тыс., Северо-Казахстанской — 40 тыс., Торгайской — 13 тыс., Жезказганской области — 25 тыс. немцев. Всего в этих областях концентрировалось 588 тыс. из 957 тыс. немцев Казахстана, что составляело 63 проц. всего этноса.

Именно последующие годы определили небывалую эмиграцию. Уже к 1 января 1994 г. в указанных областях была другая картина: в Акмолинской области осталось только 78.4 тыс., Карагандинской — 73.4 тыс., Костанайской — 90.8 тыс., Северо-Казахстанской — 34.6 тыс., Торгайской — 12 тыс., Жезказганской — 13.3 тыс. немцев. Таким образом, к 1 июля 1994 г., можно предположить, численность немцев продолжала сокращаться и на юге их осталось 1/3, а на севере от половины до 2/3 демографического массива 1989 г. Мы выделяем следующие причины выезда:

1) Появление возможности выезда на историческую родину. Беспрепятственный выезд стал возможным в конце 1980-х годов;

2) Нежелание терпеть бытовой национализм как со стороны казахов, так и русских;

3) Влияние избыточности населения и открытой безработицы;

4) Несравненно низкий уровень жизни по отношению к России и ФРГ;

5) Невозможность создать конфессиональную и национальную инфраструктуру в условиях недостаточной компактности расселения немецкого этноса.

Не останавливаясь на всех причинах, скажу о последней причине. Несмотря на принятие Комплексной программы этнического возрождения немцев Казахстана, несмотря на отдельные достижения усилиями национальномыслящей интеллигенции, ситуация с национальным и конфессиональным возрождением представляется малоразрешимой. Не вдаваясь в детали отмечу, что количество школ с обучением родного языка (немецкого) сократилось с 285 в 1991 году до 195 в 1993 году, количество учебных групп сократилось с 1443 в 1991 г. до 877 в 1993 г., количество учеников с 18242 в 1991 г. до 10542 в 1993 г., а количество учителей немецкого языка в этих школах с 423 в 1991 г. до 260 в 1993 г. (газета «Ана тілі», 2 июня 1994 г.). Причина сокращения количества учеников и учителей немецких групп заключается в нарастании эмиграционных настроений, особенно на юге и в центре Казахстана.

Теперь рассмотрим структуру выезжающих немцев. В 1993 г. в возрасте старше 15 лет выехало 62806 человек (сведения Госкомстата Р. К.).

Распределение эмигрантов немецкой национальности по уровню образования в возрасте от 16 лет и старше за 1993 г.

	Всего выбыло немецкого	Удельный вес возрастных	в том числе человек: в страны дальнего зарубежья: всего	% к общей численности выбывших немцев в дальнее зарубежье	в страны ближнего зарубежья: всего	% к общей численности выбывших немцев в ближнее зарубежье
Всего	62806	100	56055	100	6715	100
В т. ч. имеющих образование:						
высшее	4546	7.2	4092	7.3	454	6.7
незаконченное высшее	787	1.3	699	1.2	88	1.3
среднее специальное	15348	24.4	13675	24.4	1673	24.8
среднее общее	24348	38.8	21350	38.1	2998	44.4
неполное среднее	8720	13.9	7801	13.9	919	13.6
начальное и не имеющие образование	9057	14.4	8438	15.1	619	9.2

В следующей таблице дается возрастная структура социально-демографических групп выезжающего населения.

Возрастной состав немецкого населения за 1993 г.

	Всего выбыло (человек)	% к общей численности выбывших немцев
Всего выбыло	101205*	100
в т. ч. в возрасте:		
моложе трудоспособного	28204	27.9
трудоспособного	58230	57.5
старше трудоспособного	14771	14.6

*) С учетом внутриреспубликанской миграции, объем которой по выбывшим лицам немецкой национальности составил 12993 человека.

В конце статьи я хотел бы высказаться об оценке эмиграционных процессов из Казахстана. Я положительно оцениваю выезд немцев в ФРГ и в Россию. Во-первых, выезжающие получают шанс выправить материальное положение как для себя, так и для своих детей. Жизненный уровень в ФРГ многократно выше, чем в Казахстане. Будет прекращена ассимиляция немцев Казахстана. Во-вторых, право на эмиграцию — одно из важнейших правовых международных стандартов. Немцы усиленно реализуют это право. (Я не говорю об обдираловке и непредвиденных расходах эмигрантов). Приживаемость эмигрантов в ФРГ чрезвычайно высока. Возвращаются назад только чудаки и неадаптируемые в правовом государстве личности. В-третьих, в условиях продолжительного экономического и социального спада весьма проблематично выделение средств из Госбюджета Казахстана на развитие немецкой национально-конфессиональной инфраструктуры. Средства, выделяемые для возрождения немецкой предпринимательской деятельности, будут большей частью расхищены или использованы неэффективно. В-четвертых, выезд немцев не подорвет экономику Казахстана. Нарастание кризиса занятости, кризис сбыта продукции приведет к свертыванию значительного числа городской и сельской производственной инфраструктуры.

Для Казахстана жизненно важна геополитическая позиция как основного гаранта территориальной целостности вновь образованных государств. Завершение обновления производства в новых землях ФРГ приведет к резкому возрастанию роли этого государства на материке. В недалеком будущем ФРГ как и Япония станет членом Совета Безопасности ООН, будет смело действовать в миротворческих делах как в Европе, так и в Азии и Африке. ФРГ будет активно гарантировать права немецкого населения социально-экономическими и политическими мерами воздействия. Ко второму тысячелетию исчезнет комплекс «государства, проигравшего войну».

Казахстан занимает буферное положение между Китаем и Россией. Хотя оба государства официально признают территориальную целостность и суверенитет Казахстана, но имперские амбиции обоих государств в отношении Казахстана могут пробудиться в любой момент. Именно тогда молодое государство, каковым является Казахстан, будет нуждаться в военно-политическом, социально-экономическом участии ФРГ и западной демократии. Поэтому я, как казахский демограф и политолог, считаю необходимой геополитическую активизацию ФРГ по отношению к Казахстану.

Следующий аспект: на этапе перехода к рынку и правовому государству ФРГ могла бы (при всех своих трудностях) разрешить ввоз рабочей силы из Казахстана на работу. В отличие от работающих и проживающих в ФРГ турок, курдов, цыган, румын, югославов (сербов, хорватов, боснийцев) казахи и русские из Казахстана более законопослушный, более лояльный, технически более квалифицированный этнос. Ни казахи, ни русские из Казахстана не стали бы примыкать к экстремистским организациям. Казахстан получил бы снижение безработицы, социально-экономическую активизацию населения, приток дорогих марок в Казахстан, приток немецких товаров в республику.

ДИНАМИКА НЕМЕЦКОГО НАСЕЛЕНИЯ КАЗАХСТАНА. 1970—1994 гг.

ИСТОЧНИКИ: ИТОГИ ВСЕСОЮЗНОЙ ПЕРЕПИСИ НАСЕЛЕНИЯ 1989 г. IV СБОРНИК, т. 1. АЛМА-АТА, 1991, 1. 6 ИТОГИ ВСЕСОЮЗНОЙ ПЕРЕПИСИ НАСЕЛЕНИЯ 1970 г., т. ШМ, М: СТАТИСТИКА. 1973, с. 223—252; ИТОГИ ВСЕСОЮЗНОЙ ПЕРЕПИСИ НАСЕЛЕНИЯ 1979 ГОДА ПО КАЗ. ССР. АЛМА-АТА, «КАЗАХСТАН». 1981, с. 232—251

	Численность населения: 15 января 1970	17 января 1979	12 января 1989	на 1 января 1994	Динамика в 1989—1993 гг.
Казахстан	858077	900207	957518	613820	—343698
Актюбинская	31473	30084	31628	18434	—13194
Алматинская	52240	60664	61277	21780	—39497
Акмолинская	99812	102654	112288	78422	—33866
Атырауская	2490	1694	1401	1056	—345
Восточно-Казахстанская	21727	21418	22768	19169	—3599
Жамбылская	66366	69446	70150	31481	—38669
Жезказганская		23729	24179	13322	—10857
Западно-Казахстанская	4135	4722	4550	3762	—788
Карагандинская	145533	130863	143525	73426	—70099
Кызылординская	3116	2236	2108	1108	—1000
Кокшетауская	75485	76438	81985	58091	—23894
Кустанайская	90357	94584	107408	90817	—16591
Мангистауская		1081	1136	680	—456
Павлодарская	73614	81487	95342	75344	—19998
Северо-Казахстанская	37566	37634	39293	34698	—9187
Семипалатинская	47249	44057	44113	34926	—9187
Талдыкорганская	34721	35661	35329	16536	—18793
Торгайская	11476	12877	14395	11979	—2416
Южно-Казахстанская	46382	50742	44526	18753	—25773
г. Алматы	14335	18136	20117	10036	—10081

Примечания: сведения за 1970 г. по Жезказганской области даются вместе с Карагандинской областью, Атырауской — с Мангыстауской областью. Сведения за 1970, 1979, 1989 гг. даются по материалам переписи населения.

Азимбай ГАЛИЕВ,
начальник кафедры Алматинской Высшей школы МВД Республики Казахстан

Из воспоминаний бывшего узника ГУЛАГа

Немцы-спецпоселенцы-старатели

Таких российских немцев, как я, в России были сотни тысяч. Я учился в Ленинграде в Петершуле, конфирмировался в Петеркирхе. Когда я учился на 1 курсе Текстильного института, меня и несколько однокурсников — немцев в январе 1935 года арестовали, сфабриковали дело «Ютенфербанд» и дали нам разные срок иот 3 до 10 лет ИТЛ. Мне было тогда 19 лет. Я получил 4 года ИТЛ. В конце 1935 года в вагонах — телятниках нас повезли во Владивосток, оттуда на пароходе «Невострой» в сопровождении легендарного ледокола «Красин» отправили в бухту Нагаево на Колыму. «Красин» сопровождал еще пароходы «Днепрострой», «Джурма» и «Дальстрой», трюмы которых были полностью забиты заключенными. Из бухты Нагаево пешком нас отправили на золотые прииски, в шахты и рудники. Пос-

В 1938 г. на прииске Горном, в числе других заключенных (80—90 человек), мне без суда и следствия тройкой МВД по Дальстрою добавили еще 10 лет ИТЛ. Итак, 4 плюс 10. Итого 14 лет.

Из 9 арестованных студентов Текстильного института в живых осталось 2. «Освободили» меня в 1948 г. Вместо паспорта дали справку об освобождении и направили на Таскан-Энерго, где была спецкомендатура для немцев.

В 1950 г. руководство Дальстроя решило создать на Колыме старательские артели из числа немцев-спецпоселенцев во главе с вольнонаемными и уполномоченными комендатуры, В Северном управлении (поселок Ягодное) такие артели были созданы на Оротукане и распадке Майорыч. Меня и всех немцев из Тасканы перевели на Майорыч. Это маленький пустой поселок, где до 1948 г. жили геодезисты, в нем было несколько деревянных домиков и большой барак, в котором раньше жили подручные рабочие — зеки. Самый лучший дом, конечно, заняли председатель и спецкомендант. Остальные домики заняли семейные немцы — спецпоселенцы, а в большом бараке разместились немцы-холостяки. Разбили нас на звенья по 4—6 человек и повели на распадок «Три медведя». Там в начале 30-х годов работала геологоразведка и установила, что промышленного золота там нет и что только некоторые шурфы показывают очень низкий процент содержания золота. Нас привели на это место и сказали: «Хотите жить — копайте шурфы, промывайте пески, работайте лотками или стройте бутары, вот вам лопаты, кайла и аммонит. Это все авансом, потом придется рассчитаться». Авансом нам выдали хлеб и кое-какие продукты.

В одном доме разместили магазин (продавец вольнонаемный), в который завезли хорошие продукты. Однако продажа производилась только на боны. Сдашь золото — получишь боны, тогда покупай, что хочешь. А не добудешь золота — будешь голодать.

Надо искать золото. Некоторые звенья начали промывать старые отвалы, а наше звено (6 человек) решило пробивать новые шурфы.

В наше звено входили немцы Кнейс (звеньевой), Гартвиг, Штрошерер, Опелендер, Глазер и я, Ретц.

Били сразу 3 шурфа, работали по 12—16 часов в любую погоду, старательно и добросовестно, как умеют работать немцы.

И вот пошла «золотая лихорадка». Сначала мы промывали лотками и сдавали золото в малом количестве, затем сколотили небольшую бутару (деревянное промывочное приспособление) и стали сдавать золота больше, до 10 гр. Нашему примеру последовали и другие звенья и тоже наткнулись на золотоносные пески. Мы стали сдавать золота все больше и больше. Стали получать боны и в магазине покупали на них муку, колбасу, консервы, масло, сахар. Из ближайших поселков приезжали к нам вольнонаемные, покупали у нас боны (1 бона — 25 руб) и отоваривались в нашем магазине. Наша артель окрепла, у нас появились свободные деньги. По воскресеньям бы собирались в «клубе» (большой барак), пели русские и немецкие песни, танцевали и даже организовали художественную самодеятельность. С концертами выезжали на прииск «Пятилетка».

Так мы жили и работали полтора года. Мы перевыполняли план добычи золота на 150—170 проц., приносили большую пользу государству. И вдруг приказ по Северо-восточному управлению: «Все артели расформировать и всех немцев — спецпоселенцев отправить по прежним спецкомендатурам». Причина понятна: зависть соседних приисков, что немцы-поселенцы стали слишком хорошо жить. Поэтому начальству Дальстроя решило быстро исправить свою «ошибку».

Роланд РЕТЦ

Литературы сильны взаимной поддержкой

В Кустанае 5—9 сентября прошла встреча писателей Казахстана и России. Президент казахстанского ПЕН-Центра, народный писатель Республики Абдижамил Нурпеисов в беседе с корреспондентом КазТАГ рассказал о ее целях и задачах.

— Главное, чего мы хотим достичь, — подчеркнул он, — это восстановить и развить литературные контакты между нашими братскими странами. Ведь очевидно, что без непосредственного общения и взаимодействия былое доброе единство будет еще более слабеть и чахнуть, как дерево без воды. Мы все поняли, что в одиночку нам, писателям, не выстоять в эти трудные времена.

В ходе встречи состоялся диалог на тему «Евразийские основы взаимоотношений казахской и русской литератур». Были обсуждены возможности ПЕН-Центров обоих государств в разработке планов издания произведений казахстанских писателей в России и наоборот, создания общего фонда наших центров, связанные с этим материальные вопросы.

Гостями Кустаная стали Виктор Астафьев, Борис Можаев, Фазиль Искандер и другие известные российские писатели, генеральный секретарь ПЕН-Центра РФ Александр Ткаченко и его вице-президент Аркадий Ваксберг, критики Лев Аннинский, Андрей Турков и Алла Латынина, главные редакторы: «Литгазеты» — Аркадий Удальцов, журнала «Дружба народов» — Вячеслав Пьецух, газеты «Литвести» — Валентин Оскоцкий, а также представители телерадиокомпании «Останкино» и радио «Маяк».

В нашей группе — писатели Морис Семашко и Герольд Белыгер, академик Жабайхан Абдильдин, критик Шериаздан Елеукенов, главные редакторы журналов: «Парасат» — Еюбай Смагулов, «Зерде» — Есенгельды Раушанов.

Мы надеемся, что нынешняя встреча литераторов двух стран была плодотворной. Следующая пройдет в России в 1995 году.

(КазТАГ)

История с фотографиями

В 1911 году эта семья эмигрировала в США. На снимках — сестра моей матери с мужем, а две девушки — их дети. В 1937 году мы получили письмо с этими фото. Не могли наши родственники предвидеть последствий того письма для нас — они были трагическими. Моего деда Дистеля Ивана Францевича (1877 года рождения) и моего отца Дистеля Ивана Ивановича (1900 года рождения) арестовали и осудили по 58 статье на 10 лет.

Отец умер в лагере в 1941 году, а дедушка в 1943. Я прочитал статью «Из Северной Дакоты в Россию — с любовью». Может и мои родственники еще живы...

Иван ДИСТЕЛЬ,
Акмолинская область,
Макинский район,
село Журавлевка

Очерк с комментарием

Идеальные колонии

В сорока пяти верстах от Ставрополя — две меннонитские колонии: «Александерфельд» и «Больдемфюрст». В них обеих не наберется и ста дворов. Двадцать пять лет назад крестьяне получили здесь по 60 десятин на двор. Местные крестьяне, не меннониты и казаки тоже не обижены, их надел от 15 до 30 десятин, но ни в одной станице Северного Кавказа нельзя видеть того, что представляет собой колония.

Позади дворов — фруктовые и виноградные сады. Необыкновенно широкая, прямая и чистая улица, ничем не напоминаших сел и станиц, — везде навоз и отвратительное зловоние. По обе стороны улицы нанающая узких, кривых, загаженных до невозможности улиц стоящий лес, за которым скрываются дома и хозяйственные постройки. Дома в глубине, свободное пространство засажено роскошными деревьями, посадки же отделяют дворы друг от друга. Зеленый оазис. Ничего похожего на безжизненно серый вид наших сел, подчас совершенно лишенных растительности. Перед вами не трудовое земледельческое поселение, а роскошная дачная местность. Но помимо эстетического значения обилие растительности имеет и громадное практическое значение, умеряя летом невыносимый зной южного солнца, служа брандмауэром, — пожар на одном дворе никак не перейдет на другой. С основания колонии не было ни одного пожара. Стены из жженого кирпича, крыши из черепицы устроены так, что собирают дождевые воды, — в безводных местах это имеет громадное значение. Крыши окаймлены желобами, откуда дождевая вода поступает в цементированные цистерны, устроенные глубоко и имеющие сруб с крышкой как в обыкновенных колодцах. Вода в цистернах свежа и чиста, тогда как население пьет летом вонючую и гниющую воду из запруд.

Дома просторны и светлы, содержатся с педантичной чистотой. У самого заурядного колониста несколько комнат, столовая, гостиная и спальня. Венские стулья, мягкие самодельные диваны, пузатые комоды, драпри на дверях, чистейшие крашеные полы, стены оклеены обоями. Все это поражает в жилище землевладельца, который возится в земле круглый год не покладая рук. Такое на каждом шагу. Хозяйка двора, где мы остановились, угощала нас кофе. И сама хозяйка, и костюм, и столовый прибор — все это изящно и решительно, как у настоящих господ. Затем та же хозяйка, подоткнув подол, отправилась кормить свиней.

Хозяйственных построек много. Экипажи никак телегой не назовешь. Для перевозки тяжестей употребляются «можары» —огромные возы; для собственной езды — удобные рессорные экипажи. Лошади основательные, по несколько штук в каждом дворе, коровы все ценных заграничных молочных пород.

Главное занятие — садоводство, виноградарство и молочное скотоводство. Хлеб на втором плане, удовлетворяет лишь собственные потребности колонии в хлебе, кукурузе и овсе.

Сады прекрасные, — подбор сортов, уход за садом, прекрасные урожаи. Есть сады очень большие, до десяти десятин. Еще большее значение имеют виноградные сады, огромные, при каждом дворе. Тысяча кустов считается бедным садом. Есть виноградники до десяти десятин. Большинство сдает виноград в общественный погреб, одно из нескольких кооперативных учреждений, устроенных колонистами и играющих огромную роль в их жизни.

Виноград давится на общественной давильне, сок поступает в общий погреб, где выдерживается. В хороший год общественный погреб производит до 6 тысяч ведер. Он имеет большое значение для колонистов. Администрация погреба, во главе которого стоит специальный винодел, заботится о распространении лучших сортов винограда и сады наполнены наиболее ценными сортами. Наши крестьяне давят ногами, колонисты давят прессом, отчего сусло выходит чище и сок выжимается по-настоящему. У наших брожение виноградного сока совершается на открытом воздухе или под сараями, отчего сок превращается в совершенный уксус. Колонисты же выстроили прекрасный погреб, в котором вино бродит и выдерживается при вполне благоприятных условиях.

Кулакам-скупщикам, играющим печальную роль в нашем хозяйстве, в колонии делать нечего.

Аналогичную роль играет общественная сыроварня. Сюда все колонисты сдают молоко, которое перерабатывается в прекрасный швейцарский сыр. Сыр выдерживается в особых темных помещениях и продается по 12 руб. пуд. В Ставропольских же лавках тот же сыр продается по 60 и 70 коп. фунт.

Ежегодно сыроварня выделывает до тысячи пятисот пудов сыра. Во главе дела стоит специальный сыровар, выписанный из Швейцарии.

Третье общественное учреждение колонистов — лавка. Посещение лавки произвело на меня сильное впечатление. Здесь находится буквально все, в чем могут нуждаться колонисты, начиная от самых грубых товаров, каковы бочки, веревки, хомуты, смазочные масла, принадлежности экипажей, и кончая колониальными товарами, изящными безделушками, которыми украшают себя местные франты и франтихи, конторскими книгами, в которых колонисты ведут бухгалтерию своего хозяйства. Все товары прекрасного качества и значительно дешевле, чем в лавках Ставрополя, что и понятно, — лавка имеет в виду не барыши, а исключительно выгоды своих хозяев.

Виноград, молоко, сданные колонистом в общественный погреб и сыроварню, записываются ему на страницах прихода в общественной бухгалтерии. Все, что он возьмет из лавки, записывается на странице долга. В конце года подводятся счета и, если окажется, что колонист сдал в общественное учреждение больше продовольствия, нежели забрал из лавки, разница или переносится по желанию колониста в приход на следующий год или выплачивается ему наличными деньгами. Или, наконец, причисляется к его паю в общественных учреждениях, каковой имеет каждый колонист и на который он получает причитающийся ему дивиденд из дохода общественных учреждений. Если забрано больше, чем продано, то выплачивается долг или сумма переносится на следующий год.

К числу общественных учреждений принадлежит еще одно, играющее еще более важную роль. Это — школы. В обеих колониях нет и ста дворов и тем не менее здесь две школы, притом двухклассные с пятью учениками. Учатся все и кончают все. Уже одно это дело ставит колонистов неизмеримо выше наших селян и станичников. Но многие из них не довольствуются полученным дома образованием и поступают в средние учебные заведения соседних городов. Есть меж ними и с высшим образованием, продолжающие землепашествовать, не порывая с колонией. По окончании учебного заведения возвращаются домой и ведут тот же образ жизни, — копаются в садах, работают в поле, ухаживают за скотом, это не мешает им читать книги, выписывать журналы и газеты, устраивать ферейны самообразования, где они сами учатся друг у друга и учат других.

(Окончание следует)

Запрещенное слово

Как это ни парадоксально, но воюющие друг с другом советский и немецкий народы имели общего врага — Гитлера и его свору. Гитлера, как и Сталина, боялись и ненавидели, и эти чувства находили выход в анекдотах, которые посвящались обожествленному фюреру. И хотя и у них, и у нас, за анекдоты сажали, желание поделиться ими было выше благоразумия, сильнее страха. Не случайно рождение легенды о человеке, который не в силах был вынести тяжести тайны и поведал ее дуплу, и она перестала быть секретом. Такова уж природа человека. Поэтому с оглядкой, шепотком, только самым-самым близким рассказывались в годы войны анекдоты о вождях. На основе одного из них и написана юмореска «Запрещенное слово», передающая атмосферу, которая царила в гитлеровской Германии накануне ее краха.

Неске втолкнули в кабинет следователя гестапо, и он растянулся у самого стола.

— Когда входят, прежде всего здороваются, — не без издевки сказал следователь, — Хайль Гитлер!

— Хайль! — привычно откликнулся Неске и поднял руку для приветствия, стоя еще на четвереньках.

— Да, вы действительно скверный ариец! — констатировал хозяин кабинета, разглядывая Неске, который приветствовал его таким странным образом: он с трудом подавил смешок.

— Вы не смеете так говорить! — взвизгнул Неске, вскакивая. — У меня официальная справка, что мой череп соответствует всем показателям арийца.

— Все равно вы не настоящий...

— У меня все предки чистокровные...

— Плевал я на ваших чистокровных предков, если их потомок осквернил своим паршивым языком имя дорогого фюрера.

— Это ложь! Клевета! — задохнулся от негодования Неске. — Я готов за любимого фюрера в огонь и в воду...

— Заткнитесь! — прицыкнул следователь. — Лучше вспомните, что вы говорили вчера в трамвае.

— Клянусь, ничего. Пусть отсохнет мой язык, если я хоть раз упомянул его имя...

— Не пытайтесь выкрутиться, — предупредил следователь. — У нас есть свидетели.

— Какие еще свидетели? Откуда?

— Они подтверждают, что вы вчера в 18 часов 47 минут употребили вслух запрещенное в нашем рейхе слово. Я не хочу его произносить, так оно мне отвратительно.

— Я не помню за собой никакой вины... Ничего я не говорил... Меня оговаривают.

— Хорошо, — снизошел следователь, — если у вас так плохо с памятью, напомню... Вы произносили слово «идиот»?

— Кажется, да, — легкомысленно подтвердил Неске. — Потому что какой-то идиот наступил мне на ногу и не потрудился даже извиниться. Вот тогда я и выругал его, хотя не имею обычая употреблять бранных слов. Но я имел в виду только его...

— Ну, наконец-то, вспомнил! — обрадовался следователь.

— Но я назвал идиотом какого-то итальяшку или румына — не помню.

— Боже праведный! — воскликнул следователь. — Час от часу не легче: и вы произнесли это слово при этих неполноценных людишках?

— Вряд ли они понимают по-немецки, — начал увертываться Неске.

— Нет, вы не отдаете себе отчета, что вы натворили, — обратился к Неске следователь с тем снисхождением, с каким говорят с ненормальным или безнадежным больным. — Вы разве не знаете, что это слово запрещено в Германии?

— Не-е-т, — проблеял Неске. — А почему?

— Не притворяйтесь идиотом. Простите, ну... ну, одним словом, не валяйте этого самого! — сказал следователь, понизив голос. Вы меня вынуждаете произнести это слово, и это зачтется вам. Так вот — идиотом в последнее время стали называть нашего драгоценного, всеми обожаемого фюрера подрывные элементы, вроде вас, герр Неске, за то, что он развязал войну с русскими и ведет Германию к краху. Но это, запомните, клевета!

— Я... я... — пытался что-то выговорить Неске, но слова застревали в горле, словно боясь появиться наружу.

— Хватит ломать комедию! — рявкнул следователь. — Вам, герр Неске, предъявляется обвинение по трем статьям: во-первых, за оскорбление главы рейха, во-вторых, за ведение подрывной пропаганды и, в-третьих, за раскрытие государственной тайны...

Александр ФАЛЬК

«Новое» казачество

или Игры для детей старшего возраста

Несколько лет назад на улицах донских городов впервые появились люди, одетые в живописную пеструю по своему разнообразию военноподобную форму с лампасами. Вид их вызывал странное ощущение: поверить всерьез, что взрослые люди в здравом уме и по доброй воле станут рядиться в галифе и гимнастерки, цеплять непонятные погоны и старые, невесть откуда взявшиеся кресты, было трудно. В определенном возрасте «в войну» играют практически все мальчишки, но период этот, как правило, заканчивается с приходом юности, и в дальнейшем его рецидивы рассматриваются как психическая аномалия. Однако людей таких становилось все больше, они собирались десятками и сотнями на площадях, маршировали, что-то кричали, словом, вели свою собственную, малопонятную издалека жизнь. Называли эти люди себя казаками.

Чтобы было понятно, о чем речь, немного истории. На Дону казаки появились в 16 веке. Русские беглые крестьяне оседали здесь, объединялись в вооруженные отряды. Они защищали русские земли от набегов татар и нагайцев, сами делали набеги, которые были одним из основных источников их существования. Московское правительство при царе Михаиле в 1637 году, нуждаясь в военном заслоне против Крыма и Турции, признало полусамостоятельное положение Дона, предоставило ему экономические льготы. В 1793 году Екатерина II закрепила за Войском Донским 14,5 млн десятин земли. К этому времени все Донское казачество окончательно было подчинено царской власти и превращено в военное сословие. В последующие годы, вплоть до Октябрьской революции 1917 года, полки казаков были использованы царями для различных военных нужд, в том числе для подавления смуты в стране. Однако сегодняшнее появление казаков вызывает гораздо больше вопросов, чем история возникновения казачества вообще.

Движение по возрождению истории, быта и традиций казачества зародилось как элемент культурной жизни. Весной 1990 г. областным отделением Всесоюзного общества охраны памятников, литературным товариществом «Шолоховский круг», общественным комитетом по восстановлению памятника атаману Платову учреждено культурно-историческое казачье объединение «Вседонской круг», а летом на Большом казачьем Круге в Москве был создан Союз казаков и заявлено о возрождении казачества. Новому движению был присвоен статус общественной организации. Донским военно-историческим клубом проведен первый Всероссийский униформированный конный поход. «Казачьим кругом Дона» в октябре 90 г. проведен праздник донского казачества. Зародившееся движение требует лидера, и вот первым атаманом приглашен профессор и уважаемый в области человек, сын Михаила Шолохова, Михаил Михайлович Шолохов. Первыми атаманами на местах стали директора крупных предприятий, партийные работники. Возрождение казачества поддерживалось правящими структурами. Были введены факультативные занятия по истории казачества в учебных заведениях. Появилось множество казачьих фольклорных коллективов, организовались различные подростковые клубы с казачьим уклоном. В этот начальный период в казаки подалось немало искренних и честных людей, в том числе молодежи, веривших в возможность и полезность возрождения казачьей общины на совхозно-колхозном пространстве Юга России.

По Указу Президента от 15 июня 1992 г. о поддержании возрождения казачества казачьи общины были наделены землей. Появились казаки-фермеры, казаки-коневоды, получив землю, люди стали обращать внимание на ее экологию. Атаман Аксайского юрта после проверки работы областных газовщиков на своем участке предъявил им серьезные претензии в связи с варварским обращением с землей. В другом месте, трудясь по выходным, казаки расчистили загаженную промышленными отходами речку. Берут на себя казаки и охрану общественного порядка в некоторых населенных пунктах. В городе Новочеркасске открыт Донской Императора Александра 3 кадетский корпус. Люди, организовавшие его, вызывают искреннюю симпатию своей увлеченностью работой с детьми. Они видят в своих воспитанниках будущий цвет русской армии, грамотных, образованных, культурных офицеров. С 1991 года корпус работал по принципу воскресных школ, сейчас там проводятся регулярные занятия. Кроме общеобразовательных предметов преподаются классические бальные танцы, верховая езда, закон Божий, эстетика, история казачества. Планируется ввести в старших классах фехтование и рукопашный бой. Наплыв желающих стать Донскими кадетами велик — 4,8 человека на место. Всего в корпусе 101 воспитанник с 10 до 14 лет.

Однако, зарегистрированное как общественное движение казачество быстро и все отчетливее приобретало очертания военно-политической организации. Организованно оно оформилось в общественно-патриотический Союз казаков Области Войска Донского. Первые активисты возрождения ушли, их сменили новые люди. Шолохов отправился на пенсию, атаманом Ростовского округа стал Н. Бойко, который добровольно вскоре оставил свое кресло после драки в кафе, где он размахивал гранатой, привезенной казаками из Приднестровья. Создавались полки и сотни. Атаманы и приближенные к ним лица спешно присваивали себе произвольно взятые звания и нашивали разнообразные погоны. Взрослые дяди с увлечением приняли новую игру в солдатики. На этом фоне развернувшаяся в полную силу борьба за власть выглядела тоже как-то несерьезно. Однако новоявленные казачьи офицеры чувствовали себя уверенно. На языке ультиматумов лидеры движения стали требовать «незамедлительно ввести должности первых заместителей глав администрации и заместителей председателей Советов народных депутатов по делам казачества на всех уровнях исполнительной и законодательной власти, предоставив Союзу казаков и его структурам право делегировать и отзывать лиц, занимающих эти должности». Собравшись на первый Совет атаманов в Краснодаре, они приняли решение освободить казаков от налогов на 5 лет. Абсурдное решение осталось лишь на бумаге. В «Декларации казачества», принятой на Совете атаманов Союза казаков, было выдвинуто требование о возмещении материального ущерба, нанесенного репрессиями. Если бы это требование было превращено в жизнь, то выявление пострадавших казаков среди всего населения казачьих областей обернулось бы таким новым переделом, перед которым померкли бы возможно и памятные времена коллективизации. Но казачьи лидеры не утруждали себя выполнением принятых решений. Зато для приобретения популярности в массах, особенно молодежных, ими применяются самые разнообразные приемы, от громких речей атаманов до шумных скандальных дел. Играя на патриотических чувствах юных потомков славных казаков, жонглируя красивыми словами и историческими именами, как кому выгодно, а также используя вакуум, образовавшийся после отмены комсомола, руководители движения неоказачества стараются заполучить в свои ряды как можно больше новых борцов за казачью вольницу. Однако, как показал социологический опрос, попадает туда не лучшая часть современного молодого поколения; уровень образования среди казаков гораздо ниже, чем в среднем по области. Кроме того, быстро оценив возможность укрыться под казачьей формой от ока правоохранительных органов, в казаки ринулась откровенно люмпенизированная масса, сильно скомпрометировавшая движение в глазах населения. Новым атаманом казаки выбрали себе Петра Молодидова, трижды судимого за убийство, нанесение телесных повреждений и незаконное ношение огнестрельного оружия. Один из атаманов, четырежды судимый, организовал вокруг себя особое подразделение с неясными, темными функциями — «гвардейскую казачью черную сотню», которая требовала дать власть в руки ранее судимых как наиболее потенциально активных и непокорных людей». Состав руководства определяет и действия нового казачества. Силой захвачен бывший Дом политпросвещения в Ростове. Атаман Родионово-Несветаевской слободы разгоняет выборные органы власти, пытаясь установить атаманское правление. Зерноградский атаман, обидевшись на местную милицию, обещает разгромить райотдел. Нагнетается напряженная обстановка в межнациональных и религиозных отношениях. В Ростове, сочтя, что на территории области достаточно одной православной религии, казаки выгнали из занимаемого помещения зарегистрированную общину кришнаитов. В оправдание противоправных действий казаков по отношению к лицам кавказских национальностей атаман Мещеряков предъявляет заявления девушек-студенток о нанесенных им оскорблениях этими самыми лицами. Лихие казаки не могут отказать тем, кто ищет защиты, а то что при этом они попросту творят самосуд, подменяя органы милиции, в расчет не принимается. Попустительство властей к мелким конфликтам казаков с кавказцами привело в феврале 1993 г. к чрезвычайной ситуации недалеко от поселка Тюльпанный. Здесь произошло серьезное столкновение казаков с милицией. К поселку численностью жителей 1300 человек, из них 500 — чеченцы и дагестанцы и всего 15 человек — казаки, направлялось 1000 казаков на машинах с целью выселения чеченцев и их семей из поселка. Как основание своих действий они предъявили решение Союза казаков по поводу поступившего туда письма от жителей поселка о ряде хищений, совершенных чеченцами и просьбой об их выселении. После неудачной попытки со стороны милиции прекратить незаконную акцию миром, машины были окружены омоновцами и остановлены. Со стороны казаков последовала угроза: «Сейчас поднимется весь 1 Донской округ!». Прибыл по тревоге весь личный состав районного отдела милиции. Казаки были настроены буйно, назревал нешуточный конфликт. На место были вызваны первый заместитель администрации Ампилов, Прокурор области Посиделов, начальник управления МВ России по Ростовской области Кузнецов. Общими усилиями кровопролитие удалось предотвратить, однако буквально через месяц испуганной общественности была представлена новая игра в казаки-разбойники.

Ночью с 23 на 24 марта 93 г. решением чрезвычайного Круга казаков Область Войска Донского была объявлена государственно-территориальным субъектом Российской Федерации, создано казачье временное управление (правительство), объявлено о введении казачьего самоуправления. Утром обстановка обострилась. В одном из районов была попытка захвата власти и управления местного Совета, милицией остановлена и разоружена группа казаков на автомашине, изъяты автоматы, пистолеты, гранаты, патроны. В администрацию области стали поступать звонки различных иностранных журналистов, местных жителей, обеспокоенных сложившимся положением. Решение Круга казаков было опротестовано Прокуратурой как незаконное. А вечером того же дня Малый Совет атаманов казачьих войск принял обращение, в котором заявил: «В событиях, происшедших на Дону, мы рассматриваем демонстрацию казаков, главная цель которой — обратить внимание Президента на отсутствие механизма реализации принятых законов. «Казачество не видит себя вне России и ее государственных интересов». Такая легкомысленная «демонстрация» говорит сама за себя. И яростные разговоры о прежних границах Области Войска Донского и атаманском правлении, о восстановлении Донской республики, о собственном праве карать и миловать, объявлять мобилизацию и благословлять добровольцев в зоны вооруженных конфликтов ведутся давно и не в шутку. Военизированные казачьи формирования уже нарабатывали боевой опыт в горячих точках бывшего Союза, прежде всего в Приднестровье и Абхазии. Причем, российское правительство в силу неопределенности, неосмысленности, юридической непредусмотренности в положении казачества обошло странный факт присутствия россиян в зонах конфликтов без санкции командования молчанием. Только промелькнуло вроде как оправдание, что воюют, мол, добровольцы, да вроде бы и не россияне, хотя и россияне, словом, казаки... Итак, вопрос об определении места и роли движения по возрождению казачества и его правовом регулировании встал со всей остротой.

Очевидно, что казачество возрождается теперь вовсе не в том виде, в котором существовало до 1917 года. Идет процесс рождения во многом новой социальной общности, о сущности которой существуют разные мнения.

Одно из них подразумевает возрождение казачества как народа с перспективой этнического, культурного, экономического развития. Сторонники этого направления подвергают сомнению официальную версию о происхождении казачества, возводя свою родословную к древним русичам, кочевым племенам, и утверждают, что казак — это нация. Этот древний, вроде бы чисто академический спор о том, является ли казачество отдельным народом, или нет, внесенный в сегодняшнюю реальность, работает на определенные цели. Казачество включилось в общий процесс разобщения. И теперь это уже не далекий межнациональный конфликт, а здесь, внутри русского народа, образовалась трещинка, объявился отдельный самостоятельный народец. Причем, существование его подтвердил де-юре Указ Президента «О мерах по реализации Закона РФ «О реабилитации репрессированных народов» в отношении казачества». И все же, можно ли считать казаков народом, если даже чувствующих себя ими всего 28 проц. по данным социологического опроса от всего Донского населения? И можно ли считать народом сообщество, отличающееся от других не разрезом глаз, цветом кожи или языком, а всего лишь регистрацией в правлении? И даже самые ярые сторонники возрождения народа казаков еще не создали ни одного населенного пункта с подлинным казачьим укладом жизни, наверное теперь это не только не нужно, но и невозможно. Ведь история своих форм не повторяет.

Есть и другое мнение о возрождении казачества как военного сословия, связанного с государством, особой части армии. В этом смысле тоже нет возможности воссоздать казачьи формирования в первоначальном виде. Основная черта сословия — наследственность, но в современных условиях передача военной специальности по наследству невозможна. Кроме того, казачество предполагает совмещение производственной службы с прохождением ежегодных учений каждым казаком, что тоже невозможно, да и не нужно при существующем в обществе разделении труда. Есть более подходящие формы, обеспечивающие выполнение тех же задач, которые ставит перед собой казачье войско — пограничные войска, регулярная армия, милиция.

Не меньше вопросов вызывает к себе и проблема земли, которую сами же казаки называют стержневой. Ведь земля, труд на ней были экономическим базисом, основой, на которой стояло казачество. Теперь же половина относящих себя к казакам, по данным Российской службы «Мониторинг», горожане. Готово ли будет казачество в этих условиях взять на себя грамотную, экономически целесообразную обработку четко ограниченной территории, а взамен за свой, казачий, счет обеспечить оговоренную военно-стратегическую потребность государства? Захотят ли новые казаки бросить свой привычный и надежный уклад жизни и поменять его на пионерское освоение полученных земель? Ответов на эти вопросы нет, да большинство лидеров движения, похоже, и не думает о них.

В условиях политической и правовой разрухи под знаменами былой казачьей славы формируется вооруженное анархическое сообщество с изрядной долей криминальности. Кроме того, теперь оно приобретает и солидную экономическую базу. Дело в том, что к казачеству примыкают мелкие и средние, большей частью, молодые, бизнесмены. Они находят здесь защиту от рэкета и освобождение от части налогов, как казачьи предприятия. Ориентация их самая разнообразная: и кафе, и акционерные общества, и охранные организации, и просто торговые точки, имеющие к казачеству только косвенное отношение. Так возникает ответ на вопрос о финансировании, который так не любят руководители казачьего движения.

Итак, под вывеской «Казачество» завязался тревожный, а возможно и грозный узел проблем. Государственная власть в такой ситуации не должна оставаться пассивным наблюдателем. Попустительство незаконным действиям опасно как для общества, так и для самого казачества. Поэтому необходима система правового регулирования отношений между государством, казачьей организацией и казаком, оговаривающая их права и обязанности. В этом случае казачество перестает быть общественной организацией и становится элементом государственной структуры.

В заключении хочу описать интересную картинку. В Моссовете работает депутат, подполковник Российской армии Б. Наумов. В общественной организации — Союзе казаков — он является по казачьей иерархии полковником и походным атаманом. Так вот на свою постоянную работу в Моссовет он ездит в казачьей фуражке, в лампасах и с плеткой за голенищем. Зачем? Неужели в угоду все тем же играм? Что-то с трудом верится в мальчишество этого кадрового офицера. Или роль его кем-то определена? Каждому здравомыслящему человеку понятно, что казачество не может вернуться в нашу действительность из недр истории. Искусственное возвращение к прошлому так же невозможно, как уже опробованный нами прорыв в будущее. Значит устроено театрализованное «возрождение», где задействованы не только многие действующие лица, но и целые группы людей со своими собственными различными и, не относящимися к казачеству, интересами. «Казачья карта» продолжает разыгрываться, и к каким это приведет результатам, пока неизвестно.

А в Новочеркасске недавно шумно и с размахом была проведена презентация Главного управления Союза Казачьих войск России и зарубежья. Из зарубежья, правда, никто не приехал. Зато «гвоздем» торжества было появление в зале актера Глебова, сыгравшего Гришку Мелехова в знаменитом фильме «Тихий Дон». Его приняли как своего и даже назначили зарплату 300 тыс. рублей в месяц. Спектакль идет своим чередом.

Светлана ГОРТИНСКАЯ,
независимый журналист,
Ростовская область

Europa gewinnt neue Dimensionen

Von der Wirtschaftsgemeinschaft zur Europäischen Union

Zum 31. Dezember 1992 wurde der Binnenmarkt in der Europäischen Gemeinschaft vollendet. Er führte zur Freiheit im Kapital-, Dienstleistungs- und Warenverkehr.

Mit der Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages Anfang 1992 leiteten die Partnerländer einen weiteren Schritt in der europäischen Integration ein. Sie soll zu einer Wirtschafts- und Währungsunion fortentwickelt und durch eine Politische Union abgesichert werden.

Zu Jahresbeginn 1993 begannen offizielle Beitrittsverhandlungen zwischen der EG und den skandinavischen Staaten sowie Österreich. Gleichzeitig pochten die Reformländer Mittel- und Osteuropas an die Tür der Gemeinschaft. Die Dynamik und Anziehungskraft des europäischen Einigungsprozesses war selten so groß wie Anfang der neunziger Jahre.

Die Entwicklung zum Binnenmarkt wird im Folgenden nachgezeichnet und auf diesem Hintergrund der Maastrichter Vertrag in seinen wesentlichen Bestimmungen dargestellt. Über beide Meilensteine auf dem Weg der europäischen Einigung ist die Geschichte allerdings schon wieder deutlich hinausgegangen. Neue Fragen tauchen auf. Wie lassen sich die Bestrebungen zum inneren Ausbau der Gemeinschaft und zum Beitritt weiterer Länder in Einklang bringen? Wie kann und will Deutschland dazu beitragen? Der vorliegende Bericht schließt die Zukunftsperspektiven deutscher Europa-Politik ein.

1. DER EUROPÄISCHE BINNENMARKT: ENTWICKLUNG, AUFGABEN UND ZIELE

EINE IDEE WIRD VERWIRKLICHT

„Europa hat sich auf den Weg gemacht, sich selbst zu finden, und ist nun dabei, das größte Abenteuer seiner Geschichte zu bestehen." So charakterisierte Jacques Delors, der Präsident der EG-Kommission, die 1985 getroffene Entscheidung, den Binnenmarkt ohne Grenzen bis Ende 1992 zu vollenden. Die Ziele waren nicht neu. Bereits in den Römischen Verträgen zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sind 1957 die vier Grundfreiheiten für den Gemeinsamen Markt als Ziel verankert:

— Freier Warenverkehr
— Freier Dienstleistungsverkehr
— Freier Kapitalverkehr
— Freizügigkeit für die Bürger

Die EWG war schon ein zweiter Schritt auf dem Weg in den Binnenmarkt. Ihr ging seit 1951 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) voraus. An dieser ersten supranationalen europäischen Organisation beteiligten sich Frankreich, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Italien und die Bundesrepublik. Die gemeinsame Absicht dieser Länder war es, durch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit die Voraussetzungen zu schaffen, daß es zwischen diesen Staaten nie wieder Krieg geben wird.

Die in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf andere Gebiete unter Einschluß der Landwirtschaft erweiterte Zusammenarbeit beschleunigte in den beteiligten Ländern ein Wirtschaftswachstum, das kurz nach dem Krieg kaum möglich schien. Der Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland fand unter dem Begriff „Deutsches Wirtschaftswunder" weltweit Anerkennung.

DAS EUROPÄISCHE WÄHRUNGSSYSTEM (EWG)

Um den Zusammenhalt der wirtschaftlichen Entwicklung zu sichern, vereinbarte der EG-Ministerrat 1972 einen Europäischen Währungsverbund, die sogenannte „Schlange". Die Kurse der dadurch zusammengeschlossenen Währungen durften sich untereinander nur noch in einer engen Schwankungsbreite bewegen. Wenn Währungen unter die Bandbreite sanken, wurden Stützungskäufe durchgeführt. Dieser Wechselkursverbund wurde im März 1979 durch das Europäische Währungssystem (EWG) ersetzt. Seine wichtigsten Elemente sind:

— die Europäische Währungseinheit ECU (European Currency Unit). Sie setzt sich aus einem „Korb" der Währungen der Mitgliedsländer zusammen. Sie existiert bislang nur als Bezugsgröße, quasi als Verrechnungseinheit, in der z. B. alle EG-Haushaltsmittel ausgewiesen werden.

— Der ECU ist Leitwährung, d.h. die Kurse der nationalen Währungen werden untereinander durch Umrechnung über den ECU-Leitkurs bestimmt. Das EWS sorgt über bestimmte Mechanismen dafür, daß die Kurse der einzelnen Währungen nicht allzu stark von ihrem Leitkurs abweichen.

— Kreditmöglichkeiten: sehr kurzfristig benötigte Kredite (Laufzeit bis zu 75 Tagen) können ohne zeitraubende Verfahren in unbegrenzter Höhe zur Verfügung gestellt wehden. Daneben gibt es kurzfristige und mittelfristige Kredite mit bis zu fünf Jahren Laufzeit.

Das EWS soll dazu beitragen, eine größere wirtschaftliche Stabilität zu schaffen („Stabilitätsgemeinschaft"), den Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zu erleichtern sowie zu einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu gelangen. Weltwirtschaftlich sollte mit dem EWS ein dritter „Währungsblock" neben dem US-Dollar und japanischen Yen entstehen. Dieser Wechselkursverbund hat sich für viele Länder bewährt. Lange gehörten ihm alle EG-Staaten außer Griechenland und Portugal an. Im Herbst 1992 sind Großbritannien, Italien und Spanien wegen akuter Währungsprobleme vorläufig aus dem Kreis ausgeschieden.

Nach weiteren Spannungen im Wechselkurssystem verständigten sich die Mitglieder im Sommer 1993 auf größere Schwankungsbreiten für die Devisen. Sie dürfen jetzt vom festgelegten Leitkurs um fünfzehn Prozent nach oben und nach unten abweichen. Die einzelnen Partner haben damit mehr Möglichkeiten, den Außenwert der Währung (Auf- und Abwertung) als Instrument der Konjunkturpolitik einzusetzen. Neben der gemeinschaftlichen Globalsteuerung der Wirtschaft gewinnt damit die einzelstaatliche Feinsteuerung größere Bedeutung.

DIE EINHEITLICHE EUROPÄISCHE AKTE

Im Juni 1985 legte der neugewählte Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, den Staats- und Regierungschefs auf dem EG-Gipfel in Mailand ein „Weißbuch" vor, das dreihundert Maßnahmen zur Harmonisierung nationaler Rechtsvorschriften bis Ende 1992 forderte. Damit werde der europäische Binnenmarkt vollendet.

Alle Mitgliedsstaaten akzeptierten die Vorschläge. Die Partner beschlossen eine Regierungskonferenz für eine Reform der EG-Verträge. Das Ergebnis war die „Einheitliche Europäische Akte", die am 1. Juli 1987 in Kraft trat. Damit wurden Mehrheitsbeschlüsse auf dem Weg in den Binnenmarkt eingeführt. Neue Politikbereiche wurden zu Gemeinschaftsaufgaben, namentlich der Umweltschutz, Forschung und Technologie und Sozialpolitik. Die Gemeinschaft kann hier Richtlinien erlassen, die in bestimmten Fristen in nationales Recht umgesetzt werden müssen.

2. KERNBEREICHE DER BINNENMARKT-INTEGRATION

Der EG-Ministerrat hat die notwendigen Harmonisierungsmaßnahmen für den Binnenmarkt bis Ende 1992 fast restlos verabschiedet.

Gemeinsame Richtlinien gelten heute etwa für Pauschalreise-Verträge wie für die Luftreinhaltung und die Abfallwirtschaft.

Epochemachende Bedeutung hatte die Richtlinie zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Sie trat zum 1. Juli 1990 in Kraft. Danach können Privatpersonen wie Unternehmen ohne Einschränkungen Gelder von einem in jedes andere Mitgliedsland transferieren. Der freie Kapitalverkehr stärkt die Effizienz und Innovationskraft der europäischen Kapitalmärkte und erleichtert die Finanzierung des grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehrs.

Der Dienstleistungssektor wurde beispielsweise durch Richtlinien für das Versicherungs- und das Kreditgewerbe vereinheitlicht. Im Binnenmarkt können die Verbraucher das beste Angebot auswählen.

Schon seit Januar 1990 ist die Preisbildung im Straßengüterverkehr frei. Transportunternehmer aus einem EG-Land dürfen sich auch in jedem anderen betätigen.

Ein schwerwiegendes Hindernis auf dem Weg zum Binnenmarkt war die Abschottung öffentlicher Ausschreibungen gegenüber ausländischen Anbietern. Im Herbst 1990 einigten sich die Mitgliedstaaten auf eine EG-Richtlinie über die Auftragsvergabe im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Telekommunikation.

Im EG-Binnenmarkt herrscht Freizügigkeit für die Berufstätigen. EG-Regelungen waren vor allem für die Anerkennung von Prüfungen notwendig. Seit 1988 ist durch eine Hochschuldiplom-Richtlinie insbesondere die berufliche Freizügigkeit für Juristen, Lehrer und Ingenieure geregelt.

Die größten Schwierigkeiten macht die Steuerharmonisierung im Binnenmarkt. Für die Mehrwertsteuer gilt von 1993 bis Ende 1996 eine Übergangsregelung. Der grenzüberschreitende Warenverkehr ist von der Umsatzsteuer des Lieferlandes befreit und mit der des Empfängerlandes belastet. Ab 1993 beträgt die Mehrwertsteuer in allen EG-Ländern mindestens fünfzehn Prozent.

3. SOZIALCHARTA FÜR EUROPA

Entsprechend dem EWG-Vertrag (1957) haben die Mitgliedstaaten es sich zur Aufgabe gemacht, „die stetige Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker als wesentliches Ziel anzustreben". Damit sind die Bereiche Arbeitsbedingungen, Beschäftigung, Arbeitsrecht, Soziale Sicherheit, Aus- und Fortbildung, Gesundheit und Umweltschutz gemeint. In allen diesen Bereichen bestehen zwischen den einzelnen EG-Partnern noch erhebliche Unterschiede. Insbesondere Sozialleistungsansprüche sind zugeschnitten auf die Lebensverhältnisse in einem bestimmten Land.

Diese Unterschiede können nicht sofort und nicht auf einmal beseitigt werden. In der Diskussion um die Vollendung des Binnenmarktes spielte die soziale Dimension eine große Rolle.

Ein erstes Ergebnis war die Verabschiedung der „Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer", die im Dezember 1989 vom Europäischen Rat fast einstimmig angenommen wurde (Großbritannien machte nicht mit). In diesem Grundsatzdokument wurden die wichtigsten sozialen Garantien der Gemeinschaft für die Zukunft dargestellt:

— Recht auf Freizügigkeit
— Recht auf Beschäftigung und Arbeitsentgelt
— Recht auf Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen
— Recht auf sozialen Schutz
— Recht auf Koalitionsfreiheit und Tarifverhandlungen
— Recht auf Berufsausbildung
— Recht auf Gleichbehandlung von Männern und Frauen
— Recht auf Unterrichtung, Anhörung und Mitwirkung der Arbeitnehmer.
— Recht auf Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz
— Recht auf Kinder- und Jugendschutz
— Rechte der älteren Menschen
— Rechte der Behinderten.

Die Sozialcharta schafft als solche kein „zwingendes Recht", wenngleich einzelne der darin genannten Ziele bereits verbindlich festgeschrieben wurden. Sie stellt eine Art „Selbstverpflichtung" der Mitgliedstaaten und der EG-Kommission dar. Trotz dieser Einschränkungen hat diese europäische Charta einen hohen politischen Stellenwert.

4. DER BINNENMARKT IST OFFEN

Mit den westeuropäischen Staaten, die nicht der EG angehören, unterhält die Gemeinschaft besondere Beziehungen. Sie ist mit den EFTA-Staaten Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Österreich und der Schweiz sowie Liechtenstein durch Freihandelsabkommen verbunden. Die EFTA (European Free Trade Association), 1959 mit dem Ziel einer großen Freihandelszone in Westeuropa gegründet, strebte angesichts des bevorstehenden Binnenmarktes ein Abkommen mit der EG an, das die Teilnahme an den Freiheiten des Binnenmarktes (freier Dienstleistungs-, Kapital- und Warenverkehr) regelt. Seit Anfang 1993 bilden EG und EFTA einen gemeinsamen „Europäischen Wirtschaftsraum" (EWR). Gleichzeitig begannen offizielle Beitrittsverhandlungen zwischen der EG und Norwegen, Schweden, Finnland sowie Österreich. „Der Beitritt dieser Staaten mit ihren demokratischen Traditionen, ihren leistungsfähigen Volkswirtschaften und gut ausgebauten Sozialsystemen wird für die Gemeinschaft eine Kraftzufuhr bedeuten." (Bundesaußenminister Klaus Kinkel).

Im Rahmen des zu Beginn der siebziger Jahre entwickelten Konzepts der „Globalen Mittelmeerpolitik" hat die Europäische Gemeinschaft mit allen Mittelmeerdrittländern — außer Libyen und Albanien — Kooperations- oder Assoziationsabkommen geschlossen. Die Assoziationsabkommen sehen eine Beitrittsperspektive (Türkei) oder eine Zollunion (Malta, Zypern) vor. Sie beinhalten die stufenweise Einführung der Gegenseitigkeit bei den Handelszugeständnissen. Zwischen Israel und der EG wurde mit Beginn des Jahres 1989 bereits eine Freihandelszone für gewerbliche Produkte verwirklicht.

Im übrigen gewähren die Abkommen bis auf wenige Ausnahmen freien Zugang zum EG-Markt bei den gewerblichen Produkten. Im Agrarbereich gewährt die Gemeinschaft mengenmäßig und jahreszeitlich beschränkte Zollpräferenzen bei bestimmten Produkten.

Zur Jahreswende 1989/1990 wurde das vierte Lomé-Abkommen mit inzwischen 69 Staaten in Afrika, der Karibik, dem Pazifik (AKP-Staaten) unterzeichnet. Dieses Abkommen gewährt den AKP-Staaten den zollfreien Zugang zum Gemeinschaftsmarkt für fast alle gewerblichen und für eine Reihe von landwirtschaftlichen Produkten. Die AKP-Staaten sind nicht verpflichtet, im Gegenzug EG-Importen Zollfreiheit einzuräumen. In Verbindung mit den Lomé-Abkommen ist von der Gemeinschaft ein in der Welt einmaliges entwicklungspolitisches Instrument zur Stabilisierung von Ausfuhrerlösen landwirtschaftlicher Rohstoffe eingeführt worden (STABEX). Da Rohstoffe besonderen Preisschwankungen unterworfen sind, soll durch STABEX den AKP-Staaten, die in hohem Maße von Exporterlösen einzelner Rohstoffe abhängig sind, gewisse Mindesteinnnahmen gesichert werden. Bei Exporterlösausfällen können Ausgleichszahlungen aus STABEX erfolgen, die nach dem 4. Lomé-Abkommen grundsätzlich nicht mehr zurückgezahlt werden müssen. Das 4. Abkommen von Lomé hat im Gegensatz zu seinen auf fünf Jahre angelegten Vorgängern eine Laufzeit von zehn Jahren (bis zum Jahre 2000). Das Finanzvolumen des 4. Lome-Abkommens beträgt für die ersten fünf Jahre knapp 25 Milliarden DM. Mit einer Beteiligung von circa 25 Prozent ist die Bundesrepublik Deutschland dabei der größte Beitragszahler.

Die Bundesrepublik Deutschland bemüht sich im Rahmen ihrer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, den Außenhandel der Entwicklungsländer besonders zu fördern. Zwischen 1964 und 1989 wurden für die Exportförderung circa 72 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Experten leisten durch Beratung Hilfe für die Handelsbeziehungen zwischen den Entwicklungsländern und der Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise der EG. In diesem Zusammenhang hat sich vor allem das PROTRADE-Programm bewährt, das folgende Ziele verfolgt:

— brachenorientierte Beratung für Entwicklungsländer zur Produktanpassung und Vermarktung, die in zunehmendem Maße mittelfristig angelegt sind;
— Zuschüsse für Gemeinschaftsbeteiligungen von Firmen aus Entwicklungsländern an internationalen deutschen Handelsmessen;
— die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Handelszentrum (ITC/UNCTAD-GATT), der EG-Kommission und dem Internationalen Baumwollinstitut (IIC) bei Handelsförderungsmaßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer.

Die Bundesrepublik Deutschland ist von allen westlichen Industrienationen das Land, das neben Japan wohl am stärksten mit der Weltwirtschaft — und damit auch mit den Entwicklungsländern — verflochten ist. Somit bedeutet der EG-Binnenmarkt auch für die Entwicklungsländer eine Chance: ein offener und dynamischer Markt in Europa bietet ihnen mehr Exportmöglichkeiten. Die Dritte Welt ist für Westeuropa — als Rohstoffmarkt, als Absatzmarkt — viel zu wichtig, als daß die Gefahr einer Abschottung Europas bestünde.

Aufgrund der Reformprozesse in den osteuropäischen Staaten hat die EG mit Polen, Ungarn und der ehemaligen Tschechoslowakei besondere Assoziationsabkommen geschlossen. Nicht zuletzt, auf deutsches Drängen hat der Europäische Rat der Regierungs- und Staatschefs im Juni 1993 in Kopenhagen diesen Ländern weitere Handelserleichterungen und den Beitritt in Aussicht gestellt.

5. DER BINNENMARKT HILFT DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN

Eine mehrjährige „Anlaufzeit" wie für den Binnenmarkt (1987—1992) war der Wirtschaft für die Sanierungsaufgaben in den neuen Bundesländern — der untergangenen DDR — nicht vergönnt. Mit dem Zusammenbruch der Absatzgebiete im ehemaligen Ostblock gab es zur schnellstmöglichen Modernisierung der alten Strukturen keine Alternative.

Den nötigen unternehmerischen Plan für den Take-off im Osten konnte die deutsche Wirtschaft allein gar nicht aufbringen. Hier erwies und erweist sich der liberalisierte EG-Markt mit ungehinderten Investitionsmöglichkeiten für ausländische Unternehmen als große Hilfe. Ein Musterbeispiel dafür ist ein Joint-Venture der französischen Elf-Aquitaine mit dem Thyssen-Konzern im Chemie- und Mineralölgeschäft. Die beiden Partner haben das Tankstellennetz der früheren DDR übernommen.

Die deutsche Vereinigung 1990 bedeutete ökonomisch allererst einen gewaltigen Nachfrageschub im privaten Konsum. Sechzehn Millionen Verbraucher suchten sich auf einmal langgehegte Wünsche zu erfüllen. Die deutsche Wirtschaft hätte die Nachfrage, wenn überhaupt, ohne stärkere Preissteigerungen nicht decken können. Daß die Preise nicht explodierten, war insbesondere den Mitbewerbern im EG-Markt zu verdanken. Ihnen bescherte die deutsche Einheit eine Sonderkonjunktur.

Mit dem Beitritt zur Bundesrepublik kamen die neuen Bundesländer in den Genuß von Regionalhilfen der EG. Ein erstes Dreijahresprogramm sah Leistungen von insgesamt rund sechs Milliarden DM vor. Im Sommer 1993 einigten sich die Außenminister auf die Mittelzuweisungen von 1994 bis 1999. Jährlich stehen mehr als vier Milliarden DM zur Verfügung.

Der Ministerrat entsprach zudem dem deutschen Wunsch, auch grenzüberschneidende Regionalprojekte mit Polen und der Tschechischen Republik zu fördern.

6. AUF DEM WEG ZUR EUROPÄISCHEN UNION

Die Staats- und Regierungschefs der zwölf EG-Staaten haben sich bei der Tagung des Europäischen Rates vom 9.—11. Dezember 1991 im niederländischen Maastricht auf einen weitreichenden Vertrag über die Europäische Union geeinigt. Der Vertrag wurde am 7. Februar 1992 am gleichen Ort von den Außen- und Finanzministern unterzeichnet und trat am 1. November 1993 in Kraft.

MAASTRICHT AUF EINEN BLICK

Der Unionsvertrag enthält folgende wesentliche Neuerungen:

— Die EG institutionalisiert ein Beratungsverfahren für eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) mit mehr Bindungswirkung als in bisherigen Konsultationen. Auf längere Sicht ist eine gemeinsame Verteidigungspolitik vorgesehen.

— Eine verstärkte Zusammenarbeit der Polizei- und Justizbehörden in der Gemeinschaft soll vor allem die organisierte Kriminalität und die unkontrollierte Einwanderung eindämmen.

— Die Rechte des Europäischen Parlaments sollen erweitert werden. Das nationale Bürgerrecht wird durch eine Unionsbürgerschaft ergänzt.

— Ein Ausschuß der Regionen, das heißt der historischen Landschaften in den Partnerländern, wirkt in der Europapolitik beratend mit.

— Die EG kann kulturelle Maßnahmen von gemeinsamen Belang fördern. Dafür ist Einstimmigkeit erforderlich.

— In einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sollen die Wechselkurse der nationalen Valuten spätestens 1999 endgültig aneinander gekoppelt werden. Voraussetzung dafür ist, daß die teilnehmenden Länder vertraglich festgelegte Stabilitätskriterien erfüllen. Dänemark bleibt der WWU fern.

— Auf sozialpolitischem Gebiet werden in der Union einheitliche Mindeststandards (z. B. bei Arbeitszeitregelungen) garantiert. Lediglich Großbritannien nimmt an der „Sozialunion" nicht teil.

— In der Union ist das Subsidiaritätsprinzip grundlegend. Die Gemeinschaft soll sich nur mit Aufgaben befassen, die sie besser als die Mitgliedstaaten und deren Regionen erledigen kann.

— Die EG bleibt für weitere Beitrittskandidaten offen.

DER VERTRAGSABSCHLUSS UND DIE DEUTSCHE VEREINIGUNG

Die Wirtschafts- und Währungsunion wurde nach älteren Plänen schon 1988 beim Europäischen Rat in Hannover besprochen. Ende 1989 kam aus Bonn der Vorschlag, die WWU durch Bestimmungen für eine politische Union zu ergänzen und abzusichern. Die deutsche Vereinigung war absenbar und eine noch festere Verankerung der Bundesrepublik in der Europäischen Gemeinschaft wünschenswert. Im Frühjahr 1990 beschloß der Europäische Rat in Dublin, eine baldige Entscheidung über die politische Union herbeizuführen. Die Staats- und Regierungschefs betonten: „Wir freuen uns, daß die Vereinigung Deutschlands unter einem europäischen Dach stattfindet." Im September 1990 wurden die außenpolitischen Fragen der deutschen Einheit im Zwei-plus-vier-Abkommen zwischen den drei Westmächten, der UdSSR und den vor der Vereinigung stehenden beiden Staaten in Deutschland abschließend geregelt. Gut ein Jahr darauf (Ende 1991) war der Maastrichter Vertrag fertig.

Die Weiterentwicklung der EG ist für Deutschland doppelt wichtig. In der Gemeinschaft konnte es das politische Vertrauen seiner Nachbarn gewinnen und nach der Vereinigung 1990 festigen. Die EG ist zugleich ein solider Markt für die deutsche Wirtschaft. Ein Drittel des Bruttosozialprodukts der Bundesrepublik wird im Export erwirtschaftet. Dreiviertel der Ausfuhren gehen in den europäischen Wirtschaftsraum von EG und EFTA. Umgekehrt kommen Zweidrittel der deutschen Einfuhren von dort.

Auch in Zukunft soll die Gemeinschaft nach deutscher Auffassung nicht nur wirtschaftlich zusammenwachsen, sondern eine Manifestation der europäischen Wertegemeinschaft bleiben.

MAASTRICHT UND DIE DEUTSCHE VERFASSUNG

Die Europäische Gemeinschaft ist ein Staatenverbund. Die Partner leben nicht nur mit einstimmigen intergouvernementalen Beschlüssen, sondern auch mit Mehrheitsentscheidungen, also echtem Gemeinschaftsrecht. Das gilt etwa für die Agrarmarktpolitik, die Montanwirtschaft, den Außenhandel und das Wettbewerbsrecht.

Die unmittelbare Geltung europäischen Rechts in der Bundesrepublik hat das Bundesverfassungsgericht wiederholt an eine ausreichende Gewährleistung von Grundrechten in der Gemeinschaft gebunden. Bis zum Maastrichter Vertrag galten sie in der EG ohne ausdrückliche Garantie. Das war aus vertragsrechtlicher Sicht ein Manko. Der neue Artikel F räumt es aus, indem er Grundrechte verbrieft, „wie sie in der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet sind und sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten ergeben"; dazu gehört namentlich, daß die „Regierungssysteme auf demokratischen Grundsätzen beruhen".

Mit der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages ist die deutsche Verfassung um eine Bestimmung über die europäische Integration ergänzt worden. Die Union muß danach demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderalen Grundsätzen entsprechen. Sie muß mit anderen Worten

— dem einzelnen einen Schutz vor staatlicher Gewalt gewähren, der den persönlichen Grundrechten, die an der Spitze der deutschen Verfassung stehen, im wesentlichen vergleichbar ist; und sie muß
— den bundesstaatlichen Aufbau Deutschlands unangetastet lassen. Soweit der europäische Einigungsprozeß Zuständigkeiten der Bundesländer berührt, muß deren Zustimmung eingeholt werden. Das gilt etwa für EG-Fördermaßnahmen im Kultur- und Bildungsbereich. Die Kulturhoheit liegt bei den Bundesländern. Bei entsprechenden Beschlüssen im EG-Ministerrat fällt die deutsche Stimme zu einen Repräsentanten des Bundesrats, der Kammer der Bundesländer.

In einem Urteil über den Maastrichter Vertrag hat sich das Bundesverfassungsgericht im Oktober 1993 die Aufgabe zugesprochen, laufend zu prüfen, „ob Rechtsakte der europäischen Einrichtungen und Organe sich in den Grenzen der ihnen eingeräumten Hoheitsrechte halten oder aus ihnen ausbrechen." In seiner bindenden Interpretation des Vertrags stellte das höchste deutsche Gericht im wesentlichen fest, daß der Unionsvertrag „keinen sich auf ein europäisches Staatsvolkstützenden Staat begründet" (Leitsatz 8); es bleibt bei einer Gemeinschaft der jeweils staatlich organisierten Völker Europas, der Vaterländer.

DAS SUBSIDIARITÄTSPRINZIP IN DER EUROPÄISCHEN UNION (EU)

Die Übertragung nationaler Kompetenzen an europäische Parlament — ist in den Mitgliedsländern oft als ausufernder Zentralismus in Frage gestellt worden. Der Maastrichter Vertrag trägt der Kritik Rechnung, indem er festlegt: „Die Ziele der Union werden ... unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips ... verwirklicht." Die EU wird sich nur um Aufgaben kümmern, die sich auf nationaler Ebene nicht lösen lassen.

EUROPA ERFORDERT MEHR PARLAMENTARISCHE KONTROLLE

Mehrheitsentscheidungen im europäischen Ministerrat, auf intergouvernementaler Ebene, leiden in den Augen der deutschen Öffentlichkeit an einer ungenügenden demokratischen Kontrolle. Die Entscheidungen berunen auf der Mehrheit der Mitgliedstaaten, aber damit noch nicht unbedingt auch der Bürger. Gemeinschaftsrecht könnte insoweit mit der verfassungsmäßigen Identität der Bundesrepublik kollidieren.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil über den Maastrichter Vertrag den Weg zur Problemlösung gewiesen. Danach müssen Aufgaben und Befugnisse der Gemeinschaft in erster Linie über die nationalen Parlamente legitimiert werden. Insoweit müssen dem Deutschen Bundestag Aufgaben und Befugnisse vom substantiellen Gewicht verbleiben. Hinzu tritt — im Maße des Zusammenwachsens der europäischen Nationen — innerhalb des institutionellen Gefüges der Europäischen Union die Vermittlung demokratischer Legitimation durch das von den Bürgern der Mitgliedstaaten gewählte Europäische Parlament." (Leitsatz 3).

Ein guter Ansatz, um die demokratischen Grundlagen der Union auszubauen, ist das sogenannte Kodezisionsverfahren des Maastrichter Vertrags. Es sieht bei bestimmten Gesetzgebungsvorhaben einen Vermittlungsauschuß zwischen Europäischem Parlament und dem Ministerrat vor und erfordert die Zustimmung des Parlaments. Auch die geplante Angleichung der Amtszeiten von Kommission und Parlament gibt den Volksvertretern mehr Gewicht. Das Parlament gewinnt außerdem dadurch, daß der Vorsitzende des Ministerrates die Abgeordneten zu wichtigen Fragen der gemeinsamen Außenpolitik hören und unterrichten muß.

DIE MITSPRACHE DER REGION IN EUROPA

Der föderalen Grundordnung in Deutschland entspricht auf EG-Ebene in etwa das Konzept vom „Europa der Regionen". Dabei geht es um die wirtschaftliche Konvergenz der Gemeinschaft mit dem Ziel, „insulare, eingeschlossene und am Rande gelegene Gebiete mit den zentralen Gebieten der Gemeinschaft zu verbinden." (Art. 129 b). Im großen europäischen Binnenmarkt soll sich die Wirtschaftskraft der zentralen Regionen nicht zu Lasten der peripheren ballen. Ein gleichmäßigeres wirtschaftliches Niveau läßt sich nur mit dezentralisierten politischen Kompetenzen für die Regionen erreichen. Diese müssen eigene wirtschaftliche Potentiale entwickeln und vorhandene Ressourcen entsprechend einsetzen können.

Der „Ausschuß der Regionen" soll dem Maastrichter Vertrag zufolge die Kommission und den Ministerrat beraten und der zentralen Steuerung in der Gemeinschaft eine größere Breitenwirkung sichern. In dem Zusammenhang suchen auch die deutschen Städte und Gemeinden Einfluß zu gewinnen. Er käme vor allem der kulturellen Vielfalt zugute. Die Kommunen tragen die öffentliche Finanzierung von Kultur in Deutschland zu mehr als 65 Prozent, die Länder beteiligen sich mit weniger als 35 und der Bund liegt unter fünf Prozent.

INNERE SICHERHEIT IM EUROPA OHNE GRENZEN

Deutschland hat mehr Nachbarn als jedes andere europäische Land und damit heute auch mehr offene Grenzen. Pro Jahr werden rund anderthalb Milliarden Grenzübertritte gezählt, dreimal soviel wit in den USA. Zur verstärkten Abwehr der organisierten Kriminalität strebt Deutschland mit anderen EG-Partnern eine Europolizei an. Als ersten Schritt vereinbarten die Innenminister der EG im Frühjahr 19_3 eine europäische Polizei-Institution im Kampf gegen internationalen Rauschgifthandel und Geldwäsche. Das Nähere muß nach Darstellung des Bundesinnenministeriums durch Staatsverträge geregelt werden. Persönliche Daten von Deutschen dürfen bei Europol nicht gespeichert, sondern nur von deutschen Verbindungsbeamten verwaltet und allein nach deutschem Recht freigegeben werden.

Deutschland dringt auf ein einheitliches Asylrecht in Europa. Kein anderes EU-Land ist für politische und Armutsflüchtlinge ein solcher Anziehungspunkt wie Deutschland. Die Bundesregierung setzt große Hoffnungen darauf, daß die in Maastricht vereinbarte intergouvernementale Zusammenarbeit letztlich auch zu einer Harmonisierung der Asyl-, Einwanderungs- und Ausländerpolitik in der Gemeinschaft führen wird. Die schon beschlossene einheitliche Visa-Regelung in der Gemeinschaft geht in diese Richtung und ist für die Bundesrepublik auch von großer quantitativer Bedeutung. Deutschland erteilt pro Monat mehr als 100 000 Visa.

Mit strikten Zoll- und Personenkontrollen an ihren Ostgrenzen sichert die Bundesrepublik die Grenzen der Gemeinschaft. Sie erwartet dafür von ihren EG-Partnern noch weniger Kontrollen an den Binnengrenzen.

EIN EUROPÄISCHES SICHERHEITSSYSTEM AM ANKER DER NATO

Nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes und der Auflösung des kommunistischen Militärbündnisses, des Warschauer Pakts, hat sich der friedenserhaltende Auftrag der NATO neu orientiert. Mit früheren militärischen Gegnern finden heute im NATO-Kooperationsrat vertrauensstärkende Konsultationen zum Beispiel über die Lage im ehemaligen Jugoslawien statt.

Der deutsche Verteidigungsminister Volker Rühe hat sich — unter Beachtung der Sicherheitsinteressen Rußlands — dafür ausgesprochen, die Stabilitätsfunktion der NATO nach Osten zu erweitern: „Ein Zwischeneuropa darf es unter keinen Umständen mehr geben."

Nach deutscher Auffassung kommt es auch darauf an, das Gleichgewicht unter den Bündnispartnern zu bewahren. Deshalb ist die politische und militärische Führungsmacht USA aus Europa nicht wegzudenken.

Es entspricht auch amerikanischen Vorstellungen, den europäischen Pfeiler der NATO zu stärken. Als Keimzelle einer Europa-Armee wird das deutsch-französische Euro-Korps genannt. Solange die Europäische Union in der Verteidigungspolitik nicht selbständig handeln kann, übernimmt die Westeuropäische Union (WEU) entsprechende Aufgaben; sie wird im Maastrichter Vertrag als integraler Teil in der Entwicklung der Europäischen Union bezeichnet.

Militärischer Einsatz darf nur die Ultima ratio sein. Krisen müssen am Verhandlungstisch bewältigt werden. Um dabei mit einer Stimme sprechen zu können, haben die EG-Mitglieder vor über zwanzig Jahren die „Europäische Politische Zusammenarbeit" (EPZ) zur Erarbeitung einheitlicher Standpunkte ins Leben gerufen. Durch den Maastrichter Vertrag ist die Institution zu einer „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik" (GASP) weiterentwickelt worden. Die zwischenstaatliche Abstimmung soll bindender werden. Der Ministerrat beschließt einstimmig, in welche Fällen mit Mehrheit entschieden werden kann. Dabei bleibt die deutsche Bundesregierung in substantiellen Fragen allerdings von der parlamentarischen Zustimmung, vom Deutschen Bundestag abhängig.

Das erste Forum für friedensbewahrende und -stiftende Verhandlungen ist nächst der UNO die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Sie umfaßt die nördliche Halbkugel von Vancouver bis Wladiwostok und zählt über fünfzig Mitglieder. Die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit liegen nach Ansicht von Bundesaußenminister Kinkel heute im Schutz der Minderheitenrechte sowie der Eingrenzung militärischer Macht.

In der KSZE haben die Nachfolgestaaten der Sowjetunion ihren berechtigten und willkommenen Anteil an der Gestaltung der europäischen Sicherheit. Eine NATO-Mitgliedschaft der GUS oder Rußlands ist auf lange Sicht kaum vorstellbar. Das bestehende Gleichgewicht unter den europäischen Partnern würde durch das Potential der größten Landmacht der Erde beeinträchtigt. Dabei ist insbesondere den Besorgnissen der Mittel- und Osteuropäer Rechnung zu tragen.

(Schluß S. 7)

Europa gewinnt neue Dimensionen

(Schluß, Anfang S. 6)

DIE OST-ERWEITERUNG DER EU

Dem Drängen der mittel- und osteuropäischen Nachbarländer auf EU-Mitgliedschaft ist die Bundesrepublik als östlichster Partner am stärksten ausgesetzt. Sie können nach deutscher Auffassung nicht draußen vor der Tür der Gemeinschaft bleiben. Die besonderen Abkommen mit Polen, Ungarn und der ehemaligen Tschechoslowakei haben sich als erste Schritte auf dem richtigen Weg erwiesen.

Für die Heranführung Osteuropas an die EU gelten die gleichen politischen Gründe wie seinerzeit für den An- und Eingliederungsprozeß der iberischen Staaten. Nach Abschüttelung der Diktaturen in Spanien und Portugal haben die EG-Partner die beiden Länder in das gemeinsame Europa aufgenommen. Ihr schwaches wirtschaftliches Profil war kein entscheidendes Hindernis für den Beitritt, dem allerdings langwierige Verhandlungen vorausgingen.

Das Instrument der Anpassung in abgestuften Übergangsfristen hat sich bei der Süderweiterung bestens bewährt. Angesichts des beträchtlichen Produktivitätsgefälles gegenüber der EU müssen auch die aufstrebenden Nachbarn im Osten durch besondere Schuztmaßnahmen im Handel abgesichert werden. Unter Umständen lasen sich die Exportchancen und damit die notwendigen Deviseneinnahmen für den Aufbau im Inern durch Wechselkursvariationen verbessern.

Die Gemeinschaft muß ihre Märkte für mehr Ostimporte öffnen — auch wenn diese das Warenangebot ausgerechnet dort vergrößern, wo innerhalb der EG schon große Probleme bestehen: zum Beispiel bei Agrarprodukten, Textilien, Eisen und Stahl. Protektionismus vor Billigwaren schadet nicht nur den hilfsbedürftigen Nachbarn sondern auch der Modernisierung heimischer Standorte. Seit dem Vater des deutschen Wirtschaftswunders, Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard, ist die Bundesrepublik grundsätzlich Verfechterin eines freien Welthandels, der auch Produkten aus ärmeren Ländern bessere Absatzchancen bietet.

Die deutsche Bundesregierung unterstützt in Mittel- und Osteuropa den Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft mit zahlreichen Beratungs- und Ausbildungsangeboten. Sie liegen im Interesse aller Europäer, die für politische und wirtschaftliche Stabilität bei den östlichen Nachbarn eintreten. Konkrete Hilfen fallen insbesondere in den Ländern auf fruchtbaren Boden, wo sie an demokratische Traditionen sowie ältere marktwirtschaftliche Erfahrungen und Rechtsordnungen anknüpfen können. Spektakuläre Beispiele für Joint-Ventures mit deutschen Firmen sind die Beteiligung von Volkswagen an Skoda/Mlàda Boleslav in Tschechien und die gemeinsame Gründung von „Volkswagen Poznan" mit dem polnischen Partner FSR „Polmo". Die deutschen Wissenschaftsorganisationen setzen sich durch Kooperationsverträge für technologische Innovationen ein; besonders markant ist das Engagement der Frauenhofer-Gesellschaft für angewandte Forschung (FhG) in Ungarn.

Deutschland befürwortet die Bemühungen der östlichen Nachbarn, zu den Förderprogrammen der EU für Forschung und Technologie zugelassen zu werden.

Für eine friedliche Entwicklung in Mittel- und Osteuropa ist die politische und wirtschaftliche Modernisierung in der früheren Sowjetunion eine Grundvoraussetzung. Außer intensiver Beratung auf Regierungsebene leistet die Bundesrepublik wie bislang kein anderes westliches Industrieland finanzielle Hilfen.

DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION (WWU)

Die WWU ist das Herzstück des Maastrichter Vertrags. Ihre Verwirklichung ist in drei Schritten vorgesehen. Die Zukunft begann schon 1990. Seither sollen die Mitglieder der EG ihre Wirtschafts- und Währungspolitiken möglichst weitgehend aufeinander abstimmen. Ihre Stabilitätspolitik soll auf eine niedrige Inflationsrate, niedrige Staatsverschuldung, anhaltende Währungsstabilität und ein gleichmäßiges Zinsniveau unter den Partnern zielen. Damit wären die Bedingungen für die spätere Währungsunion erfüllt. 1996 soll formell geprüft werden, welche Länder den festgelegten Stabilitäts-Anforderungen genügen. Wenn die Mehrheit dies erreicht hat, kan die dritte Stufe beschritten werden. Letzter Termin dafür ist 1999. Denn tritt die Währungsunion für die EU-Mitglieder in Kraft, die den Stabilitätskriterien entsprechen. Die Wechselkurse ihrer Valuten werden als Vorstufe zu einer Einheitswährung starr aneinander gebunden. Für die gemeinsame Geldpolitik wird ein Europäisches System der Zentralbanken (ESZB) zuständig. Es besteht aus einer Europäischen Zentralbank (EZB) und den Nationalbanken der Mitgliedstaaten.

Vorläufer der EZB ist das Europäische Währungsinstitut (EWI). Nach einem Beschluß der europäischen Staats- und Regierungschefs vom Oktober 1993 hat es seinen Sitz in der deutschen Finanzmetropole Frankfurt. Nach dem Maastrichter Vertrag besitzt das EWI noch keine Befugnisse, in die nationalen Geldpolitiken einzugreifen. In erster Linie bildet es (ab 1994) den Rahmen für Beratungen der Präsidenten der EG-Notenbanken. Erster Präsident des EWI ist der Belgier Alexandre Lamfalussy.

Die einheitliche Währung ist ein politisches Ziel. Ob es erreicht werden kann, hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Stabilitätskonsens ab. Notenbanken, öffentliche Haushalte und die Lohntarifparteien müßten in jedem Mitgliedsland an einem Strang ziehen. 1993 war sogar die Bundesrepublik wegen der finanziellen Lasten der Wiedervereinigung nicht reif für die Währungsunion. Nach heutiger Einschätzung können das bis 1999 vielleicht fünf Staaten sein: Belgien, Niederlande und Luxemburg, Deutschland und Frankreich.

Die Geldwertstabilität ist ein Gebot der deutschen Verfassung (Art. 88 Grundgesetz). Das Bundesverfassungsgericht hat auf diesem Hintergrund in seiner Entscheidung über den Maastrichter Vertrag bekräftigt, daß der Weg zur Währungsunion nur wie vereinbart beschritten werden darf; die festgelegten Stabilitätskriterien müssen strikt erfüllt und können nicht etwa durch politische Kriterien aufgeweicht werden. Jede Abweichung vom Wortlaut des Vertrages bedarf der Zustimmung des Deutschen Bundestages.

AUSBLICK

„Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft war und bleibt eine europäische Großtat. Wenn die Gemeinschaft zusammenfindet und wenn sie die Offenheit bewahrt, die zu ihrem Freiheitsverständnis gehört, kann sie ansteckende große Wirkung tun. Das ist eine Chance, die uns die Geschichte noch nie geboten hat."

Die Sätze des deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vor dem Europäischen Parlament 1985 haben seither an Aktualität nur gewonnen. Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes und der weiterführende Vertrag von Maastricht — beides Ereignisse des Jahres 1992 — sind erneute Beweise für den Willen der Gemeinschaft, enger „zusammenzufinden".

Bislang zog jeder bedeutende Schritt im inneren Ausbau eine Erweiterung der EG nach sich. Das Einigungswerk begann in den fünfziger Jahren in einer Sechser-Gemeinschaft: mit Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Italien, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland. Inzwischen hat sich die Zahl der Mitglieder verdoppelt und gehören auch Großbritannien, Irland, Dänemark, Griechenland sowie Portugol und Spanien dazu. Der Beitritt der meisten Mitglieder der Europäischen Freihandelszone (EFTA) ist fest geplant. Nach Überwindung des Kommunismus drängen auch die Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa auf Beitritt. Sie appellieren an die erklärte „Offenheit" der Europäischen Gemeinschaft.

An den neuen Herausforderungen der inneren und äußeren Integration kann Europa wie bisher nur wachsen. Mit dem Zusammenschluß der Europäischen Union (EU) und fünf Mitgliedsländern der Europäischen Freihandelszone (Efta) zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) entstand in Europa am 1. Januar 1994 der größte Binnenmarkt der Welt. Die Länder des EWR zählen 372 Millionen Verbraucher und erzielen zusammen ein Bruttoinlandsprodukt von 7,5 Billionen Dollar.

(INTER NATIONES)

Die Union leitet die „heiße Wahlkampfphase" ein

Die Union rüstet sich mit aller Kraft und ihrer ersten Garde für die „heiße Phase" des Bundestagswahlkampfes. Am Dienstag präsentierten der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble und sein Stellvertreter Michael Glos (CSU) „Eine Bilanz des Erfolgs" ihrer parlamentarischen Arbeit der vergangenen vier Jahre. In der kommenden Woche, wenn Bundeskanzler Helmut Kohl vom Wolfgangsee an den Rhein zurückgekehrt ist, wollen er und Finanzminister Theo Waigel (CSU) der Öffentlichkeit das gemeinsame Programm für die Fortsetzung der unionsgeführten Bundesregierung vorlegen. Am 28. August werden die Matadoren und Parteichefs Kohl und Waigel endgültig den Unions-Wahlkampf in der Arena der Dortmunder Westfalenhalle einleiten. 50 Tage später, am 16. Oktober, hat dann der Wähler das letzte Wort.

Auf mehreren Seiten Hochglanzpapier und in 20 Punkten ist beschrieben, was Schäuble und Glos als Fraktions-Erfolg der letzten Jahre sehen. Die Unionsfraktion bilanziert die Wiederbelebung der Konjunktur ebenso auf ihrer Haben-Seite wie den Aufbau im Osten, die Stärkung der D-Mark, den Abbau der Bürokratie, die Pflegeversicherung oder die Erweiterung Europas und die Liberalisierung des Welthandels.

Schnell war die SPD zur Stelle, die in der Person ihres Parlamentarischen Geschäftsführers Peter Struck „dringende Ergänzungen" anbrachte: Am Ende der Legislaturperiode gäbe es in Deutschland unter anderem die höchste Arbeitslosigkeit, die höchste Staatsverschulung und die höchste Kriminalitätsrate. CDU und CSU werden diese Vorwürfe kaum Kopfzerbrechen bereiten. Die Abfolge öffentlichkeitswirksamer Ereignisse erweckt den Eindruck einer geschickten Regie. Nach der Veröffentlichung des Wahlprogramms, aus dem wieder ein offizielles Regierungsprogramm werden soll, folgt am 31. August der Abzug der letzten russischen Soldaten, die von Kohl und Präsident Boris Jelzin in Berlin gemeinsam verabschiedet werden. Im September schließlich — ebenfalls, in Berlin — gehen die alliierten Streitkräfte, die von Kohl, Frankreichs Präsident Francois Mitterrand, Großbritanniens Premierminister John Major und US-Vizepräsident Al Gore ein letztes Dankeschön erhalten.

Gelöst und ohne parteiinterne Streitigkeiten sehen die Unionsparteien der Veröffentlichung ihres Regierungsprogramms entgegen. In weniger als vier Monaten und mit den neuen Grundsatzprogrammen von CDU und CSU als Basis entstand ein 65-seitiges Werk. „Knackpunkte" gibt es keine mehr, nur noch einige Unebenheiten in den Formulierungen. Für die einen ist das Programm, dessen wesentliche Teile längst kein Geheimnis mehr sind, verschwommen, für die anderen ist es das Ergebnis des gegenwärtig Machbaren. Deutlich wird, daß die Union auch in den kommenden Jahren dafür eintritt, auf die Lohnbremse zu treten, weil „eine zurückhaltende und differenzierte Lohnpolitik unerläßlich sei. Nachgedacht wird über niedrige Einstiegstarife für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und eine Rücknahme sozialer Leistungen. Dagegen sollen wachstumsbedingte Steuermehreinnahmen zur schrittweisen Steuersenkung verwendet werden. Schäuble, oft als Kohls „Kronprinz" tituliert, ist einer der Autoren sowohl der Erfolgsbilanz wie auch des Regierungsprogramms.

Steiniger Weg in die atomwaffenfreie Zukunft

Fest verschlossen waren die Türen geblieben, hinter denen Nordkoreas Vize-Außenminister Kang Sok Ju und US-Unterhändler Robert Gallucci eine Woche lang abwechselnd in den Genfer Vertretungen beider Länder verhandelt hatten. Entsprechend groß war am Ende die Überraschung: Heraus kam nicht die erwartete detaillierte Minimallösung für den seit Monaten schwelenden Streit, sondern ein dickes Grundsatzpaket. Nordkorea, des Baus von Atomwaffen bezichtigt, will sich von seinem Nuklearprogramm lossagen und jenen friedvollen Weg einschlagen, auf den die USA und die Anrainerstaaten den erzkommunistischen Staat immer zwingen wollten. Ob der Traum in Erfüllung geht, ist damit nicht entschieden — alles hängt nun von weiteren Expertengesprächen und dem nächsten Treffen Galluccis und Kangs in sechs Wochen ab.

Völlig offen ist die Frage, wie der Handel finanziert werden soll. Als Gegenleistung für den Wechsel des Atomprogramms hat Washington Leichtwasserreaktoren versprochen, die kaum noch waffenfähiges Plutonium produzieren. Die Kosten soll ein Konsortium übernehmen, Gespräche mit Rußland, Japan, China und Südkorea laufen bereits. Ob das finanzschwache Rußland, das selbst Probleme mit alten Kernkraftwerken hat, sich am Handel beteiligt, ist ebenso unsicher wie die Teilnahme des „Klassenfeindes" im Süden. Zwar hatte Südkorea mehrfach seine Hilfe angeboten. Möglich ist aber, daß Seoul Finanzzusagen mit anderen drängenden Fragen verbindet, etwa nach dem Verbleib südkoreanischer Staatsbürger in nordkoreanischen Gefangenenlagern.

Während die Kosten für die geplanten zwei neuen Reaktoren in Höhe von vier Milliarden Dollar kalkulierbar sind, bleibt die Höhe weiterer Forderungen im Dunkeln. Wie lange und womit wollen die USA Nordkorea beim Schließen der Energielücke während der Umstellung Nordkorea beim Schließen der Energielücke während der Umstellung auf Leichtwasserreaktoren helfen? Es geht dabei immerhin um mindestens sechs Jahre. Dunkel spricht die Erklärung lediglich von einem „Übereinkommen über Energiealternativen". Zudem steht die Bedingung Washingtons im Raum, erst wenn wirklich jede Atomstätte für die Inspektoren der Internationalen Energieagentur IAEO geöffnet wird, beginne die Lieferung neuer Reaktoren.

Mit viel Geld und Druck

verhindert die Waffenlobby schärfere Gesetze

Die amerikanische Waffenlobby, eine der mächtigsten Interessengruppen des Landes, hat wieder zu ihrem alten Einfluß zurückgefunden.

Fast schien es so, als hätten sich die Abgeordneten aus dem Griff der Waffenverbände gelöst, als im Mai das Repräsentantenhaus in Washington für ein Verbot von 19 halbautomatischen Schnellfeuerwaffen stimmte. Doch mit dem Nein zu Präsident Bill Clintons Gesetzespaket zur Verbrechensbekämpfung, in dem das Verbot dieser Waffen ein Kernpunkt ist, machten die Parlamentarier ihr früheres Votum vergessen.

Die Waffenlobby ist praktisch gleichzusetzen mit der National Rifle Association (NRA), der Interessensgruppe der privaten Waffenbesitzer, die in den USA über 211 Millionen Waffen verfügen. Angesichts der wachsenden Stärke der Waffengegner in den USA hat sich der Verband mit seinen 3,4 Millionen Mitgliedern zu einer modernen und aggressiven Truppe entwickelt. Parlamentarier werden mit allen denkbaren Mitteln — mit pausenlosen Telefonanrufen von URA-Mitgliedern oder zahllosen Faxen — unter Druck gesetzt. Und notfalls wird Geldempfängern unter den Abgeordneten in Washington mit dem Entzug gedroht.

Nach einer Aufstellung des Center for Responsive Politics, einer gemeinnützigen Organisation in Washington, hat die NRA an die 225 Abgeordneten, die das Anti-Verbrechens-Paket vorerst zu Fall brachten, seit Januar des vergangenen Jahres 497 000 Dollar gegeben. Die 210 Befürworter erhielten in diesem Zeitraum 65 000 Dollar.

Zwischen Januar 1991 und Juni 1993 hat die Waffenlobby drei Millionen Dollar in die Taschen von Senatoren und Abgeordneten des Repräsentantenhauses fließen lassen. Nicht überraschend stehen an der Spitze Parlamentarier, die als besondere Gegner schärferer Waffengesetze gelten. Finanzielle Unterstützung der Parlamentarier ist in den USA, in denen das Wort Lobbyist erfunden wurden, üblich. Das Geld muß jedoch bis auf den letzten Penny ausgewiesen werden.

Die NRA hat sich für die weiteren Waffen-Debatten im Kongreß gut gerüstet. Die Organisation, die in diesem Jahr Einnahmen von 132 Millionen Dollar erwartet, hat sich wenige Kilometer außerhalb von Washington ein 32 Millionen Dollar teures Verwaltungsgebäude hingestellt. Dort soll 1994 das Waffen-Museum der NRA auf fünffacher Fläche neu erstehen.

Weltbank warnt vor größerer Armut

Das Armutsproblem in der Dritten Welt kann nach Ansicht der Weltbank nicht allein durch eine langsameres Bevölkerungswachstum gelöst werden. „Wir brauchen eine ganze Palette von Maßnahmen, die von einer Verlangsamung des Bevölkerungswachstums bis hin zu Investitionen in Bildung, Gesundheit und Ernährung reichen, um Ergebnisse zu erzielen", forderte Vizepräsident Armeane Choski bei der Vorstellung der neuen Studie „Bevölkerung und Entwicklung" in Washington.

Geburten- und Familienplanung müsse mit einer besseren Gesundheitsversorgung, der Ausbildung von Mädchen und einer allgemeinen Verbesserung des Status von Frauen einhergehen. Angesichts der zunehmenden Verstädterung — im Jahre 2025 sollen 57 Prozent der Bevölkerung in Entwicklungsländern nicht mehr auf dem Land leben — müsse auch auf dieses Problem eingegangen werden. Auch die zunehmende Überalterung müsse berücksichtigt werden. Nach dem Weltbank-Bericht wird der Anteil der über 65jährigen im Jahre 2010 die Zahl von Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren übertreffen.

Entscheidend sei, daß die Welt jetzt handele, sagte Choski mit Blick auf die Anfang September im äqyptischen Kairo stattfindende Weltbevölkerungskonferenz. Während 1985 57 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern mit einem Pro-Kopf-Einkommen unter 350 Dollar (rund 550 DM) lebten, werde diese Anteil bis zum Jahre 2025 auf 61 Prozent ansteigen.

Vor allem mit neuen Pflichten

Das Karlsruher Urteil zum Bundeswehr-Einsatz im Ausland hat der deutschen Außenpolitik international eine Gleichberechtigung verschafft, deren Fehlen Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) seit seinem Amtsantritt 1992 als größtes Handicap beklagt hat. Die Bundeswehr kann nun legal und verfassungskonform Blauhelme tragen, sogar bei UNO-angeordneten Kampfeinsätzen, vorausgesetzt die einfache Mehrheit im Bundestag stimmt zu. Das könnte allerdings nach den Bundestagswahlen am 16. Oktober bei ungewissen Mehrheitsverhältnissen schwierig werden.

In Karlsruhe äußerte sich Kinkel „sehr zufrieden", daß die Bundesrepublik „handlungs- und bündnisfähig" geworden sei. Was Kinkel nicht sagte, aber genau weiß, ist der höhere Wellengang, dem das deutsche Boot nun international entgegensegelt, nachdem es den Windschatten der Verfassungs-Ausrede („Wir dürfen leider nicht mitmachen") verlassen hat. Mit der völkerrechtlichen Gleichberechtigung ist das Risiko gestiegen, in aussichtlose Krisenbewältigungen wie in Somalia ernsthafter als bisher und schlimmstenfalls mit Opfern verstrickt zu werden.

Kinkel wird, wie in Bonn erwartet wird, das neue Instrument schon bald für das nachdrückliche deutsche Streben nach einem ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat nutzen. „Mit allen Rechten und Pflichten" wollten die Deutschen schon immer mitarbeiten — und diese Vollmacht haben die Karlsruher Richter am Dienstag unterschrieben. Schon kurz nach dem Spruch war in Regierungskreisen die Meinung zu hören, daß in Zukunft die Pflichten vielleicht viel schwerer wiegen.

Die Konkurrenz im Wartezimmer des mächtigsten Gremiums der Weltorganisation könnte härter werden, das Ringen um die UNO-Reform als Voraussetzung für neue Sitze noch langwieriger. Bonn hat seit diesem Dienstag beim Anspruch auf Mitsprache erheblich an Gewicht zugelegt. Dies dürfte auch Bonns westliche Nachbarn und Freunde zu neuem Nachdenken bringen.

Diplomaten in Bonn räumen freimütig ein, daß ihnen bisher die Sympathiebekundungen leicht fielen angesichts der Unwahrscheinlichkeit eines deutschen Einzugs in den Sicherheitsrat. Für Jubel besteht jedoch kaum Anlaß, warnen Bonner Beamte. Er würde sich wohl auch bald legen, wenn die UNO die neuen Bonner Möglichkeiten zum ersten Mal ernsthaft auf die Probe stellt.

*

Die Soldaten der Bundeswehr können aufatmen: Nach all den Jahren des politischen Streits und der Ungewißheit haben die Karlsruher Verfassungsrichter für ihre Auslandseinsätze den rechtlichen Rahmen geklärt und abgesteckt. Die Angehörigen der deutschen Armee brauchen bei ihrer Abkommandierung zu UNO-Aufgaben nicht mehr wie bisher das ungute Gefühl in der Magengegend zu haben, einen von Recht und Gesetz nicht einwandfrei definierten Auftrag zu erfüllen.

Die hohen Militärs auf der Hardthöhe fühlen sich „endlich von ihren alliierten Partnern voll anerkannt", formulierte es ein General. Die Bundeswehr könne jetzt ohne Wenn und Aber in den Reihen der Vereinten Nationen mitwirken. Offiziere machten aber kein Hehl daraus: „Der Bundeswehr fehlt es für UNO-Unternehmen in der weiten Welt an allen Ecken und Enden."

Das Hauptgewicht der Streitmacht Deutschlands wird künftig auf den Krisenreaktionskräften (KPK) liegen. Sie sind bereits bestimmt. Für die 50 000 Mann wird es nach Einschätzung von Offizieren jedoch mindestens drei Jahre dauern, bis sie gut ausgebildet und ausgestattet für die UNO tätig werden können. Gerade der Somaliaeinsatz hat gezeigt, daß die Bundeswehr nicht in der Lage ist, aus dem Stand in einen internationalen Einsatz zu gehen.

„Wenn wir den Wunsch der Franzosen erfüllen würden, ihnen spontan in Ruanda beizustehen, würde das für uns in einem Desaster enden", erklärte ein Oberst der dpa. Es mangelt den Deutschen an entsprechenden Waffen, Gerät und an den Transportkapazitäten zu Wasser und in der Luft. Die gegenwärtige Ausrüstung für UNO-Operationen in entlegenen Weltgegenden wird von Fachleuten als „völlig ungenügend" bezeichnet. So mußte die Bundeswehr für die Bevölkerung ihrer Fahrzeuge nach Somalia in erheblichem Ausmaß zivile Charterfirmen in Anspruch nehmen. Für die Soldaten mußten die Tropenuniformen sowohl für Kambodscha als auch für Ostafrika aus Frankreich besorgt werden.

Es gibt noch keine Bundeswehreinheit, die in Verbandsform einen UNO-Einsatz unter extremen Bedingungen mit langen Transportwegen geübt hat. Die Soldaten müßten leichtere und modernere Gewehre erhalten. Das G 3 gilt als nicht „besonders geeignet". Das neue G 11 Gewehr ist zwar erprobt, aber wegen fehlender Finanzen noch nicht angeschafft worden. Die Bundeswehr müßte auch bessere Pistolen und Maschinenpistolen bekommen. Ebenso seien für die KRK-Einstätze wesentlich ausgefeiltere Kommunikationsmittel notwendig, erläuterte ein Offizier, der in Somalia war.

„Wir sind bis jetzt absolut nicht in der Lage, autark zu operieren", schilderte ein Hauptmann. Die Bundeswehreinheiten hätten „bei weitem nicht die Auslandserfahrungen wie die Franzosen, Amerikaner, Belgier und Engländer". Der Nachholbedarf sei „enorm". Bei ihren bisherigen UNO-Bemühungen hat sich die Bundeswehr in Afrika und Asien nach der Meinung der NATO-Partner trotz der Schwierigkeiten „einwandfrei bewährt." Große Anerkennung hat sie sich auch bei ihren Hilfsflügen ins eingeschlossene bosnische Sarajevo und über Ostboshnien erworben. „Wir sind zuversichtlich, daß wir unsere Zukunftsaufgaben für die UNO trotz des Geldmangels bewältigen werden. Nur muß man uns Zeit dafür geben", meinte ein Heeresoffizier.

Sorge um die Schlagkraft der Weltmacht

Der amerikanische Präsident Bill Clinton setzt den Rotstift am Verteidigungshaushalt der Weltmacht nach Ansicht einiger Kritiker möglicherweise zu stark an. Immer häufiger melden sich besorgte Politiker in der Bundeshauptstadt Washington zu Wort, die nicht mehr sicher sind, daß die Streitkräfte ihre gewünschte Schlagkraft im vollen Umfang erhalten können. Die Rechnungsbehörde des US-Kongresses kam zudem zu einem alarmierendem Ergebnis: Das Pentagon hat seinen Finanzbedarf über 1,2 Billionen Dollar bis 1999 um glatte 150 Milliarden Dollar zu gering berechnet. Die Zahl der amerikanischen Soldaten schrumpft weiterhin. Schrumpft auch die Einsatzfähigkeit?

„Geld, Geld, es geht nur ums Geld. Es ist kein Geld für all das vorhanden", seufzt der demokratische Abgeordnete Ike Skelton aus Missouri. Der Präsident ist mit der Bürde eines riesigen Budget-Defizits als Retter in der Not angetreten. Das bedeutet beispielsweise weit weniger Kampfdivisionen, eingemottete Flugzeugträger und kaum noch neue Panzer. Andererseits halten die USA an der Strategie fest, auf zwei größere regionale Konflikte militärisch gleichzeitig erfolgreich antworten zu können. Nun mehren sich die Zweifel, ob diese Strategie noch realistisch ist.

Bosnien, Somalia und Ruanda, aber auch die Krisenherde Haiti und Nordkorea zeigen der Regierung, daß auch nach dem Zusammenbruch der UdSSR und nach dem Golfkrieg international nicht eitel Sonnenschein herrscht. Wird eine nochmals um etwa 200 000 Soldaten verringerte Truppe im Ernstfall vor der Jahrtausendwende wirklich ausreichen, zwei größere Kriege praktisch gleichzeitig zu führen, wenn zu der selben Zeit amerikanische Soldaten auch noch der UNO bei Friedensmissionen unter die Arme greifen müssen? „Je kleiner man eine Armee macht, umso moderner muß man sie machen, und das ist nicht geschehen", moniert der Truppen-Planer General Jay Garner.

Sicherlich wären die USA weiterhin in der Lage, jeden Gegner zu besiegen, bei nur bedingter Einsatzfähigkeit allerdings wohl mit „mehr Opfern als die Nation zu bezahlen bereit wäre", sagt Garner. Die Frage ist, ob die Strategie der Finanzlage angepaßt werden soll, oder der Verteidigungsetat aufzustokken ist.

Wenn sich das Verteidigungsministerium und der Kongreß nicht stärker um die Schlagkraft der Streitkräfte kümmern, für die etwa im nächsten Haushalt nur 17 neue Kampfflugzeuge und vier Schiffe eingeplant worden sind, dann könnte die US-Rüstungsindustrie den Anschluß an die Zukunft verpassen. Das befürchtet zumindest der demokratische Senator Daniel Inouye aus Hawaii. Eine US-Armee, die Schaden genommen hätte, wäre ein gefundenes Wahlkampf-Fressen für die Republikaner. In William Perrys Pentagon sieht man die Zukunft nicht so schwarz, weiß aber auch, daß man sich jetzt strecken muß.

Festhalten an US-Präsenz

Der japanische Ministerpräsident Tomiichi Murayama will an der US-Militärpräsenz in seinem Land uneingeschränkt festhalten. Die Basen seien nötig, um den internationalen Frieden und die Sicherheit Japans zu gewährleisten, sagte Murayama auf seiner Südostasien-Reise bei einem Besuch in Singapur. Die Äußerungen des sozialdemokratischen Regierungschefs sind eine Reaktion auf Berichte über entsprechende Diskussionen in den Reihen des Koalitionspartners Liberaldemokratische Partei (LDP).

Einige hohe LDP-Funktionäre hatten gefragt, ob es nach Ende des Kalten Krieges noch nötig sei, an sämtlichen US-Basen von Okinawa im Süden bis Hokkaido im Norden festzuhalten und diese mit großen Geldsummen aus dem Staatsbudget zu finanzieren. Tokio gibt für die US-Militärpräsenz in diesem Jahr den Angaben zufolge etwa sechs Milliarden US-Dollar (rund zehn Milliarden Mark) aus.

Die russische Mafia erobert die USA

Wer Tatsachen oder auch nur Gerüchte über die russische Mafia weiß, der möge sich doch bitte an das New Yorker FBI-Büro wenden. Ein Anzeige mit dem entsprechenden Wortlaut erschien kürzlich in einer russischsprachigen amerikanischen Zeitung. In ihrem Kampf gegen das organisierte Verbrechen hat die US-Bundespolizei neuerdings einen Gegner mit guten Verbindungen nach Moskau.

200 000 Russen emigrierten in den vergangenen 20 Jahren allein nach New York, wo das Viertel Brighton Beach im Süden des Stadtteils Brooklyn zur russischen Enklave wurde. Und rund 2 000 der Neuankömmlinge hätte das FBI nach eigenen Schätzungen gern hinter Schloß und Riegel — knallharte Kriminelle, die vor nichts zurückschrecken, und die sich allmählich nach dem Vorbild der sizilianischen Mafia organisieren.

Jüngstes Opfer der internen Machtkämpfe zwischen den russischen Banden war nach FBI-Angaben Naum Raichel, der am 11. Juli in Brighton Beach auf offener Straße von drei Pistolenschüssen getroffen wurde. Am selben Tag prügelten Unbekannte Raichels Bruder Simeon krankenhausreif. FBI-Ermittler glauben nicht an einen Zufall, sondern an eine gezielte Aktion. Aber sie sind hier, wie auch in vielen anderen Fällen, auf Vermutungen angewiesen.

Für das FBI ist es außerordentlich schwer, Informationen über die russische Mafia zu erhalten. Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion wollen aus Angst vor Repressalien nicht als Zeugen aussagen. Zwar gibt es in Amerika ein Zeugenschutz-Programm, in dem Aussagewillige samt ihrer Familie unter einer neuen Identität auf Staatskosten in eine Stadt ihrer Wahl umgesiedelt werden.

Die „Russian Squad" in New York ist die landesweit erste und bisher einzige FBI-Abteilung, die sich ausschließlich mit der russischen Mafia beschäftigt. „Sie sind gefährlich, und unser Ziel ist es, zu verhindern, daß sie sich etablieren wie vor ihnen die italienische Mafia", sagt William A. Gavin, der Chef des New Yorker FBI-Büros.

Sorgen macht Gavin vor allem die Ankunft von hochrangigen Mafia-Mitgliedern, die unter falschem Namen als Besucher aus der ehemaligen Sowjetunion kommen und sofort in Amerika untertauchen. Was während des Kalten Krieges fast unmöglich war, ist nun Alltag: Aus Rußland kommen Botschafter der großen Gangsterbosse. Sie sollen in Amerika unter anderem den Drogenschmuggel, eine der wichtigsten Einnahmequellen der russischen Mafia, koordinieren und Ordnung im Bandenchaos schaffen.

Algerisch-marokkanischer Zwist

Zu einem offenen Zwist ist es zwischen den beiden Maghreb-Ländern Algerien und Marokko gekommen. Algerien beschloß die „zeitweilige Schließung der Landgrenze" zu Marokko und verlangt jetzt auch von den Bürgern des Nachbarstaates ein Visum, nachdem die Regierung in Rabat dies am Freitag für alle Algerier und Menschen algerischer Abstammung angeordnet hatte.

Auslöser dieses Streites zwischen den beiden Ländern ist ein Raubüberfall vom 24. August auf ein Hotel in Marrakesch, bei dem zwei Spanier erschossen worden waren. Das marokkanische Innenministerium hatte einen Algerier und einen Marokkaner, die in Fez verhaftet wurden, dafür verantwortlich gemacht. Sie gehörten zu einer „bewaffneten Gruppe", die weitere Anschläge geplant habe, hieß es.

Der Visumzwang gilt in Marokko auch für die Algerier, die sich in den letzten Monaten zu Tausenden aus Furcht vor Anschlägen ins Nachbarland geflüchtet haben. Darunter sind vor allem Ärzte, Anwälte, Hochschullehrer und viele Künstler.

Marokko, das am stärksten westlich orientierte Maghreb-Land, befürchtet, in die algerische Auseinandersetzung mit dem islamischen Fundamentalismus hineingezogen zu werden. Es gilt als Durchgangsstation für Waffenlieferungen an die algerischen Terroristen. In den letzten Wochen ist eine Reihe von Algeriern ausgewiesen worden.

Kasachstanische Soldaten...

(Schluß. Anfang S. 1)

Die Kommandantur Kalai-Chumb, in die die Delegation, geleitet von Toktar Aubakirow, reiste, befindet sich unmittelbar in einem der Kischlaks des Rayons Dorbos. Am selben Abend waren zum Treffen Vertreter der örtlichen Machtorgane und der Öffentlichkeit erschienen. Es sei sofort gesagt, daß die Aussprache nicht leicht war. Auch örtliche Einwohner hatten an den Grenzsoldaten einiges auszusetzen, aber dies waren meistens Nebensachen. Auf die Hauptfrage aber, ob Kasachstans Hilfe an der Grenze nötig sei, war die Antwort praktisch einmütig: Jawohl! Allerdings bemüht sich die Regierung Tadschikistans derzeit, eigene Grenztruppen zu schaffen, die Vorbereitungsarbeit dazu läuft bereits, die Stellenpläne sind bestätigt worden. Es fehlt jedoch an Mitteln und gebildeten Spezialisten. Die Präsenz qualifizierter Offiziere an der Grenze wird daher vor allem auch als eine ausgezeichnete Schule für die Vorbereitung eigener Kräfte gewertet.

Am nächsten Tag besuchte die Gruppe die Grenzwachen Nr. 1, Nr. 2 und Nr. 3, und zwar die Postenbereiche, wo unsere Armeeangehörigen eingesetzt sind. Man hätte die freudigen Gesichter der Soldaten sehen sollen, zu denen der erste kasachstanische Kosmonaut aus der Heimat kam, dazu mit Geschenken! Ja, er kam nicht schlechthin, sondern war durch felsiges Gebirge bei 40 Grad Hitze zum Posten anmarschiert. Der Chef der Grenzwache Oberleutnant Sergej Gawrilenko erzählte, daß gegenwärtig Vertreter der Abteilung aus Makantschi auf der Grenzwache ihren Dienst versehen. Seiner Meinung nach habe die Abteilungsführung beste Soldaten nach Tadschikistan entsandt, daher könnten die Kasachstaner auf ihre Jungs stolz sein.

Am selben Tag war die Delegation nach Duschanbe zurückgekehrt. Am Abend empfing der Vorsitzende des Obersten Rates Tadschikistans, Emomali Rachmonow, die Gruppe. Am Treffen beteiligten sich der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates, Machmadsaid Ubaidullajew, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter Tadschikistans in Kasachstan, Said Scharipow, der Kommandierende der Gruppe von Grenztruppen Rußlands in Tadschikistan, Anatoli Tschetschulin, der stellvertretende Kommandierende der Grenztruppen in Kasachstan, Toktasyn Basubajew.

Emomali Rachmonow dankte aufrichtig der Regierung und dem Volk Kasachstans für die Hilfe, die Tadschikistan in dieser für die Republik schwierigen Zeit erwiesen werde. Er unterstrich außerdem, daß die Anwesenheit der GUS-Grenztruppen an der Grenze mit Afghanistan für die Verteidigung nicht nur Tadschikistans, sondern auch sämtlicher mittelasiatischen Region der ehemaligen UdSSR nötig sei.

Toktar Aubakirow vermittelte seine Eindrücke vom Besuch des Rayons Dorbos und überbrachte die Bitte der dortigen Einwohner, den Flüchtlingen aus Duschanbe bei ihrer Rückkehr aus dem Pamir behilflich zu sein.

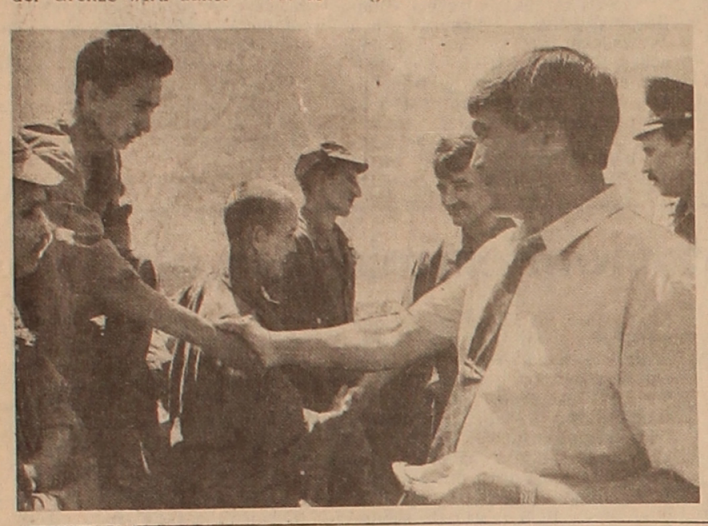
Am nächsten Tag gab die Parlamentariergruppe eine Pressekonferenz. Die Fragen von Journalisten beantwortend, sagte Anatoli Tschetschulin, daß die kasachstanische Abteilung, bestehend aus 500 Armeeangehörigen, die ihren Dienst an der Grenze ausüben, in gleicher Weise wie die russischen Grenztruppen wirke. Ihre Präsenz sei besonders wertvoll jetzt, als die Wahlkampagne in Tadschikistan eine Reaktion der Opposition hervorgerufen habe, die in häufigen bewaffneten Zusammenstößen an der Grenze zum Ausdruck komme.

Am selben Tag ist die Delegation in die Heimat zurückgekehrt.

(KasTAG)

Unsere Bilder: Toktar Aubakirow mit den Soldaten der Grenzwache. Alltag der Grenzsoldaten.

Fotos KasTAG



Konstantin EHRLICH

Massenhafte Übersiedlung der Deutschen nach Rußland

Nachdem die russische Regierung schon auf so manche Erfahrung bei der Kolonisierung und Urbarmachung von neuerworbenen Ländereien zurückblicken konnte, beschloß sie, die Anwerbung von Kolonisten in Europa auf eine andere Weise zu betreiben. Laut Ukas vom 20. Februar 1804 sollten nach Rußland Leute schon nicht ohne Auswahl berufen werden, sondern nur solche, die als „Musterwirte" galten und zur Hebung der Landwirtschaft in kürzester Frist wesentlich beitragen konnten.

„Die Regierung erließ deshalb in Ergänzung des Manifestes von 1763 neue Regeln für die ausländische Ansiedlung. Nach derselben sollten nur tüchtige Landwirte zur Übersiedlung zugelassen werden, die namentlich auch Erfahrung in Obst- und Weinbau, in rationeller Vieh- und Schafzucht hätten. Die Kolonisten sollten nicht mehr durch Kommissare angeworben werden, sondern ... sich selbst bei den russischen Gesandten melden, wobei sie ein Zeugnis vorzustellen hatten, daß sie gute Landwirte sind und nicht weniger als 300 Rubel (Gulden-Red.) Vermögen besitzen. Alle Auswanderer sollten nach Neurußland, besonders in die Nähe der Hafenstädte Odessa und Feodossia, gewiesen werden. Freiheit von Steuern und Lasten sollten nur auf zehn Jahre gewährt werden. Auch sollten die Ansiedler Landzins entrichten. Den Einwanderern sollte von ihrer Ankunft auf die Grenze an bis zur ersten Ernte Zehrgeld — Erwachsene 10 Kopeken, für Minderjährige 6 Kopeken pro Tag verabfolgt werden. Die neuen Ansiedler sollten unter eine neue Verwaltung, das ‚Fürsorge-Komitee' gestellt werden."

Hier sei darauf hingewiesen, daß die Ukase zur Besiedlung der freien Ländereien sehr günstige Privilegien für die ausländischen Kolonisten enthielten, die einheimischen Umsiedler aber ausklammerten. Viele von ihnen ließen sich in Neurußland eigenwillig nieder, handelten auf eigene Gefahr, denn es war eine schwere Sache, der Regierung das Recht auf Übersiedlung abzuzwingen.

Den ausländischen Kolonisten wurden 52 000 Desjatinen Land im Gouvernement Jekaterinoslaw, 263 000 Desjatinen im Taurischen Gouvernement zugewiesen. Seit 1803 beginnt die Ansiedlung in der Gegend um Odessa, „der Eingangspforte für die südliche Kolonisation". In diesem Jahr kamen 2 990 ausländische, hauptsächlich württembergische Kolonisten unter Anleitung des russischen Agenten Ziegler in Odessa an. „In den Jahren 1804 und 1805 war der Andrang nach Odessa schon so groß, daß man in der ganzen Umgegend keine Winterquartiere für die Ankömmlinge ausfindig machen konnte", schrieb K. Keller.

Der Transport der Kolonisten dieser Übersiedlungsperiode verlief auf verschiedene Weise: zu Wasser, zu Land sowie abwechselnd zu Land und zu Wasser. Ebenso verschieden waren auch die Strapazen der Umsiedler. Die ostpreußischen Mennoniten hatten einen kürzeren Weg, den sie zu Lande unternahmen, auch waren sie ökonomisch ziemlich stark, so daß sie weniger Unbilden ausgesetzt waren, als, sagen wir, die Württemberger, deren Sammelpunkt die ferne Stadt Ulm gewesen war.

Hier eine Erinnerung aus der Feder des Chronisten Friedrich Schwarz: „1817, Donnerstag, Juni 26 neuen Stils war es, als ich mit meiner Frau und 9 Kindern von Kupferzell abreiste und den allerbittersten Trennungsschmerz schmecken mußte... ...6. (August) blieben wir da (Orsowa, welches der letzte Ort dieses Wegs in der Christenheit ist), weil der Vorsteher nach dem Neu-Orsowa zum Pascha mußte, 3/4 Stunden von hier, um die Pässe visieren zu lassen.

7. Morgens 9 Uhr fuhren wir ab und an Neu-Orsowa vorbei, welche Festung in Gestalt eines Halbmondes mitten in Donau liegt. Von 10 bis 11 Uhr fuhren wir durch den allergefährlichsten Ort auf der ganzen Donau, das Eiserne Tor genannt. Das Wasser ist da in einer so fürchterlichen Wallung, daß man natürlich am guten Hindurchkommen zweifeln muß. Die ganze Donau ist da mit Felsen wie vollgeworfen, so daß man sie überall herausstehen sieht, wo das Wasser hoch in die Höhe fährt. Die Schiffe mußten bald links, bald rechts zwischen den Felsen hindurch geschafft werden, und doch hörte man, wie sie über niedrige Felsen wegknarrten, daß einem angst und bange dabei wurde. Um 12 Uhr landeten wir (bei) der türkischen Festung Glatuma (Kladowa) gegenüber, wo die Pässe gezeigt werden mußten, weswegen wir da übernachten mußten.

Am 19. August kamen wir bei großer Hitze wohlbehalten in Galatz an. Gegen Abend kam ein kühler Wind, welcher sich die Nacht durch in Sturm verwandelte. Heute früh ist noch Sturm und ein wenig Regen. Die Vorsteher speisen heut beim russischen Konsulat in der Stadt, wohin sie (Vorsteher) fuhren, um Pässe zu zeigen und Proviant zu kaufen.

21. kam der Herr Konsul nebst Familie heraus zu uns und speisten mit den Vorstehern unter einem Zelt. Der Tag war angenehm.

22. hatten wir wieder ein wenig Regen, welches eine große Wohltat für uns ist, da wir sehr viele Kranke hatten und auch täglich etliche starben.

23. war wieder sehr heiß. Noch immer wissen wir nicht, wann wir von hier wegkommen.

...29. wurde um 10. Uhr, Gott Lob und Dank, wieder abgefahren. Von allen fünf Schiffen starben in diesen Tagen, die wir in Galatz zubringen mußten, 42 Menschen. Heute am 6. (Oktober) war eine schreckliche Sturm- und Regennacht, alle Zelte wurden durchgeweicht, und das Wasser lief unter unseren Betten durch. Sturm und Regen dauerten den ganzen Tag und die folgende Nacht durch, wobei Schwester Sophie ihr Zelt vom Sturm eingerissen wurde und sie und ihre Kinder damit zugedeckt wurden.

7. morgens schlüpften sie darunter hervor und krochen in mein Zelt und unter meine nassen Betten. Heute wurde ich durch Fieber so abgemattert, daß ich mich nicht mehr auf den Beinen erhalten konnte.

8... fuhr ich und Jakob nach Odessa, um die so weit berühmte Stadt zu besehen. Aber wie wurde unsere Erwartung getäuscht, als wir so viele leere Plätze, so viele Erdhütten, schlechte Häuser und noch überdies den knietiefen Kot sahen. Wir blieben über Nacht, und da wir nicht nach Landesart mit einem großen Schafpelz bekleidet waren, so hatten wir auf einem Tisch ein hartes und kaltes Nachtlager.

9. Sonntag. Wie erstaunten wir, als wir den Sonntag so entheiligt sahen. Da war das Handeln und Gewühl in dem tiefen Dreck herum noch viel toller als am Samstag. Dies und noch vieles machten mir so einen widerlichen Eindruck gegen Odessa, daß ich mich fest entschloß, künftiges Frühjahr mit nach Kaukasien zu gehen..."

Die Werberufe der russischen Regierung Anfang des 19. Jahrhunderts begünstigten in großem Maße die Einwanderung von ausländischen Kolonisten nach Südrußland. Ein Einwanderungszug folgte dem anderen. Die Auswanderung nahm die Ausmaße einer Massenbewegung an.

Unter den Einwanderern gab es eine Anzahl Schweizer. Sie stammten aus den französisch- und deutschsprachigen Kantonen. Auf der Reise nach Rußland traten sie den Übersiedlern aus den deutschen Landen bei und gründeten am Bestimmungsort gemeinsame Siedlungen. Es gab aber auch Fälle, da die Schweizer ihre Kolonien selbständig anlegten. So entstand auf der Krim die Kolonie Zürichtal. Organisator der Übersiedlung der Schweizer Kolonisten nach Rußland in den Jahren 1803—1805 war der Major des Moskauer Dragonenregiments F. Escher (ein ehmaliger Züricher Händler).

Die schwere Reise, die die Kolonisten von der Stadt Konstanz am Bodensee über Meersburg, Ulm, Regensburg, Wien und Moskau zurücklegten, kostete viele menschliche Opfer, so daß auf der Krim nur 49 Familien eintrafen. Sie ließen sich am Indolafluß, 16 km von Feodossija, nieder. Zürichtal wurde später zum Zentrum des gleichnamigen Kolonistenbezirks, zu dem neben Zürichtal die Kolonien Sudak, Herzberg und Heilbrunn gehörten.

Eine weitere schweizerische Niederlassung gründeten am Dnestr unweit Akkerman Weinbauer aus der französischen Schweiz. Ihre Siedlung nannten sie Schaba (oder auch Schabo). Die Ansiedlung der Schweizer Kolonisten wurde auf den Oberfürsorger der Kolonisten des südlichen Rußland I. N. Insow angelegt, der, beiläufig gesagt, bei den Kolonisten große Autorität genoß. Die Siedlung Schaba zählte nur 15 Familien (52 Menschen); ihre hohe Stellung im Wirtschaftsleben der Region, die sie sich durch den Weinbau erworben haben, ist jedoch nicht zu übersehen.

Schon im Jahre 1810 sah die russische Regierung ein, eine nötige Anzahl von Kolonisten angeworben zu haben, und brach die Ausstellung von Pässen für die ausländischen Umsiedler ab.

Zu dieser Zeit gab es in Neurußland über hundert Niederlassungen ausländischer Kolonisten, darunter 91 deutsche.

Das Gouvernement Cherson zählte auf das Jahr 1810 dreiunddreißig deutsche Niederlassungen (von katholischen Umsiedlern aus der Pfalz, dem Elsaß, Baden und evangelischen aus Württemberg und Ungarn gegründet), und zwar:

Jahr	Ujesd Cherson	Jelisawetgrad	Tiraspol	Olviopol
1782	Alt-Schwedische Kolonie			
1787		Danzig		
1803			Mariental	
1804	Klosterdorf		Großliebental	
1804	Mühlhausendorf		Kleinliebental	
1804	Schlangendorf		Alexanderhilf	
1804			Josephstal	
1804			Lustdorf	
1805			Neuburg	
1805			Peterstal	
1805			Franzfeld	
1805			Glückstal	
1806			Freudental	
1808			Straßburg	
1808			Selz	
1808			Kandel	
1808			Baden	
1809	Rohrbach			
1809	Speier			
1809	Landau			
1809	Worms			
1809	Sulz			
1809	Karlsruhe			
1809			Mannheim	
1809			Elsaß	
1809			Neudorf	
1809			Bergdorf	
1809			Kassel	
1809				München
1809				Rastatt

Außerdem gründete eine Anzahl deutscher Kolonisten im Jahr 1804 die deutsche Gemeinde in Odessa.

Die Gouvernement Jekaterinoslaw zählte im Jahr 1810 17 deutsche Niederlassungen, die fast ausschließlich von preußischen Mennoniten angelegt wurden. Hier deren Verzeichnis:

Jahr	Jekaterinoslaw	Nowomoskowski	Alevandrowski
1789	Jamburg	Josephstal	
1789		Rybalsk	
1790	Chortitza		
1790	Rosental		
1790	Insel-Chortitza		
1790	Einlage (Kitschkas		
1790	Kronsweide		
1790	Neuburg		
1790	Neudorf		
1790	Schönhorst		
1795			Schönwiese
1797		Kronsgarten	
1803	Bürgwalde		
1803	Nieder-Chortitza		
1809	Neu-Osterwik		
1809	Kronstal		

Das Gouvernement Taurien zählte im Jahr 1810 41 deutsche Ansiedlungen, die von mennonitischen, evangelischen und katholischen Kolonisten gegründet wurden.

Im zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, ungeachtet einiger Maßnahmen der russischen Regierung zur Verminderung der Einwanderung von ausländischen Kolonisten nach Rußland, dauerte die Übersiedlung deutscher Immigranten nach Südrußland fort, wobei sie mit dem Ukas der Regierung vom 5. August 1819 vollends untersagt wurde.

Den russischen Missionen im Ausland war seit nun verboten, den nach Rußland und dem Kaiserreich Polen auswandernden Ausländern Pässe anzustellen.

Die Ursache des Verzichts der Zarenregierung auf ausländische Kolonisation um diese Zeit ist auf die Aufzehrung der Reserveländereien sowie der Staatskasse zurückzuführen.

Die Kolonistenbewegung war jedoch schon ziemlich in Gang gekommen, so daß es schwer war, sie sofort ins Stocken zu bringen. Es entstanden weitere deutsche Kolonien, und zwar:

im Jahr 1811 —

Rückenau im Mennonitengebiet Molotschnaja, Kreis Berdjansk, Gouvernement Taurien;

Kronental im Neusatzer Gebiet, Kreis Simferopol, Gouvernement Taurien;

(Fortsetzung folgt)

(Fortsetzung. Anfang Nrn. 23—29, 32—36)

Humor

Die Drohung

Vetter Gottlieb fuhr mal im Spätherbst Bauholz aus der Stadt in unser Dorf. Es nieselte schon eine ganze Woche lang, und der Weg war aufgeschwemmt und zermalmt. Der schwerbeladene Wagen schnitt mit seinen Rädern tief in die Erde ein. Die müden Pferde glitschten hin und her und konnten kaum vorwärtskommen.

Am Damm begegnete ihm ein Zweigespann, das mit Tierfellen aus dem Dorf in die Stadt fuhr. Der Weg war am Damm sehr schmal, und das Feld war rechts und links so versumpft, daß ein Gefährt dem anderen nicht ausweichen konnte. Beide hielten an.

„Fahr aus dem Weg!" rief der Fuhrmann vom Zweigespann, „mei Geiljer berschtes net."

„An dir is die Reih, du host leichtr glade", erwiderte Vetter Gottlieb gelassen. „Mei Geil strecke aach schon die Zung raus."

Der andere wurde unwillig. Er schlug mit der Peitsche über seine Pferde her und zog die Leine an. Die Tiere zerrten nach vorn, blieben aber gleich wieder stehen, denn der Wagen vor ihnen rührte sich nicht vom Fleck. Da stieß der Mann einige dreistöckige Flüche aus und stieg von der Fuhre. Er nahm Vetter Gottliebs Handgaul am Zügel und wollte ihn vom Weg zerren. Da stieg auch Vetter Gottlieb von seinen Brettern.

„Horch mol, Mann", sagte er, „geh un fahr so hortig, wie de nor kannst, ausm Weg, sonst mußte was erlewe!"

Der erboste Fuhrmann erblickte die klobigen pudschweren Fäuste Vetter Gottliebs und kehrte wortlos zu seinem Gefährt zurück. Er stieg auf die Ladung und lenkte vom Weg. Seine Pferde brachen bis an die Knie in den Schlamm ein, der Wagen blieb stehen. Vetter Gottlieb trat schweigend zu ihm hin, stemmte sich mit der Schulter gegen eine Latte des Deichselwagens und schrie. „Treib dei Geil an!"

Ein Ruck, und das Gefährt hatte die gefährliche Stelle passiert.

„Siehste", sagte Vetter Gottlieb, als der Wagen wieder auf festem Grund stand.

Der Mann sah ihn verdattert an. Dann stieg er hastig auf die Häute. „Was hätt ich erlebt, wann ich net ausm Weg gfahre wär?" rief er Vetter Gottlieb zu, als der schon wieder auf seinen Brettern saß.

„No, dann wär ich selwert ausm Weg gfahre", lachte Vetter Gottlieb und fuhr los.

Friedrich BOLGER

Vermischtes

Die Raucher in Deutschland qualmen wieder mehr. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden berichtete, gingen im zweiten Quartal dieses Jahres Tabakwaren im Wert von 8,7 Milliarden DM über den Ladentisch, ein Plus von 284 Millionen DM oder drei Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Preis- und Steuererhöhungen waren nur zu einem kleinen Teil für den Anstieg verantwortlich. So stieg die Zahl der verkauften Fertig-Zigaretten um drei Prozent auf 33,2 Milliarden Stück.

Zurück gingen hingegen die als „Quickies" bekannten Steckzegaretten, für die der Steuersatz zum 1. Februar deutlich erhöht worden war. Die Tabakindustrie setzte knapp 1 000 Tonnen Feinschnittrollen um, über ein Drittel weniger als ein Jahr zuvor. Die staatlichen Einnahmen aus der Tabaksteuer stiegen um 5,3 Prozent auf 5,1 Milliarden DM.

Foto: Wladimir SCHURGAJEW

Elsa ULMER — Märchen

Der Kobold Fried und Monika

Der Kobold Fried schüttelte nur den Kopf, er schaute ihr eine Weile zu und plötzlich fiel ihm etwas ein. ‚Das werde ich gleich erfahren!' dachte er und lief in Monikas Elternhaus. Er war ja unsichtbar! Monikas Mutter, Frau Selma, wusch das Geschirr ab und kochte schon in dieser frühen Stunde das Mittagessen für die Familie. Der Kobold Fried hüpfte auf den Stuhl, von dort auf den Tisch und lispelte Frau Selma erstaunt ins Ohr: „Monika! Monika!"

Frau Selma schaute sich erstaunt um: „Was ist denn das? Was soll das bedeuten?" Schließlich murmelte sie erregt: „Was macht nur das Mädchen wieder? Man hat gar keine Ruhe!" Sie hob den Deckel des Topfes und kostete die Suppe. Gar gekocht! Dann stellte sie den Gashahn ab und eilte in den Hof; der Kobold folgte ihr. Dabei flüsterte er ganz leise: „Im Gemüsegarten!"

Frau Selma lenkte ihren Schritt tatsächlich in den Gemüsegarten. Hier erblickte sie Monika, die das Unkraut jätete und den Boden auflockerte.

„Was soll das bedeuten?" fragte der Kobold im Flüsterton. Und Frau Selma antwortete ihm rein mechanisch: „Ich weiß nicht, sie setzt mich immer mit ihrem Fleiß in Staunen!"

Am Gartenzaun stand noch eine Hacke. Frau Selma ergriff sie und gesellte sich schweigend Monika. Zu zweit hatten sie dann in einer Stunde ein gutes Stück Arbeit getan und setzten sich zu einer Ruhepause hin. Nachdenklich sagte Frau Selma: „Es ist sehr komisch, aber manchmal scheint mir, daß ich vor meiner Geburt ein tüchtiges Arbeitspferd war und auch ein Füllen hatte..."

„Ja, Mutti, ich war dein Füllen: braun, mit weißen Söckchen... Ich arbeite auch so gern wie du."

Frau Selma lächelte glücklich: „Du hast recht, mein Kind. Fleiß steckt uns im Blut, auch deine Großeltern waren in der Arbeit stets tüchtig."

Der Kobold Fried kicherte leise und zufrieden, er hatte etwas für sich sehr Wichtiges erfahren: Man muß immer fleißig arbeiten, dann wird man nie Langeweile empfinden!

Monika merkte sein Kichern sofort: „Da ist doch noch jemand?"

„Nein, es ist der Wind. Er hat mich zu dir hierhergelockt. Von nun an werde ich dir am Abend nicht nur vorlesen, sondern auch das ABC beibringen. Hast du Lust dazu?"

„Ja, Mutti!"

„Auch ich werde mit dir das ABC erlernen," raunte der Kobold Fried Monika freudig ins Ohr. Sie gab aber darauf nicht acht, indem sie meinte, es war wahrscheinlich wirklich der Wind, der heute zu Streichen aufgelegt war.

II.

In dieser Stunde fütterte Monika mit ihrer Mutter das weiße, niedliche Ferkel im Stall. Es fraß das aufgebrühte Mischfutter und grunzte zufrieden. Doch Monika beobachtete es mitleidsvoll, sie wußte selbst nicht warum.

Und da flüsterte der listige Kobold Fried seine Frage dem Mädchen ins Ohr: „Warum tut das Ferkel dir leid? Warum?"

Monika dachte einen Augenblick angestrengt nach, dann sagte sie überzeugt: „Das Ferkel hat keinen Hals wie wir, es kann nicht in den Himmel blicken!"

Der Kobold kicherte fröhlich, denn er hatte nun aus Monika eine schöne Antwort herausgeholt.

Frau Selma mußte staunen: „Die Menschen haben einen wirklich schönen Hals von unserem Herrgott bekommen. Sie können zu den Sternen, zur Sonne hinaufschauen. Und das ist wunderschön so. Wie bist du nur auf solch einen Gedenken gekommen Kind?"

„Weil ich mir das Ferkel schon oft angesehen habe, und jedesmal tut es mir leid."

Am Vormittag, gingen Monika und ihre Mutter ins Lebensmittelgeschäft des Dorfes. Auch der Kobold Fried konnte jetzt mit ihnen überall hingehen, die Blüte der Pflanze Such-mich hatte ihn wieder unsichtbar gemacht.

Frau Selma kaufte frisches Rindfleisch, Butter, Zucker und auf Monikas Bitte einen Schokoladenhasen, der in Stanniol gewickelt war. Das Hasenbild auf dem Stanniol lachte fröhlich: „Iß mich, Mädchen! Iß mich!"

Doch Frau Selma gestattete Monika dies nicht: „Erst nach dem Mittagessen bekommst du deine Schokolade!"

Der Kobold sah, wie Monikas Wangen vor Verdruß noch runder wurden, die Augen blichten böse und waren dem Weinen nahe. Aber Frau Selma schien das nicht zu merken. Fried wollte seine liebe Monika aufheitern und so flüsterte er ihr ins Ohr: „Warum lacht der Hase?"

Und Monika sagte plötzlich: „Weißt du, Mutti, warum der Hase lacht? Er hat dein ganzes Fleisch gefressen!"

Frau Selma sah wieder erstaunt zu ihrer Tochter hin, strich ihr über den blonden Kopf und antwortete gerührt: „Du hast ein bißchen Spaß gemacht, nicht wahr, mein Kind? Wir essen gleich zu Hause zu Mittag und dann bekommst du deine Schokolade. Abgemacht?"

Monika nickte nur, ihre schlechte Stimmung war wie weggeblasen. Und als sie dann die Schokolade bekam, hatte sie gar keine Lust, den fröhlichen Hasen auf dem Stanniol zu vernichten. Sie ging in den Hof und stand dort unschlüssig, als wüßte sie nicht, was sie weiter tun solle. Immer wieder blickte sie auf den Schokoladenhasen auf ihrer Handfläche... Und plötzlich verschwand er, als ob er sich in der Luft aufgelöst hätte. Monika schaute sich erschrocken um, doch niemand war zu sehen. Nur ein Rascheln war in ihrer Nähe zu hören. Bald faßte sie jemand bei der Hand und sie bekam wieder ihre Schokolade zurück, aber schon ohne Stanniol. Es lag auf ihrer Handfläche neben der Schokolade. Der Hase lächelte immer noch fröhlich, das Stanniol war fast nicht beschädigt.

(Fortsetzung. Anfang Nr. 36)

(Fortsetzung folgt)

Казахстан 480044, Алма-Ата, пр. Жибек Жолы, 50 4-й этаж

Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69; stellvertretender Chefredakteur — 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-35-09; Politik, Wirtschaft und Soziales — 33-37-77; Ausenpolitik — 33-25-02; Briefe — 33-37-62; Kultur — 33-25-02; Nachrichten — 33-33-96; Russische Beilage — 33-43-84, 33-33-96, 33-37-77; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur — 33-45-56; Maschinenschreibbüro — 33-25-87; Korrektorenbüro — 33-92-84; Bibliothek — 33-32-33.

«Дойче Альгемайне»
ИНДЕКС 65414
Учредитель: Кабинет Министров Республики Казахстан
регистр. № 483—484

Газета отпечатана в типографии республиканского газетно-журнального издательства «Дәуір» 480044, Алма-Ата, пр. Ленина, 2/4

офсетным способом
Газета отпечатана

Объем 4 печатных листа

М 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Заказ 10369